هكذا من الأصل

...enstag, 8. Februar 1983 - D ***
...tblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 32 - 6.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

...en 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, ...ritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

POLITIK

...rief von ...onecker ...n Kohl

ms. Bonn

...ED-Generalsekretär Erich Ho...ker hat gestern einen persönli...n Brief an Bundeskanzler Hel...: Kohl gerichtet. Das Schreiben ...de am Nachmittag von dem ...ndigen Vertreter der „DDR" in ...n, Ewald Moldt, beim Chef des ...ndeskanzleramtes, Staatssekre... Waldemar Schreckenberger, ...egeben. Ein von Moldt zu...hst gewünschter Termin beim ...ndeskanzler war aus Zeitgrün... nicht zustandegekommen. ...er den Inhalt des Briefes wurde ...ächst nichts bekannt, aber Ver...tungen gingen dahin, daß darin ... S-Bahn-Problematik ebenso ...esprochen worden sein könnte ... die Bekräftigung beider Sei... die innerdeutschen Beziehun... fortzusetzen. Politische Beob...ter hielten es außerdem für ...glich, daß der für die zweite ...reshälfte geplante Besuch von ...necker eine Rolle spielen könn... Erst vor zwölf Tagen hatten ...hl und der SED-Generalsekre... einen ersten telefonischen Kon...t gehabt und dabei, ausgehend ...n dem Besuch des sowjetischen ...ßenministers Gromyko in ...nn, mehrere Themen bespro...n.

Schlesinger: Optimismus berechtigt

rtr, Köln

Der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Helmut Schlesinger, hält die Hoffnungen auf eine Besserung der Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland für berechtigt. Im Deutschlandfunk sagte er gestern, daß die Annahme einer im Verlauf dieses Jahres steigenden Produktion durch die Daten über die Auftragseingänge im November und Dezember 1982 gestärkt werde. Dabei habe das Auslaufen der noch von der alten Regierung beschlossenen Investitionszulagen eine Rolle gespielt, die in das laufende Jahr hineinwirken werde. Zusätzlich könnten sich Unternehmen die sogenannte Investitionshilfeabgabe der neuen Regierung ersparen, wenn sie investieren. „Ich glaube, daß die Hoffnungen auf eine Besserung begründet sind", sagte Schlesinger. Es werde natürliche längere Zeit dauern, bis die Konjunktur auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Eine Verbesserung der Beschäftigung könne sich zwar noch im Verlaufe dieses Jahres durchsetzen. Wegen des Neuzugangs an Arbeitnehmern könne aber kaum damit gerechnet werden, daß dieser mehr als absorbiert werde.

ZITAT DES TAGES



„Am Ende würde der stufenlose Übergang vom BAföG zur Rente stehen"

...ns-Dietrich Genscher, FDP-Vorsit...nder, zur Anspruchsmentalität
FOTO: POLY-PRESS

Priester verhaftet

KNA/DW. Wilna

92 Prozent der katholischen Priesterschaft in Litauen – 650 Priester – haben bisher ein Gesuch an die Oberste Sowjetführung unterschrieben, in dem diese zur Änderung der Religionsgesetzgebung aufgefordert wird. Dies ist Berichten aus Litauen und der Untergrundzeitschrift „Chronik der katholischen Kirche in Litauen" zu entnehmen. Im Zusammenhang mit dem Gesuch wurde der Mitbegründer des „Katholischen Komitees zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen", der Pfarrer von Vidukle Alfonsas Svarenskas, verhaftet. Die Verhaftung erfolgte bereits am 26. Januar und wurde durch eine Meldung der Nachrichtenagentur Tass bekannt.

Freilassung gefordert

rtr, Berlin

Das PEN-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland hat gestern in einem Telegramm an den tschechoslowakischen Präsidenten Gustav Husak aus humanitären Gründen die Freilassung des in der Haft schwer erkrankten tschechoslowakischen Schriftstellers Vaclav Havel gefordert. Wie der Generalsekretär des PEN-Zentrums, Hans-Werner Schwarze, mitteilte, leidet der im Mai 1979 wegen „subversiver Aktivitäten" zu viereinhalb Jahren Haft verurteilte Havel an einer Lungen- und Nierenentzündung.

...ehr Wohnungen

AP, Bonn

Mit einer beträchtlichen Zunah...e der Investitionen im Wohnungs...u, vor allem im Neubau von Miet...ohnungen, rechnet der Verband ...utscher Hypothekenbanken für ...eses Jahr. Zur Begründung ver...es der Geschäftsführer des Ver...ndes, Dieter Bellinger, gestern ...f die starke Zunahme der Bauge...hmigungen und der von den Hy...thekenbanken zugesagten Bau...rlehen. Seite 11

...iplomatenaustausch?

dpa, Rom

Der polnische Regierungsbeauf...agte für die Beziehung zum Vati...n, Minister Jerzy Kuberski, hat ...stern in Rom kurz vor dem Abflug ...ch Warschau darüber spekuliert, ...ß die Aufnahme diplomatischer ...eziehungen zwischen Polen und ...em Vatikan nicht mehr so fern sein ...önnte. Kuberski ist mit dem polni...chen Primas, Kardinal Jozef ...lemp, von Rom aus zusammen mit ...eiteren fünf Bischöfen nach War...chau zurückgekehrt. Glemp hatte ...m 2. Februar mit 17 anderen Kir...henmännern vom Papst die Kardi...alswürde erhalten.

...taatsbürgerschaft

dpa, Bonn

Nach deutscher Rechtsauffas...ung besitzt der zur Zeit in Frank...eich inhaftierte Klaus Barbie (69) ...ie deutsche Staatsbürgerschaft. ...as erklärte ein Sprecher des Ju...izministeriums gestern in Bonn. ...n dieser Rechtsauffassung würde ...uch ein etwa gegensätzlicher ...tandpunkt des bisherigen Heimat...andes von Barbie, Bolivien, nichts ...ndern. Die deutsche Bundesregie...ung wird zu gegebener Zeit prüfen, ...b in Frankreich die Auslieferung Barbies an die Bundesrepublik beantragt werden soll. Seite 7

WIRTSCHAFT

Leistungen überprüfen

rtr, Köln

Die freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen sollten nach Ansicht des Instituts der deutschen Wirtschaft von Zeit zu Zeit mit dem Ziel überprüft werden, künftig den Schwerpunkt auf investive Leistungen und Hilfe zu Selbsthilfe zu legen. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut in einer Untersuchung, die sich mangels amtlicher Statistiken auch auf Erhebungen des Unternehmerverbandes der Industrie Ruhr-Niederrhein stützt. Seite 11

Uneinheitliche Kurse

DW. Frankfurt

Zum Wochenbeginn blieb die Kursentwicklung uneinheitlich. Der Rentenmarkt war knapp behauptet. WELT-Aktienindex 111,6 (111,5). Dollarmittelkurs 2,4780 (2,4800) Mark. Goldpreis pro Feinunze 489,00 (498,50) Dollar.

WETTER

Leichter Schneefall

DW. Essen

In ganz Deutschland überwiegend bewölkt und zeitweise leichter Schneefall. Tagestemperaturen um den Gefrierpunkt. In der Nacht Frost bis minus 3, in Bayern bis minus 8 Grad, dabei Gefahr von Straßenglätte.

...eitere Nachrichten Seite 10: Aschermittwoch kommt Bewegung in ...arifrunde – Zahnärzte: Zehn Milliarden hätten gespart werden können

Heute in der WELT

Genscher zu Shamir: Ihr Frieden ist unser Frieden

Israelischer Außenminister von Carstens und Kohl empfangen

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat seinem israelischen Amtskollegen Yitzhak Shamir gestern in Bonn versichert, daß Europa ein „eigenes und vitales Interesse" an Frieden und Stabilität im Nahen Osten" habe. „Ihr Frieden ist unser Frieden", sagte er.

Shamir begrüßte nachdrücklich Genschers Äußerung, daß die EG gegenwärtig keine neuen Initiativen oder Grundsatzerklärungen zum Nahost-Konflikt plane, sondern die schon laufenden Initiativen nach Kräften unterstütze.

Der israelische Außenminister traf gestern außer mit Genscher auch mit Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Kohl zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten, die Beziehungen zwischen Israel und der EG sowie das von beiden Seiten positiv beurteilte bilaterale deutsch-israelische Verhältnis.

Shamir hatte schon bei einem ersten Gespräch mit dem Bundesaußenminister gleich nach der Ankunft am Sonntagnachmittag hervorgehoben, daß er den Meinungsaustausch mit besonderem Interesse entgegensehe, weil Genscher gegenwärtig Vorsitzender des EG-Ministerrates sei. Deshalb wurde auch ausführlich über die Möglichkeiten gesprochen, das wachsende Defizit im Handel Israels mit den EG-Mitgliedsländern abzubauen.

Bei einem Abendessen bezeichnete Genscher den „unermüdlichen Ausbau" der Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem als „gemeinsame Herausforderung und Aufgabe". Die Geschichte der Deutschen und Israelis verlange für die Beziehungen besondere Anstrengungen und Pflege. „Wir werden uns dabei auch künftig unserer historischen Verantwortung bewußt sein. Das Gedenken an den 30. Januar 1933 hat dies deutlich zum Ausdruck gebracht. Und wir sind uns auch bewußt, welche Opfer Israel für die Sicherung seiner Existenz hat bringen müssen."

Die Anerkennung des Existenzrechts und die Sicherheit des Staates Israel sind nach den Worten des Bundesaußenministers „unverzichtbar für eine gerechte Friedensordnung in Nahost". Gleichzeitig unterstrich Genscher jedoch auch das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung. „Keines dieser beiden Rechte darf auf Kosten des jeweils anderen in die Tat umgesetzt werden. Dies gilt für alle Konfliktparteien."

Genscher appellierte an die Staaten des Nahen Ostens, die politischen Möglichkeiten der Initiative von Präsident Reagan und der Erklärung des Araber-Gipfels von Fes konstruktiv zu nutzen. Ein notwendiger Schritt zum Frieden wäre ein allseitiger Gewaltverzicht. „Aber auch einseitiges Setzen von neuen Tatsachen, wie die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, sollte nicht weitergeführt werden, um die Friedensbemühungen nicht zusätzlich zu erschweren." Der schnelle Abzug aller fremden Truppen aus Libanon würde dem Friedensprozeß neue Impulse verleihen.

Moskau ergreift Partei für die SPD

„Prawda" lobt „aktive Friedenspolitik" der Sozialdemokraten und tadelt Union

AP/AFP/DW. Moskau

Die Sowjetunion hat gestern unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß ihr ein Sieg der SPD bei der Bundestagswahl am 6. März gelegen käme. Die Parteizeitung „Prawda" lobte die „aktive Friedenspolitik" und attackierte zugleich scharf die sicherheitspolitische Haltung der CDU/CSU.

Die Moskauer Parteizeitung veröffentlichte eine „Analyse" der Wahlprogramme der deutschen Parteien. Im Programm der Sozialdemokraten, „in dem die Außenpolitik breiten Raum einnimmt", werde den „Friedensinitiativen" der Sowjetunion große Bedeutung zugemessen, hieß es in dem Beitrag. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß es die SPD für „unerläßlich" halte, „daß alle in Europa stationierten und gegen Europa gerichteten Atomwaffen in die Genfer Verhandlungen eingeschlossen werden". Dieser Passus bezog sich auf die britischen und französischen Atomwaffen, deren Berechnung bei den Genfer Verhandlungen von führenden SPD-Politikern, darunter Kanzlerkandidat Vogel, befürwortet wird.

Das Wahlprogramm der CDU/CSU mit seinem Bekenntnis zur Null-Option und einem „rätselhaft formulierten Hinweis" auf die Entspannung aus der Sicht der Sowjetunion vertrete die Interessen der Bundesrepublik schlecht, tadelte die sowjetische Parteizeitung. Eine „weitere Anhäufung" amerikanischer Atomwaffen in Westeuropa liege nicht im Interesse einer „friedlichen und unabhängigen Entwicklung" der Bundesrepublik Deutschland und sollte nicht zugelassen werden.

Eindeutig auf der Moskauer Argumentationslinie bewegt sich der DKP-Vorsitzende Herbert Mies in seinen Wahlveranstaltungen. In Mannheim sagte Mies vor Journalisten, die DKP trete dafür ein, daß die SPD bei der Bundestagswahl keine weiteren Stimmenverluste hinnehmen müsse. Mies: „Dabei werden wir alles daransetzen, die CDU/CSU in die Ecke der Raketenpartei zu bringen."

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe äußerte gestern die Vermutung, daß sich zwischen der SPD und der SED in der „DDR" ein „Stichwortdialog" entwickelt habe. Rühe spielte damit auf Vorwürfe aus Ost-Berlin an, die Bundesregierung verletze – wegen ihres Bekenntnisses zum NATO-Doppelbeschluß – deutsche Interessen. Der CDU-Politiker führte die Parallelität der Vorwürfe auf den Wahlkampf zurück, wobei er nicht sagen wolle, daß den Sozialdemokraten daran gelegen sei.

FDP: Es gibt nur einen Investitionsstau

Vorwürfe gegen Unternehmen werden zu beherrschendem Wahlkampfthema

ST. HEYDECK/DW. Hannover

Der von SPD- und Gewerkschaftsseite an die Adresse der Unternehmer gerichtete Vorwurf eines „Investitionsstreiks" ist zu einem beherrschenden Thema des Bundestagswahlkampfes geworden. Der FDP-Vorsitzende Genscher qualifizierte die Beschuldigung als „das bisher unverantwortlichste Propaganda-Manöver".

„Es gibt keinen Investitionsstreik", versicherte Genscher auf dem „Liberalen Mittelstandstag" in Hannover. Sehr wohl gebe es aber einen „Investitionsstau". Den hätten „die Sozialdemokraten zu allererst zu verantworten". Ähnlich wie Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff warf Genscher dem SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel vor, Zukunftsangst in die deutsche Wirtschaft zu tragen. „Nicht böser Wille in der Wirtschaft, sondern die Parolen der Vogel-SPD sind das psychologische Investitionshindernis Nummer eins."

CDU-Politiker, darunter Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, hatten in den vergangenen Tagen öffentlich darauf hingewiesen, daß es einzelne Unternehmen gäbe, die derzeit Verträge mit einem Terminvorbehalt für den März abschlössen.

Auf das SPD-Flugblatt vom Wochenende mit dem Vorwurf „Investitionsstreik" – ein Wort, das auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommen wurde – reagierte gestern auch die Bundesregierung. Staatsminister Philipp Jenninger vom Kanzleramt versicherte in Bonn, die Regierung wolle Investitionen der Wirtschaft, „und zwar ohne Wenn und Aber und ohne Rücksicht auf Wahltermine". Die SPD habe überhaupt keinen Anlaß, eine lärmende Kampagne zu entfachen. Sie sollte sich lieber die Frage stellen, wieso Unternehmen bei Investitionen zurückhaltend seien.

Der aus den Reihen der Sozialausschüsse kommende stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Adolf Müller (Remscheid) sagte, Millionen von Arbeitnehmern fürchteten im Falle eines „rot-grünen Bündnisses" um ihren Arbeitsplatz. Müller räumte ein, daß einzelne „überängstliche mittelständische" Unternehmer ihre Investitionsentscheidung vom Wahlausgang am 6. März abhängig machen. Auch er forderte die Unternehmerseite auf, notwendige Investitionsentscheidungen unabhängig von der Bundestagswahl zu fällen.

Die Freien Demokraten bemühten sich gestern weiter darum, sich in der Wirtschaftspolitik vom Koalitionspartner CDU/CSU abzugrenzen. In seinen Vorwurf „mangelnder Verläßlichkeit" schloß der FDP-Vorsitzende Genscher die Union ausdrücklich ein. „CDU und CSU haben gerade bei der Rückzahlbarkeit der Investitionshilfeabgabe gezeigt, was es bedeuten würde, wenn sie die Alleinherrschaft in die Hand bekommen würden", sagte Genscher auf der FDP-Mittelstandsveranstaltung in Hannover. „Das Abrücken der Union von einmal gefaßten Beschlüssen schafft kein Vertrauen, das Reden von der Rücknahme der Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten oder bei Kuren ist nicht weniger schlimm als die Forderung, nun doch wieder das Ehegattensplitting zu kappen, oder als das Gerede über die Erhöhung des Spitzensteuersatzes."

Genscher und Wirtschaftsminister Lambsdorff forderten den Koalitionspartner eindringlich auf, einmal getroffene Entscheidungen „jetzt konsequent" zu vertreten. „Ruhe an der Steuer- und Abgabenfront" sei die erste Voraussetzung für Vertrauensbildung in der Wirtschaft.

Seite 2: Vertrauensfrage

DER KOMMENTAR

Einmischung

MANFRED SCHELL

Ob er will oder nicht, Hans-Jochen Vogel ist in der Raketenfrage der Kandidat Moskaus. Erinnern wir uns. Vor drei Wochen wünschte ihm der sowjetische Parteichef Andropow im Kreml den Erfolg am 6. März. ZK-Sekretär Ponomarjew fügte hinter verschlossenen Türen unverblümt hinzu, die SPD könne sowjetische Initiativen auch gegenüber den USA unterstützen. Als die WELT dies berichtete, sprach Vogel von „höflichen Floskeln".

Gestern hat sich Moskau wieder zu Wort gemeldet und in einem „Prawda"-Artikel unzweideutig Partei für die SPD ergriffen. Auch aus Ost-Berlin häufen sich die Versuche der Einmischung.

Vogel muß sich fragen, warum das so ist. Keiner wird ihm ernsthaft den Vorwurf machen, er bewerbe sich um die Kanzlerschaft in der Absicht, Interessen Moskaus zu vertreten. So weit werden auch seine Wahlkampfgegner nicht gehen wollen. Aber spätestens nach den besorgten Reaktionen aus Washington und Paris hätte sich Vogel die Frage stellen müssen, ob er „fahrlässig" Schaden anrichtet. Der SPD-Kanzlerkandidat ist von der gemeinsamen Position des Westens bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf abgerückt, obwohl er weiß, daß nur der feste Standpunkt der NATO die Sowjetunion überhaupt erst an den Verhandlungstisch gebracht hat.

Vogel hat eine Konzession in Aussicht gestellt, die darauf hinauslaufen würde, daß Moskau in Europa ein Raketenmonopol behält. Als Folge sind im Bündnis Unsicherheiten entstanden. In den letzten Tagen hat Vogel die Eigenständigkeit Europas zwischen West und Ost über die Sicherheitspolitik hinaus auf die Gesellschaftspolitik ausgedehnt. Angesichts solcher Erklärungen darf es niemand verwundern, wenn im In- und Ausland die Frage nach der Berechenbarkeit der Deutschen gestellt, wenn vor der Gefahr einer Schaukel-Politik gewarnt wird.

Vogel hat die westliche Verhandlungsposition in Genf untergraben. Damit verschafft er der Sowjetunion Handlungsspielräume, die von Moskau propagandistisch geschickt genutzt werden. Mit der Wahrnehmung deutscher Interessen ist das nicht vereinbar.

Papst sprach mit Bush über Abrüstung

dpa/rtr, Rom

Papst Johannes Paul II. hat gestern im Vatikan den US-Vizepräsidenten George Bush zu einer längeren Unterredung empfangen. Wie aus dem Vatikan verlautete, brachte der Papst dabei seine Sorgen über das Wettrüsten der Supermächte zum Ausdruck. Hauptthema der Gespräche seien die Ansichten des Papstes zur Beschränkung der atomaren Rüstung gewesen. Bush traf auch mit Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli zusammen.

Pater Bartolomeo Sorge, Herausgeber der Jesuiten-Zeitschrift „Civilta Cattolica", hatte am Wochenende in Turin eingeräumt, daß es in der Kirchenspitze noch keine einheitliche Meinung zur Kritik von US-Bischöfen an der atomaren Rüstung gebe. Er vertrat die bisherige Ansicht des Vatikans, „daß nur eine auf dem Gleichgewicht gegründete Abschreckung als Etappe zu einem weiteren Schritt in Richtung Abrüstung moralisch vertretbar sein kann". Atomkriege seien dagegen immer Unrecht.

SAD/AFP, Washington

US-Präsident Reagan hat nach Informationen der US-Fernsehgesellschaft NBC in seiner von Vize-Präsident Bush überbrachten Botschaft die italienische Regierung aufgefordert, ihre Ermittlungen über das Papst-Attentat vom Mai 1980 fortzusetzen, selbst wenn „eine Spur zum Sowjetführer Andropow führt". Reagan hatte dies getan, weil in Artikeln der amerikanischen Presse der Eindruck erweckt wurde, Washington nehme die Hypothese von der bulgarischen Beteiligung nicht besonders ernst.

Seite 10: Rom: Auch die Sozialisten stehen zum NATO-Beschluß

Putschversuch von Offizieren in Rumänien?

DW./AFP, London

In Rumänien sollen Ende vergangenen Monats mehrere Offiziere nach einem gescheiterten Putschversuch gegen Präsident Ceausescu hingerichtet worden sein. Das meldete die Londoner „Times" unter Berufung auf diplomatische Quellen in Bukarest.

Sollten sich die Angaben bewahrheiten, würde dieser Zwischenfall, so die „Times", eine viel direktere Herausforderung an die Macht der Kommunistischen Partei darstellen, als sie die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei im vergangenen Jahr erlebt hat.

Das Blatt weist in diesem Zusammenhang auf die sich ständig verschärfende Wirtschaftskrise Rumäniens hin, die zur Zeit wesentlich ernster sei als die in Polen. Außerdem habe Ceausescu einen Personenkult entwickelt, der selbst jenen um Stalin in den Schatten stelle. Zugleich lägen Berichte über schwere Verletzungen der Menschenrechte, Folterungen und Polizeibrutalität gegenüber Dissidenten vor.

Trotz dieser oppressiven Maßnahmen habe sich in Rumänien eine immer stärker werdende Opposition herausgebildet, die selbst bis in Regierungskreise hineinreiche. In diesem Zusammenhang, so die „Times", stehe auch die Entfernung von mehr als 250 hohen Funktionären aus ihren Ämtern im vergangenen Mai.

Besonderen Anlaß zur Kritik biete der wachsende Nepotismus des Staatspräsidenten, der dafür gesorgt habe, daß sich die Schlüsselämter seines Regimes in den Händen von Familienmitgliedern befinden.

Shultz verspricht Südkorea höhere Militärhilfe

AP/rtr, Seoul

US-Außenminister George Shultz ist gestern in Seoul zu einem Gespräch mit dem südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan zusammengetroffen, ehe er per Hubschrauber zu einem Besuch der entmilitarisierten Zone zwischen Süd- und Nordkorea abreiste. Seinem Amtskollegen Lee Bum Suk hatte Shultz gestern zugesichert, die vom US-Kongreß verfügte Kürzung der Militärhilfe von 210 auf 140 Millionen Dollar durch einen Nachtragsetat wieder auszugleichen.

Aufgrund des bilateralen Sicherheitsabkommens haben die USA in Südkorea rund 40 000 Soldaten stationiert. Als Ziel seines Besuches in Südkorea hatte Shultz die „Bestätigung und Unterstützung" des Sicherheitsabkommens bezeichnet.

Sein Besuch fällt mit dem jährlichen amerikanisch-südkoreanischen Manöver zusammen, an dem 188 000 Mann, unter ihnen 70 000 amerikanische Heeres-, Marine- und Luftwaffensoldaten, teilnehmen.

Nordkorea hat die Vereinigten Staaten beschuldigt, einen neuen Krieg vorzubereiten. Der US-Außenminister räumte gegenüber Journalisten ein, daß die Übungen die Spannung erhöhen könnten.

„1,4 Millionen Agenten dienen Moskaus KGB"

SAD, New York

Der bis 1982 fünfzehn Jahre lang vom jetzigen Parteichef Jurij Andropow geleitete sowjetische Geheimdienst KGB beschäftige derzeit rund 700 000 Agenten und ebenso viele Informanten, deren Hauptaufgabe die Bespitzelung der Menschen in der UdSSR sei, berichtet das US-Nachrichtenmagazin „Time".

Zum Vergleich erwähnt das Magazin, daß die US-Sicherheitsdienste im In- und Ausland nur insgesamt 130 000 Mitarbeiter zählen. Den sowjetischen Überläufer Alexej Mjachkow zitiert „Time" mit der Angabe, die Sowjets hätten zwischen 1969 und 1974 allein in der Bundesrepublik Deutschland 1500 neue Agenten angeworben. Die sowjetische Spionage sei auf technologischem Gebiet nach wie vor unterlegen, nehme jedoch bei der erfolgreichen Agenten-Anwerbung die Spitzenstellung ein.

Westliche Fachleute schätzen, so „Time", daß die Sowjets zur Zeit mindestens 350 Agenten in den USA haben. Am konzentriertesten würden sie in New York eingesetzt. Mindestens ein Drittel des sowjetischen Botschafts- und Konsularpersonals im Ausland bestehe aus Agenten.

Tokio beharrt auf Rückgabe der Kurilen

dpa, Tokio

Die japanische Regierung will trotz nachlassenden öffentlichen Interesses ihre vor zwei Jahren begonnene diplomatische Kampagne zur Rückgabe der sowjetisch besetzten Kurilen-Inseln nicht aufgeben.

Bei einer Kundgebung zum „Tag der nördlichen Territorien" sagte Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone gestern in Tokio, daß es ohne die Lösung der Territorial-Frage keinen japanisch-sowjetischen Friedensvertrag geben werde. Zugleich wandte er sich gegen die Stationierung sowjetischer Truppen auf den vier südlichen Kurilen-Inseln Kunashiri, Etorofu, Shikotan und Habomai vor der Nordspitze Hokkaidos.

Wie die „Asahi Shimbun" berichtet, steht vor allem die Bevölkerung in dem angrenzenden Hokkaido der Kampagne, die 1981 noch unter Nakasones Vorgänger Suzuki eingeleitet wurde, kühl bis kritisch gegenüber. Inzwischen seien auch einige führende japanische Politiker überzeugt, daß die Bewegung ihren antisowjetischen Zug ablegen und statt dessen den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen mit dem Nachbarland zu ihrer Hauptaufgabe machen sollte.

„DDR" verhaftet Arzt: Er wollte ausreisen

Der Mediziner unterstützte die „Solidarität"

xhk. Stuttgart

Der „DDR"-Staatssicherheitsdienst hat den Druck auf den für sein Eintreten für die polnische Gewerkschaft „Solidarität" bekannten Jenaer Arzt Friedrich Wilhelm Koch (50) verstärkt: Koch und sein Sohn Matthias (29) wurden, wie die in Hamburg lebende Frau des Arztes der WELT mitteilte, bereits am 1. Februar erneut verhaftet.

Der bis 1972 an der Universität in Jena tätige Mediziner war wegen seiner Sympathiekundgebung für die „Solidarität" am 12. September 1980 zum ersten Mal verhaftet worden. Im darauffolgenden März verurteilte ihn ein „DDR"-Gericht wegen „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" zur „Solidarnosc" zu 16 Monaten Gefängnis. Koch hatte einen Brief sowie eine Spende an den Arbeiterführer Lech Walesa gesandt. Das Schreiben wurde vom „DDR"-Staatssicherheitsdienst abgefangen. Am 11. Januar dieses Jahres wurde Koch aus der Haft entlassen, durfte jedoch nicht zu seiner Frau in die Bundesrepublik Deutschland reisen, die sich seit zwei Jahren um seine Ausreise bemüht.

Koch, der sich aufgrund seines christlichen Glaubens weigerte, in die SED einzutreten, durfte sich in Jena nicht habilitieren. Im Kreiskrankenhaus Ebersbach in Sachsen fand er dann eine Anstellung. Als jedoch Frau Koch nach einem Verwandtenbesuch in die Bundesrepublik Anfang 1980 nicht nach Mitteldeutschland zurückkehrte, wurde ihr Mann fristlos entlassen.

Nach Mitteilung der Ehefrau Kochs, hatte ihr Mann am 19. Januar dieses Jahres in Dresden offiziell eine Genehmigung für eine „friedliche Demonstration" mit dem Ziel der Ausreise beantragt. Diese Bitte war nach Ansicht der Behörden in Dresden eine „Provokation". Gleichzeitig wurde ihm erklärt, seine Ausreiseanträge seien „rechtswidrig". Ob der Wunsch Kochs nach einer Demonstration mit seiner Verhaftung zusammenhängt, ist seiner Frau nicht bekannt.

Die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" in Frankfurt und die Gesellschaft „Hilferufe von drüben" in Lippstadt setzen sich verstärkt für Freilassung und Ausreise des Arztes in die Bundesrepublik Deutschland ein.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rente gut, alles gut

Von Peter Gillies

Auf so manches Thema im Wahlkampf mag der Bürger ohne Nachteile für seine Meinungsbildung verzichten können, beispielsweise auf Einzelheiten aus dem Privatleben der Politiker. Eins aber wird (und muß) ihn interessieren: die Sozialpolitik, die Abteilung Renten eingeschlossen.

Das System der sozialen Altersversorgung ist konjunkturell dadurch bedroht, daß wegen der Arbeitslosigkeit und der Rezession die schwächeren Beitragseinnahmen immer stärker zum Verzehr der Reserven zwingen.

Die Gefahren auf längere Sicht sind jedoch nicht minder bedrohlich: Immer weniger Aktive haben für immer mehr Altenteiler zu sorgen. Würde man diesen „Generationenvertrag" nicht auf diese neuen Daten justieren, hätten die aktiven Arbeitnehmer zu Beginn des nächsten Jahrhunderts bereits rund ein Drittel ihres Einkommens als Rentenbeitrag zu leisten. Eine Verweigerung der jungen Generation wäre nicht auszuschließen – mit der Folge, daß der Vertrag kündigungsgefährdet wäre.

Spätestens seit dem Rentendesaster von 1976 weiß der Bürger, wie schädlich es für seine Alterssicherung sein kann, geriete das Rentensystem in die Beliebigkeit der Tagespolitik. Die Altersversorgung muß deshalb beitragsbezogen bleiben, von der Überfrachtung mit (vielleicht erwünschten, aber sachfremden) Sozialaufgaben befreit werden.

Eine Herausforderung stellt es deshalb dar, den Gleichklang der aktiven Einkommen und der Altersbezüge herzustellen. Ein Nachholbedarf für die Rentner besteht nicht mehr. Ob man diese Ausgewogenheit über eine Besteuerung der Renten, über andere Berechnungsgrundlagen oder sonstwie erreicht, wird von den Parteien unterschiedlich gedeutet, aber als Ziel von allen anerkannt.

Hier hat jede Partei einiges aufzuarbeiten. Daß man sich darüber nicht erhitzt, ist zu begrüßen – ein hochpolitisches Thema bleibt es.

Schwarz und rot

Von Günther Bading

Ehrlich muß gesagt werden, daß die westlichen Industrieländer im Winter die höchsten Arbeitslosenzahlen seit dem Zweiten Weltkrieg befürchten müssen." Das schrieb der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Helmut Rohde, im Sozialdemokratischen Pressedienst im August des vergangenen Jahres, noch zu Amtszeiten der SPD-geführten Bundesregierung.

Jetzt ist der Winter da, und die Arbeitslosenzahl hat tatsächlich den höchsten Stand seit dem Kriegsende erreicht. Heute allerdings machen die Sozialdemokraten dafür die erst seit vier Monaten regierende Koalition der Mitte verantwortlich.

Bedenkenlos versucht SPD-Spitzenkandidat Hans-Jochen Vogel, diese schon damals erkennbare Entwicklung jetzt dem Bundeskanzler Kohl anzulasten. „Unter der Regierung Kohl sind 700 000 arbeitslose Menschen hinzugekommen", schreibt er in einem Grußwort an die AfA Helmut Rohdes. Und in einem Flugblatt des Parteivorstandes wird man noch deutlicher: Das angebliche „Nichtstun" der Regierung Kohl sei schuld an den Schreckenszahlen aus Nürnberg.

Die sozialdemokratischen Wahlkämpfer stellen die Zusammenhänge bewußt falsch dar. Man muß nicht, wie Heiner Geißler dies getan hat, den Kommunisten Bert Brecht zitieren, um dem Wählervolk die Durchsichtigkeit dieses Spiels mit Unwahrheiten vor Augen zu führen. Sozialminister Norbert Blüm hat es in Dortmund in der ihm eigenen volksnahen Art gesagt: „Lügen haben kurze Beine, und es gibt viele Sozialdemokraten, die gehen nur noch auf dem Zahnfleich einher."

Im Wahlkampf gibt es keine Grautöne; es wird schwarz und rot gemalt. Die 2,5 Millionen ohne Brot und Lohn jetzt aber zu „den Arbeitslosen von Helmut Kohl" zu machen hieße, der Renten-, Schulden- und Mietenlüge jetzt noch die Arbeitslosenlüge hinzuzufügen. Ehrlich gesagt.

Sozialkitt

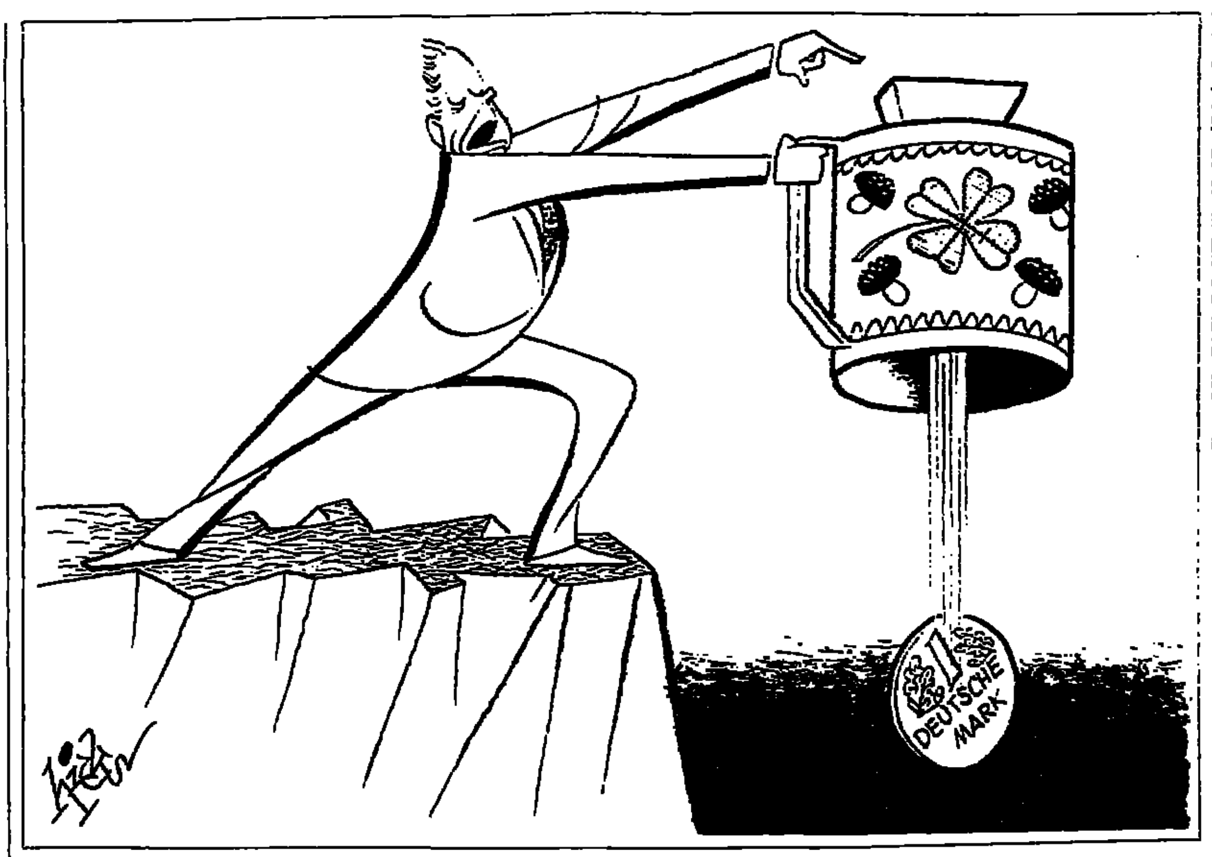
Von Günter Zehm

Die Kampagne des neuen sowjetischen Parteichefs Andropow gegen Korruption und für mehr Arbeitsdisziplin während der regulären Arbeitszeit gewinnt in den Moskauer Zeitungen immer schärfere Konturen. Man darf freilich davon ausgehen, daß eine Stufe darunter, im Halbdunkel der Amtsstuben und Schalterhallen, die Suppe lange nicht so heiß gegessen wird, wie man sie oben kocht. „Neue Besen kehren gut", mag sich mancher Profi des grauen Marktes und der „guten Beziehungen" voll Gelassenheit sagen. Man zieht den Kopf ein und wartet ab, bis die „normalen Zustände" wieder eingekehrt sind.

Ein solches Verhalten hat nicht nur die politische Logik, sondern auch manche moralische Überlegung für sich. Korruption in der freien Marktwirtschaft und Korruption unter einem staatlichen Zwangssystem sind nicht dasselbe. Letztere ist oft nichts weiter als das bitter notwendige Korrektiv zu den Fehlern und zur Ineffizienz der Planwirtschaft.

Wer als Staatsbeamter einen Genehmigungsschein ausstellt, um dafür einen Sack Zement oder ein Abflußrohrknie zu ergattern, oder wer einen Sack voll grüner georgischer Äpfel auf eigene Initiative nach Moskau karrt, um sie dort mit tausend Prozent Profit zu verkaufen, der verdient oft eher einen Orden als viele Jahre Gefängnis oder gar die Kugel des Scharfrichters.

Die Wahrheit ist doch einfach die: Ohne ein gerütteltes Maß von „Korruption" ginge es dem durchschnittlichen Sowjetbürger noch viel schlechter, als es ihm ohnehin schon geht. Die „Korruption" gehört zu seiner Überlebensstrategie, die „guten Beziehungen" sind ein Sozialkitt, der manche Wunde heilt, die das System geschlagen hat. Es wäre naiv, zu glauben, daß Andropow das nicht weiß. Sein eiferndes Zelotentum mag ihm im Augenblick nützen beim Kampf gegen Machtkonkurrenten. Auf die Dauer aber würde es ein gefährlicher Sprengsatz im System.



„Unser Investitions-Modell hat schließlich eine bewährte Tiefenwirkung!"
ZEICHNUNG HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Vertrauensfrage

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Beim Geld hört die Freundschaft auf, sagt der Volksmund, und er weiß auch aus alter Erfahrung zu berichten, das Geld sei flüchtiger als ein Reh. Beide Volksweisheiten haben SPD und DGB jetzt zur klassenkämpferischen Wahlkampfparole gestanzt: „Investitionsstreik!"

Halten wir uns an Altkanzler Schmidt, der ja der Weltwirtschaftsgipfel-Kanzler war:

– Wenn es den Regierungen nicht gelingt, das Vertrauen in ihre Fähigkeit zu stärken, mit der Wirtschaftskrise fertig zu werden, dann wird politische Destabilisierung vorstellbar. Sagt Schmidt.

– Es ist auch vorstellbar, daß in einer Reihe von Staaten ähnliche Ereignisse wie während der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre eintreten. Sagt Schmidt.

– Die Ölschocks von 1973/74 und 1979/80 wären in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen, wäre in den USA und anderen Staaten nicht eine erhebliche Inflation vorausgegangen. Sagt Schmidt.

Mit diesen Marginalien zum drängendsten Problem unserer Zeit weist sich der Altkanzler als ein marktwirtschaftlicher Analytiker und Denker aus, der seit seinen Tagen als Bundesminister gelernt hat, die zerstörerische Wirkung der Inflation richtig einzuschätzen. Aber es meldet sich auch der Demagoge Schmidt zu Wort. Zum Thema Investitionsstreik sagte er in Hannover: „Dieses Beispiel zeigt, daß das Ganze verfassungsrechtlich an der Grenze sein mag, aber (es ist) verfassungspolitisch ein unerträglicher Verstoß, wenn wirtschaftliche Macht zum Verfassungshebel gemacht werden soll, darüber, wer zu regieren hat und wer nicht zu regieren hat."

Worum geht es? Seit einiger Zeit mehren sich in der Öffentlichkeit Hinweise darauf, daß Firmen Aufträge mit dem Vorbehalt einer Stornierung je nach Wahlergebnis am 6. März erteilen. Bundesfinanzminister Stoltenberg hat, als Beispiel, von 50 Prozent der Aufträge bei Nutzkraftfahrzeugen gesprochen. Die „Rahmenbedingungen" für ein solches Verhalten verunsicherter Unternehmer hat der Staat gesetzt:

1. Noch die Regierung Schmidt hatte den Unternehmen eine Investitionszulage angeboten und dafür das Jahresende 1982 als Meldeschluß bestimmt.

2. Die Regierung Kohl erklärt, von Anfang an mit einem beschränkten Auftrag der Koalitionsparteien ausgestattet gewesen zu sein. Aus diesem Grund ruft sie die Bürger am 6. März an die Wahlurnen.

3. Da als Ergebnis dieser Wahl eine Inthronisierung Hans-Jochen Vogels als Bundeskanzler mit Hilfe der Grünen zwar immer unwahrscheinlicher wird, aber doch nicht ausgeschlossen werden kann, ist der 6. März in der Öffentlichkeit mit Recht als das Investitionshemmnis Nummer eins bezeichnet worden.

Kein Wunder also, wenn vorsichtige Unternehmer bestrebt waren, den Termin für die begehrte Invesititionszulage einzuhalten, aber es auf eine Weise zu tun, die ihre Handlungsfreiheit je nach Wahlergebnis nicht aufhebt.

Daß nun die SPD hinausposaunt, die CDU/CSU provoziere den „Investitionsstreik", und das sei Klassenkampf, kann man mit einer alten Erfahrung abtun: Getroffener Hund jault. Die SPD muß sich getroffen fühlen, denn ihr Kanzler Schmidt ist gestürzt worden, weil seine Regierung unfähig war, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen und gleichzeitig der Wirtschaft Wachstumsanstöße zu geben. Jetzt geschieht das Merkwürdige, daß die SPD mit ihrer Investitionsstreik-Kampagne alle Bürger daran erinnert, warum Schmidt heute ein Altkanzler ist.

Gleichwohl erhebt Schmidt den Vorwurf an die Unternehmer, sie wollten wirtschaftliche Macht „zum Verfassungshebel" darüber machen, wer nach dem 6. März regieren wird und wer nicht. Die SPD polemisiert, die



Marktwirtschaft, sozial und frei: Bundesfinanzminister Stoltenberg
FOTO: DPA

Union finde „heute wie zu allen Zeiten im Unternehmerlager eingefleischte Gegner der SPD, die zu allem bereit sind, um eine demokratische Entscheidung der Bürger für die SPD zu verhindern". Schmidt nennt das einen verfassungspolitisch unerträglichen Verstoß.

Verfassungspolitisch – was soll das heißen? In unserer Ausgabe vom 5. Februar wurde im Leitartikel dargelegt, daß es am Wahltag um eine grundsätzliche Richtungsentscheidung der deutschen Politik geht, um die Art des politischen Systems. Wenn die SPD agitiert, es werde wirtschaftspolitische Macht mißbraucht, um eine demokratisvhe Wahl zu manipulieren, dann soll nicht nur unterschwellig an eine bestimmte Ausrichtung der Gedenkfeiern zum 30. Januar 1933 angeknüpft werden, es wird auch der Boden bereitet, um unsere Wirtschaftsordnung im Sinne des gewerkschaftsorientierten SPD-Programms von München zu verändern.

Unsere soziale Marktwirtschaft ist auch eine freie Marktwirtschaft. Das heißt: Ihre Leistungsfähigkeit und zugleich ihre wirksamste Machtkontrolle beruht auf einer Vielzahl dezentralisierter Unternehmerentscheidungen. Voraussetzung dafür ist, daß sich das stets mit Risiken behaftete Investitionskapital frei bewegen kann. Vogel war so unvorsichtig, für den Fall seiner Kanzlerschaft anzukündigen, er werde alle gesetzlichen Mittel anwenden, sollte es nach einem Wahlsieg der SPD zur Kapitalflucht kommen. Das war das Stichwort, das jene Verdächtigungswelle auslöste, die mit dem Verdikt „Investitionsstreik" ihren Höhepunkt gefunden hat.

Je lauter das Geschrei, desto einfacher ist oft der Sachverhalt. So auch hier: Es gibt genug Leute – es handelt sich ja nicht nur um Unternehmer, sondern ebenso um Facharbeiter, die ein paar tausend Mark auf die hohe Kante gelegt haben –, die sind bereit, ihr Geld wieder in risikobeladene Investitionen zu stekken; aber viele von ihnen haben kein Vertrauen zur SPD. Das kann nicht verwundern. Denn dreizehn Jahre lang hat die SPD den Karren in den Dreck gefahren, obwohl sie den nach Ludwig Erhard wirtschaftspolitisch kompetentesten Kanzler aufgeboten hatte. Es lag nicht am Kanzler, es lag an der Kanzlerpartei.

IM GESPRÄCH Otto Regenspurg

Ein wirkliches Ehrenamt

Von Helmut Eberhard

Es ist nicht zu leugnen, daß in wachsendem Maße Personengruppen den Status des Schwerbehinderten erlangen wollen, weil er ihnen mancherlei Vorteile bietet!" Dieser Satz aus der Antrittsrede des neuen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Behinderten kennzeichnet die Auffassung Otto Regenspurgers über seine – ehrenamtliche – Tätigkeit. Regenspurger – seit 1976 für die CSU im Bundestag – will nämlich dafür sorgen, „das unberechtigte Ausnutzen der begünstigenden Gesetzestatbestände soweit wie möglich" zu unterbinden. In diesem Ziel weiß er die Behindertenverbände an seiner Seite. Denn auch sie sehen die Gefahr, daß durch unberechtigtes Ausnutzen sozialer Vergünstigungen der allgemeine Verdacht genährt wird, hier nehme einer Leistungen entgegen, die ihm eigentlich nicht zustehen.



Ansprechpartner, aber kein ... kastenonkel: Otto Regenspu...
FOTO: JUPP DARC...

Aber noch aus einem weiteren Grund will Regenspurger den Mißbrauch zurückschrauben. „Wer unberechtigt Leistungen entgegennimmt, mindert die Möglichkeiten des Staates, dem wirklich Bedürftigen wirkungsvoll zu helfen." Die „Schmarotzer-Mentalität", beklagenswert in allen sozialen Leistungsbereichen, hält er im Falle vorgeblich Behinderter für besonders verwerflich – wer könnte da widersprechen? Eine Handhabe gegen Mißbrauch glaubt er bereits gefunden zu haben: Zur Zeit läßt er prüfen, ob anstelle der bislang nachzuweisenden „Minderung der Erwerbsfähigkeit" nicht besser der „Grad der Behinderung" angegeben werden solle – ein Vorschlag, der von den Organisationen der Behinderten unterstützt wird. Im übrigen aber hält Regenspurger das gültige Schwerbehindertengesetz für bewährt.

Die Vermutung, seine Berufung in das heutige Amt sei weniger Lohn für soziales Engagement, sondern mehr dem üblichen Proporz der Regierungs-Neubildung zu verdanken, läßt den Bundesbeauftragten gleichgültig: „Dies ist kein Amt, nach dem sich ... drängt – aber es ist ein Eh... im besten Sinne des Wortes."

In seiner Antrittsrede ... sprechpartner für den behin... Mitbürger vorgestellt, ist R... purger nun etwas besorgt, ... als „Briefkastenonkel" ... standen werden könnte. Sei... spruch greift weiter: „Die B... regierung möchte, daß der... Beauftragte sie in ihren Bem... gen unterstützt, behinderte ... schen in Arbeit, Beruf und ... schaft einzugliedern" – d... Auftrag seines Berufungs... bens möchte er gerecht w... Als Oppositionsabgeordnete... er noch Kritik am heute vo... verwalteten Amt geübt. Sei... maligen Erkenntnisse nut... gleich zur ersten Amtshan... Er verkleinerte den Mitar... stab.

Auch die Wahlkreisarbeit i... mischen Coburg hat er m... Familienbetrieb aufgezogen... anstrengenden Wahlkreisbe... gen spielt seine Frau den ... feur. Überhaupt meint der... freund, der als Hobby einen... „mit eßbaren Fischen" pfleg... Politiker ist nur so gut, wi... Frau mitzieht."

DIE MEINUNG DER ANDERE...

Das lauteste Medien-Echo fand die Auslieferung des ehemaligen Gestapochefs von Lyon, Klaus Barbie, an Frankreich:

TAGES-ANZEIGER

Es gab viele Gestapo-Kommandanten in anderen Städten des besetzten Frankreichs, die die gleichen Untaten verübten, ohne daß ihr Name die gleich traurige, ja traumatische Berühmtheit erlangt hätte wie jener von Klaus Barbie. Warum? Weil hinter Barbie die Figur von Jean Moulin auftaucht, des Chefs der Widerstandsbewegung, der Barbie in die Hände fiel und der zum Märtyrer und zum Mythos der ganzen französischen Resistance wurde. **(Zürich)**

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Als alter Mann taugt er nicht mehr, Haß- oder Rachegefühle auf sich zu ziehen. Aber sein Prozeß wird noch einmal, schrecklich und brutal, der Weltöffentlichkeit und allen, die auch heute wieder im alten Geist schwadronieren, vor Augen führen, wer da und mit welchen Zielen vor 50 Jahren die Macht ergriff.

HAARETZ

Diese Affäre wird wahrscheinlich eine Büchse der Pandora mit Fällen von Kollaboration mit den Nazis öffnen, die die Affäre Papon (ein ehemaliger französischer Finanzminister) noch in den Schatten stellen wird. Barbies Anwälte werden dieses Thema vor Gericht sicherlich hervorheben. Wir hoffen, daß dieses Argument ... die französische Regierung und andere europäische Regierungen nicht abschrecken wird, ihren Druck auf Argentinien, Chile und ande... amerikanische Staaten zu v... ken, dem Beispiel Boliviens ... gen und Naziverbrecher au... fern, die unter deren Schu... hen. **(Tel Aviv)**

Süddeutsche Zeitun...

Das Münchner Blatt schreibt zur ... des israelischen Außenministers in Bonn:

In Jerusalem wird eine Ve... rung der Atmosphäre kons... seit in der Bundesrepubl... Kohl-Mannschaft regiert – i... gehender Verkennung der ... chen Haltung der SPD. De... neue Bundeskanzler kündi... fort nach seinem Amtsantrit... Besuch in Jerusalem an, de... gänger Schmidt wegen der ... schen Konstellationen vor si... schob. Das hat zusammen m... gen freundlichen Stellungn... der CDU/CSU neue Erwart... in Israel geweckt. Der Ausf... Ministerpräsident Begin geg... früheren Bundeskanzler g... um als vergangene Episode ... lich können Bonns praktisch... tik und die Besinnung auf di... lität – nach Abklingen des ... schwangs in den ersten Tag... Regierungswechsels – für A... minister Shamir heute ... Zweifel mehr daran lasse... sich in den sachlichen Frag... ne wesentlichen Änderunge... ben haben. Denn auch Koh... sich an den USA orientieren ... zwischen Jerusalem und Wa... ton herrscht derzeit keine ... Stimmung.

Kritisch zu sein ist an sich noch kein Erziehungsziel

Das „strategische Lernen" will auf eine radikale Systemveränderung hinaus / Von Peter R. Hofstätter

Kritische junge Leute genießen das Wohlwollen von Schriftstellern, die sich ihres kritischen Engagements rühmen und die sich an den Schulen möglichst viele kritische Lehrer wünschen. Ein Satz dieser Art hat nicht die geringste Chance, bei kritischen Erwachsenen auf Kritik zu stoßen. Kritisch zu sein gilt heute nämlich als ein Wert an sich, als eine Art unabdingbarer Voraussetzung für den mündigen Bürger; eine absolute Tugend also, während Fleiß, Disziplin und Ordnung nur mehr der Rang von „Sekundär-Tugenden" zuerkannt wird.

In Wirklichkeit weiß man allerdings von einem Menschen, der als „kritisch" bezeichnet wird, noch fast gar nichts. Wegen der Herkunft des Wortes von dem griechischen Verbum für „sieben" oder „auslesen" steht bloß fest, daß ein solcher Mensch Unterschiede macht und in diesem Sinne auch Werturteile fällt. Völlig unklar bleibt jedoch, welcher Kriterien, das heißt Maßstäbe oder Richtlinien, er sich dabei bedient. Im Prinzip kann ein Kritischer auch auf Grund der schlimmsten rassischen, religiösen oder sozialen Vorurteile seine Mitmenschen in Gute und Böse, ihm Angenehme und ihm Unangenehme, in Freunde und Feinde einteilen. Den Unsinn, den er damit produziert, wird er sich und anderen fast immer mit dem Brustton der Überzeugung als eine Unterscheidung („Kritik") von höchster Bedeutung servieren: Hexen müsse man eben verbrennen (Kriterien liefert „Der Hexenhammer" von 1487), Indianer skalpieren und Aristokraten an der Laterne aufhängen.

Was Pädagogen vorhaben, die sich heute als kritisch bezeichnen, steht dahin; sicher ist, sie verstehen sich aufs Unterscheiden. Schließlich hat man ja unter dem Titel „Strategisches Lernen" (Rowohlt Verlag, 1974) auf dieser oder jener pädagogischen Hochschule mitbekommen, was „zur Qualifikation von Lehrern für eine antikapitalistische Berufspraxis" gehört, z. B. Trainings- und Plan-Spiele zum Thema der Schulkonflikte. Wichtig ist hier, daß sich der „kritische" = „oppositionelle Lehrer" mit anderen „antikapitalistisch orientierten Kräften an der Schule solidarisiert – gleich, ob es sich dabei um kritische Referendare, linke Schüler oder fortschrittliche Eltern handelt". Und weiter: „Der Konflikt dient der Erweiterung des Handlungsspielraums der kritischen Lehrer: ... als geplanter, erwünschter Konflikt ist er Teil einer bewußten Konfliktstrategie ... Die kritischen Lehrer spielen eine aktive Rolle." Empfohlen wird das alles besonders für Gesamtschulen.

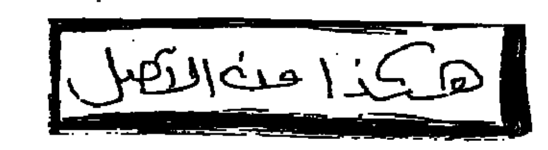
Unterschiede werden gemacht, obwohl es namentlich in der Schule manchmal besser und klüger sein könnte, von Diskriminierungen so weit wie möglich abzusehen. Kritisch zu sein ist an sich jedenfalls kein Erziehungsziel; will man es trotzdem zu einem solchen machen, muß man die Kriterien genau definieren, die bei der Kritik verwendet werden sollen. Geschieht dies nicht, besteht der Verdacht, es gehe um die Tarnung einer politischen Strategie, die auf eine radikale Systemveränderung abzielt. Das „Strategische Lernen" als Anweisung für „kritische" Lehrer läßt daran nicht den geringsten Zweifel, jedoch – so heißt es – sei das „keine Aufforderung zur Subversion". Wozu eigentlich sonst?

Natürlich ist auch die Kritiklosigkeit kein Erziehungsziel. Sie entsteht aus der Bereitschaft junger Menschen, sich von einem Lehrer mitreißen zu lassen. Dieses Vertrauen ist im Grunde etwas Rührendes; trotzdem wird ein verantwortungsbewußter Lehrer sich ein Wort von Nietzsches „Zarathustra" zu Herzen nehmen: „Ich rate euch: geht fort von mir und wehrt euch gegen Zarathustra ... Man vergilt einem Lehrer schlecht, wenn man immer nur der Schüler bleibt ... Ihr hattet euch noch nicht gesucht: da fandet ihr mich ... Nun heiße ich euch, mich verlieren und euch finden."

Auch das ist ein Programm der Erziehung zum Kritisch-Sein; aber es beginnt mit der Bindung an den Lehrer und mit der Begeisterung für die Lehre. Beide müssen sich entwickelt haben, wenn der darauf folgende Schritt der Loslösung und des Selb... dig-Werdens nicht in die ... des Unbehagens, der Depre... oder der Aggressivität f... soll.

Das bei uns so gepriesene ... tik-Lernen dreht dagegen ... Reihenfolge um: Da wird z... abgebaut, woran der Zö... Halt finden könnte: das Ver... en zu Eltern, Kirche, Schule ... Staat. Danach soll aus der ... meinen Verunsicherung ... kollektive Bindung an den ... tik-Meister entstehen, die ... ersetzt: Familie, Glauben, ... dung und die gesetzliche ... nung. Das Ergebnis freilich ... tet: No future.

Wirkliche Bildung beginn... gegen mit dem Bejahen, da... – angeregt durch besonnene ... bilder – zum vollen Einsatz ... gert, um erst danach in de... stanzierung des Selbst-Wer... die Kriterien für eigene We... scheidungen zu gewinnen. ... Verantwortung des Erziehe... der Begeisterung junger ... schen – dem kostbarsten un... gleich heikelsten Gut, das ... anvertraut ist.



„Man spricht über Nero, warum ...icht auch über Mussolini“

Von F. MEICHSNER

...ine gemischte Gesellschaft hat sich im Januar zum Abend-...essen in einer Trattoria der ...ischen Campagna zusammen-...nden. Der Wirt – allgemein der ...ost-Koch“ genannt, weil er zu ...en Johannes des XXIII. in der ...he des apostolischen Palastes ... war – läßt am langen Tisch ... Mappe mit Fotos kreisen. Er ... sich gerade eine Villa gebaut, ...er voller Stolz im Bild vorfüh... möchte. Obenauf in der Mappe ... freilich ein säuberlich auf ...on geklebtes Glanzfoto, das ...dem Hausbau nicht das gering... zu tun hat. Es zeigt – hoch zu ... auf einem Schimmel, die ...d zum faschistischen Gruß er...en – Benito Mussolini. La...nd reagieren die Gäste, unter ...en eingeschriebene Parteimit-...der sowohl der DC als auch der ... und der Sozialistischen Partei: ...h richtig, jetzt hat ja das Musso-... Jahr begonnen.“

...in ganzseitiger Mussolini – dies... mit Zylinder und hochgestell... Mantelkragen – wird an einem ...ntag auch den Lesern des Mai...der „Corriere della Sera“ prä...tiert. Ein Verlagshaus wirbt mit ... Slogan „Ein Jahrhundert ...ssolini“ für seine Buchproduk... über den „Duce“ und seine ... Nicht weniger als 21 Werke ...den in den Anzeigen angeprie... – von einem „historischen Por...“ und einer Autobiographie ...r „seine Geliebte“, bis zu „Sze... des antifaschistischen Krie...“.

...uch ganze Serien in den staatli...n und privaten Fernsehsendern ...andeln das Thema. Selbst der ...nmunistische Bürgermeister ... Mussolini-Geburtsortes Pre...ppio muß der Tatsache Rech...ng tragen, daß in seiner Gemein... vor 100 Jahren, am 29. Juli 1883, ...n Schmied Allesandro Mussoli... und seiner Frau Rosa, einer ...ksschullehrerin, ein Sohn gebo... wurde. „Wir werden den Kopf ...ht in den Sand stecken“, sagt ... 39jährige Mauro Strocchi, heu...der Erste Bürger des romagnoli...en Landstädtchens in der Nähe ... Forli und Chef einer Volks...ntverwaltung. „Mussolini ist ...schichte. Wir bereiten in Zusam...narbeit mit kulturellen Institu...nen eine große Tagung über ihn und den Faschismus vor. Es geht dabei weder um Götzendienst noch um Exorzismus.“

Niemals zuvor seit der Verbreitung des Fernsehens waren auch die leiblichen Nachkommen des „Duce“ so häufig auf dem Bildschirm zu sehen wie in den letzten Monaten. Sogar der sonst eher linkslastige zweite staatliche Kanal strahlte Ende vorigen Jahres eine fünfteilige Serie aus, in der die Söhne, Vittorio Mussolini (der normalerweise in Argentinien lebt), Jazz-Musiker Romano Mussolini und Mussolini-Tochter Edda Ciano, als Kronzeugen auftreten konnten. Regisseur Nicola Caracciolo bekam so manche Kritik zu hören. Er verteidigt sich (laut „Repubblica“): „Von Aufwertung des Faschismus kann keine Rede sein. Aber das italienische Publikum will sich nicht mehr länger gewisse Geschichten in der Sprache der alten Kriegspropaganda erzählen lassen ... Mit dem Schlüssel der moralischen Empörung, die unmittelbar nach 1945 gerechtfertigt war, läuft man nach so langer Zeit Gefahr, nur noch die Tür zu Rhetorik und Unaufrichtigkeit aufzuschließen ... Als klassischer Antifaschist ist mir (im Laufe der Nachforschungen über den Faschismus) nach und nach bewußt geworden, daß der Faschismus etwas anderes war als der Nazismus und der Stalinismus: ein Irrtum, auch mit einigen verbrecherischen Seiten, aber im Rahmen der europäischen Kulturtradition. Mussolini schien mehr – mehr als Hitler und Stalin – gewissen autoritären Gestalten des 19. Jahrhunderts zu ähneln, beispielsweise Napoleon III. ...“

Auch andere Dinge seien ihm aufgegangen: „Der Faschismus war alles und das Gegenteil von allem. Er vereinigte Männer der extremen Linken, wie Kooperationsminister Rossoni und Männer wie den Fürsten Ganzaga, der kulturell und politisch geradezu noch dem Ideengut der Feudalgesellschaft verbunden war.“ Der aber auch entdeckt, daß „Mussolini eine extrem widersprüchliche Persönlichkeit“ gewesen sei: „Grausam und präpotent, aber auch menschlich und edelmütig, aufgeblasen und eitel, aber auch sentimental, schüchtern und unsicher.“

Wenn derartige „Erkenntnisse“ mit Hilfe dokumentarischen Filmmaterials aus der damaligen Zeit ihren bildlichen Ausdruck auf dem Fernsehschirm finden, reiben sich so manche jugendliche Zuschauer zunächst einmal erstaunt die Augen. Schließlich ist ihr Geschichtsbild ganz vom Widerstands- („Resistenza“-)Bewußtsein geprägt. „Wie? Kann das denn wahr sein?“ fragen sie jetzt angesichts der Bildsequenzen vom Massenwahn des 10. Juni 1940, als nicht nur auf der römischen Piazza Venetia, sondern auch auf allen anderen großen Plätzen des Landes von Mailand bis nach Bari das einstimmige „Siii“ zum Kriegseintritt erscholl. „Hat denn niemand ‚No‘ gerufen? Waren die Millionen der Antifaschisten alle im Gefängnis?“ Und die Täter müssen dann, wie der Sozialist, der an der Runde beim „Papst-Koch“ teilnimmt, zugeben: „Es stimmt, alle haben ja geschrien, und im Gefängnis waren bei Gott nicht Millionen.“

Selbst der Fernsehsprecher, der die Szene mit den „ozeanischen Massen“ kommentiert, findet: „Ein beängstigendes, ein beschämendes Bild. Gewiß wäre es ungerecht, alle Italiener anzuklagen. Aber sicher ist, daß niemand protestierte.“ Fast überall in den Massenmedien und auch in der Literatur ist – Zufall oder nicht – gerade zum Auftakt des „Mussolini-Jahres“ ein solches Zurechtrücken des Geschichtsbildes zu beobachten. Oft wird dabei auch zur anderen Seite hin übertrieben. Etwa, wenn man den „Duce“ von seinen Kindern vorwiegend als treusorgenden Familienvater darstellen läßt. Oder wenn man in der zitierten Fernsehserie alle Schuld an der Katastrophe, die Mussolini und der Faschismus über Italien gebracht haben, dem „Teufel“ Hitler gibt. Nur der „Führer“ sei es gewesen, so wird hier suggeriert, der den an sich recht braven Mussolini in Versuchung geführt und am Ende in den Abgrund des Krieges gestoßen habe. Die zahllosen Verbrechen vom Matteotti-Mord bis zum Abessinien-Krieg, die der Versuchung des „Duce“ durch den Satan vorangingen, bleiben dabei unerwähnt.

Aber da solche Unterlassungen und Verzeichnungen in der Öffentlichkeit nicht widerspruchslos hingenommen werden, ergibt sich am Ende doch ein Gesamtbild, das diesem Abschnitt italienischer Geschichte eher gerecht wird als die alte „Resistenza“-Version. Und die italienische Demokratie ist – bei allen ihren Schwächen in anderen Bereichen – auf diesem Gebiet heute stark genug, die Wahrheit zu ertragen. Zu einer Renaissance des Faschismus wird die historische Neubewertung – nicht Aufwertung – der zwei Jahrzehnte faschistischer Herrschaft sicherlich nicht führen.

Wenn der 66jährige Mussolini-Sohn Vittorio in die Rumpelkammer der Geschichte steigt und im linksliberalen „Panorama“ die alten „Werte“ des „Glauben – Gehorchen – Kämpfen!“ zu entstauben versucht, erntet er bestenfalls Kopfschütteln. Man läßt ihn gewähren, ebenso wie man die „alten Kameraden“ und ihren jüngeren Anhang gewähren läßt, wenn sie in Autobussen oder Limousinen – mancher in Erfüllung eines Gelübdes auch zu Fuß – nach Predappio pilgern, wo Mussolini nicht nur geboren wurde, sondern in der Familiengruft auch begraben liegt.

Für den 29. Juli planen sie angeblich einen Massenaufmarsch. Ein Volksfest wird es kaum werden – auch wenn der Name Mussolini an diesem Tag weit über Predappio hinaus in aller Munde sein wird. „Warum auch nicht?“ So kann man sagen hören. Und mit einigem Sarkasmus setzt im Gespräch einer der wirklichen alten Antifaschisten den Schluß: „Man spricht über Nero, warum soll man nicht auch über Mussolini sprechen?“ – Und warum ihn auch nicht in cäsarischer Pose beim Abendessen in einer Trattoria kreisen lassen? Den Appetit kann das offensichtlich niemandem mehr verderben.

Ohne Scheu und ohne Pathos erinnert sich Italien an den 100. Geburtstag des „Duce“ Benito Mussolini FOTO: DW.

...oseph Schumpeter – Renaissance eines Nationalökonomen

Von HEINZ PENTZLIN

Man spricht von einer „Schumpeter-Renaissance“. Die Lehren des National...onomen, dessen Geburtstag ...ute hundert Jahre zurückliegt, ...d gegenwärtig ebenso aktuell ...e bei ihrem ersten Erscheinen. ...ühere von ihm verfaßte Artikel ...rden als Neudrucke herausge...acht und überraschen mit der ...iltigkeit ihrer Aussagen für Fra...n, die heute zur Diskussion ste...n.

...Beachtung haben die Werke ...humpeters stets gefunden. Seine ...11 erschienene „Theorie der ...rtschaftlichen Entwicklung“ ...r bahnbrechend für die Kon...nkturtheorie, für die er 1939 mit ...m zweibändigen Werk „Busi...ss Cycles“ (Konjunktur-Zyklen) ...ne grundlegende, umfassende ...usarbeitung erstellte. Von seinen ...sten größeren Werken gehörten ...Das Wesen und der Hauptinhalt ...r theoretischen Nationalökono...ie“ und „Epochen der Dogmen-...d Methodengeschichte“ zu den ...ertvollsten Lehrbüchern der Na...onalökonomie in den zwanziger ...d ersten dreißiger Jahren.

Umstritten ist das Werk Schum...eters „Capitalisme, Socialisme, ...d Democracy“ (Kapitalismus, ...ozialismus und Demokratie), zu...st erschienen 1942 in New York ...d danach etwas verändert und ...weitert 1947 und 1950. In enger ...erknüpfung von Wirtschaftstheo...e und Soziologie zeigt es den Ur...prung der kapitalistischen Wirt...chaftsform und ihre Weiterent...icklung. Er sieht die Möglichkeit ...res Verfalls, ihres Übergangs in eine sozialistische Wirtschaftsform.

Die Ursachen hierfür liegen, wie er darlegt, keineswegs in einem wirtschaftlichen Versagen des Kapitalismus, sondern in einem Prozeß „schöpferischer Zerstörung“. Ohne den Prozeß der Konzentration zu verteufeln, wie es viele andere Theoretiker tun, und unter Hervorhebung der wirtschaftlichen Vorteile von Großunternehmen hält er es für möglich, daß in einer sich vertrustenden Wirtschaft die Rolle es Unternehmers an Bedeutung verliert und der Glaube an die kapitalistische Wirtschaft abnimmt. Doch er gibt klar zu erkennen, daß er eine solche Entwicklung keineswegs für unausweichlich hält.

„Kann der Sozialismus funktionieren?“ Dieser Frage geht Schumpeter eingehend nach. Die Schwierigkeiten einer zentralgelenkten Wirtschaft verkennt er nicht, hält sie aber – obwohl er viele Fragezeichen dabei anbringt – für überwindbar. Noch schwieriger erscheint ihm die sich daran anschießende Frage: „Ob ... Sozialismus mit dem vereinbar ist, was wir gewöhnlich unter Demokratie verstehen.“ Die Antwort auf diese Frage macht er sich nicht leicht.

Schon in seiner Darstellung der Formen der Demokratie weicht er von den gängigen Vorstellungen ab und stellt als Wesen der Demokratie die Konkurrenz um die Führung und um verantwortungsvolle Posten heraus. Er betont: „Von einer Demokratie kann nicht erwartet werden, daß sie befriedigend funktioniert, wenn nicht die große Mehrheit der Bevölkerung in allen Klassen entschlossen ist, sich an die Regeln des demokratischen Spiels zu halten, und das wiederum bedeutet, daß sie über die Grundlagen ihrer institutionellen Struktur im wesentlichen einig ist. Zur Zeit ist die letztere Voraussetzung nicht erfüllt.“

In einer sozialistischen Wirtschaft bestehen große Gefahren für den Fortbestand der Demokratie und ihre Ablösung durch eine Diktatur. Schumpeter hält ihren Fortbestand im Sozialismus nicht für unmöglich, aber er befürchtet, „daß sich die sozialistische Demokratie letzten Endes als größerer Trug erweist, als es die kapitalistische Demokratie je gewesen ist“.

Die Theorien und Lehren Schumpeters lassen sich nicht in eine Schablone pressen. Er ist als „Sozialist“ und andererseits auch als „Anti-Sozialist“ bezeichnet worden. Sein aktives politisches Wirken hat ebenso kontroverse Urteile gefunden.

Geboren am 8. Februar 1883 zu Triesch in Mähren kam Schumpeter nach dem Tode seines Vaters, eines Textilfabrikanten, durch seinen Stiefvater, den Feldmarschallleutnant von Kéler nach Wien und wuchs hier im Kreise der k. u. k. Aristokratie auf. An der Wiener Universität studierte er Nationalökonomie und Jura. Nach der Promotion zum Dr. jur. war er zwei Jahre als Anwalt am Internationalen Gemischten Gerichtshof in Kairo tätig. Danach habilitierte er bei dem damals hoch angesehenen Haupt der „Wiener Schule“ Böhm-Bawerk und erhielt gleich darauf einen Ruf an die Universität von Czernowitz.

Aufgrund des Ansehens als Nationalökonom, das er schnell erworben hatte, und durch die Bekanntschaft mit führenden Sozialisten aus seiner Studienzeit, wie Otto Bauer, Hilferding und Lederer, wurde er nach der November-Revolution von 1918 in die deutsche Sozialisierungskommission als politisch ungebundener Sachverständiger berufen. Hier geriet er in Gegensatz zu seinen sozialistischen Freunden, weil er die von ihnen angestrebten Sozialisierungsmaßnahmen für verfehlt erklärte.



Joseph Alois Schumpeter FOTO: ULLSTEIN

Diesem ersten Fehlschlag in der Politik folgte ein zweiter, als er im März 1919 durch Otto Bauer als Finanzminister – mit dem Titel Staatssekretär – in die Regierung geholt wurde, die sich unter dem Sozialisten Renner auf eine Koalition mit der Christlich-Sozialen Partei stützte. Schumpeter machte sich bei beiden Koalitionspartnern unbeliebt, da er zum Abbau der Kriegsschulden eine hohe Vermögensabgabe vorschlug und mit einer Befürwortung des Abbaus der Kriegswirtschaft gegen Sozialisierungsmaßnahmen – man nannte sie damals „Nationalisierung“ – Stellung nahm.

Im Oktober 1919 verließ er die Regierung. Ein Zwischenspiel als Präsident einer Wiener Privatbank 1922–24 endete mit dem Zusammenbruch dieses Instituts in der Stabilisierungskrise. Danach wandte sich Schumpeter wieder der Wissenschaft zu und lehrte zuerst in Bonn, danach bis zu seinem Tode 1950 an der Harvard-Universität.

Wenn heute Schumpeter wieder so stark beachtet wird, so hat dies einmal Bedeutung für die Wirtschaftstheorie, zum anderen aber mindestens ebenso für Wirtschaftspolitik. Für die Wirtschaftstheorie bedeutet die Hinwendung zu Schumpeter – stark vereinfacht gesagt – die Abkehr von einseitigen Methoden und stärkerer Beachtung real-wirtschaftlicher Vorgänge.

Für die Wirtschaftspolitiker sind heute mehr denn je seine Herausstellung der Rolle des Unternehmers für die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung. Beachten sollte man auch wieder seine finanzpolitischen Lehren, seine Kritik am bestehenden Steuersystem und seine Änderungsvorschläge. Auch wenn sie bereits fünfzig Jahre alt sind, so haben sie an Aussagekraft und richtungsweisendem Wert kaum etwas eingebüßt. Die größte Bedeutung kommt heute aber seinen Ausführungen über die Demokratie zu. Sie zeigen eindringlich die Gefahren, die für sie in der kapitalistischen Wirtschaftsform und verschlimmert noch im Sozialismus bestehen.

Achtzig Prozent der Flugunfälle verursacht der „Faktor Mensch“

Von MANFRED SCHELL

Die Bundesluftwaffe hat einen außergewöhnlichen – im Vergleich zu den übrigen NATO-Staaten sogar einmaligen – Weg eingeschlagen, um Ursachen für Flugzeugunfälle zu erforschen und dann daraus Konsequenzen zu ziehen. Rund 80 Prozent dieser Unfälle werden dem „Faktor Mensch“ angelastet, wobei es aber zu einfach wäre, schlicht von „menschlichem Versagen“ zu sprechen. Die Ursachen sind vielschichtiger.

Der General Flugsicherheit der Bundeswehr, Bruno von Mengden, der selbst noch als Pilot fliegt, hat unter mehr als 1500 Piloten und anderen Besatzungsmitgliedern von militärischen Jet-Flugzeugen und Helikoptern (die weitgehend zum Heer gehören) eine zweiteilige Fragebogenaktion durchgeführt. Er wollte wissen, welches das „kritischste Ereignis“ war, das sie aus subjektiver Sicht während ihrer fliegerischen Laufbahn in der Luft erlebt haben. Um eine möglichst realistische, ungeschminkte Schilderung auch der Begleitumstände zu erhalten, wurde dieser Befragungsteil anonym gehalten. Im zweiten Teil der Aktion ging es dann, wie General von Mengden formulierte, um eine „mengenmäßige Erfassung aller kritischen Ereignisse“.

Die Antworten, die eingegangen sind, haben erstmals bisherige Annahmen belegt: Kritische Zonen, in denen die Unfallwahrscheinlichkeit zunimmt, ergeben sich in den häufigsten Fällen aus einem Zusammentreffen mehrerer Fehler. Diese Unfallzonen, so sagte von Mengden in einem WELT-Gespräch, „entstehen häufig dadurch, daß von der Besatzung etwas zu spät gemacht oder sogar ausgelassen wird, so daß Flughöhe, Geschwindigkeit oder Fluglage nicht eingehalten werden kann“. Häufig liege ein fehlerhaftes Verhalten auch darin, daß die „Wetterlage falsch interpretiert, die Entfernung falsch eingeschätzt, daß überhaupt eine Desorientiertheit im Raum vorhanden gewesen ist“. Dies seien die häufigsten Fehler, die man herausgefunden habe.

„Eine generelle Überforderung der Flugzeugführer kann daraus nicht abgeleitet werden“, betonte der General Flugsicherheit. Die Statistik stützt diese Aussage. Im Jahr 1981 gab es rund 20 schwere Flugzeugunfälle bei der deutschen Luftwaffe. Darunter versteht man (einheitlich in der NATO) Unfälle, bei denen das Flugzeug zerstört und/oder die Besatzung ums Leben gekommen ist.

Im gleichen Zeitraum aber wurden auch etwa 2000 sogenannte „Zwischenfälle“ registriert. Diese Zahl dokumentiert, daß es Flugzeugführer in den meisten Notsituationen, die zum Beispiel durch Probleme mit dem Triebwerk, durch den Ausfall technischer Geräte, durch Vogelschlag oder durch einen geplatzten Reifen bei der Landung entstehen, gelungen ist, das Flugzeug selbst wieder unter Kontrolle zu bekommen. Das heißt, die Flugzeugführer sind so gut ausgebildet, daß sie in solchen extremen Situationen die Notverfahren einleiten und noch erfolgreich durchführen können.

Dennoch ist die Bundesluftwaffe aufgrund der Auswertung der Fragebogenaktion darum bemüht, Quellen für ein eventuelles Fehlverhalten der Besatzungsmitglieder zu verschütten, zumindest aber die Gefahr zu reduzieren.

An erster Stelle steht das Bemühen, den Streß, dem die Piloten ausgesetzt sind, zu mindern und auf der anderen Seite die Anforderungen an die Flugzeugführer durch technische Hilfsmittel so niedrig wie möglich zu halten. General von Mengden verweist darauf, daß dieses Ziel bei einem Piloten, der ein Linienflugzeug fliegt, viel leichter zu erreichen ist, aber bei einem Flugzeugführer, der als Kampfflieger ausgebildet wird, „keineswegs leicht ist“. Die Möglichkeiten, den Streß abzubauen, sind begrenzt. „Ich muß davon ausgehen, daß der Pilot im Ernstfall und auch im Übungsfall einen hohen Streß aushält.“ Worauf es ankommt, so sagte General von Mengden, ist, ihm die „Streßbewältigung zu erleichtern“.

Was aber heißt Streß? Wann ist der Pilot reizüberflutet oder in einer Gemütslage, die dazu beiträgt, daß er in kritischen Sekunden falsch reagiert? Hierauf gibt es keine eindeutige Antwort. Die Ursachen können vielfältig sein. General von Mengden, der die Flieger kennt und weiß, daß sie „keine Supermänner“ sind, sondern die gleichen Probleme haben wie jedes Mitglied unserer Gesellschaft, spricht die Ursachen offen an: Auch fliegende Besatzungen haben finanzielle persönliche Probleme, Ehe-Probleme, dienstliche Probleme.

Bei der Ausbildung selbst sieht von Mengden nur wenige Verbesserungsmöglichkeiten. Hier gebe man sich große Mühe. Mehr tun könne man, um die Flugzeugführer durch körperliches Training ständig topfit zu halten. Andererseits seien aber auch erhebliche Schritte unternommen worden, um die Flugzeugführer durch eine „Bereinigung der Vorschriften“ von einer „Menge Papierarbeit“ zu entlasten.

Ein weiteres Problem, das zur Minderung von Unfallursachen angepackt werde, sei der „Zeitdruck“. General von Mengden: „Es gibt einen Zeitdruck, der vermeidbar ist, und zwar durch eine bessere Organisation ab der Auftragserteilung.“ Er meint damit auch den selbstinduzierten Zeitdruck, der schon dadurch entstehen kann, daß eine Besatzung sich die ihr zur Verfügung stehende Vorbereitungszeit nicht optimal eingeteilt und keine Zeitreserven eingeplant hat, um einen plötzlich auftretenden kleinen technischen Mangel noch rechtzeitig beheben zu lassen. Hier sei auch die Dienstaufsicht gefordert. Der Vorgesetzte müsse sich die Frage stellen: „Wann gehen meine Flugzeugführer an die Maschinen?“

Schwer sei es, die individuellen Probleme der einzelnen Piloten zu erkennen. „Soll ich Psychologen anstellen, die jedem Piloten morgens tief in die Augen sehen und ihn fragen, ob er heute fit ist?“ Dies sei nicht möglich. Er vertraue deshalb auf die Qualitäten des Einsatzoffiziers, aber auch auf das Verantwortungsbewußtsein der Flugzeugführer selbst, die mit den verantwortlichen Kameraden offen über ihre Probleme sprechen sollten.

Die Unfallstatistik zeigt, daß die Ursachen zu zehn Prozent im Versagen der Technik, zu zehn Prozent im Bereich der Umwelteinflüsse und zu 80 Prozent beim Menschen liegen. Auf den ersten Blick könne daraus, wie General von Mengden sagt, ein „schiefes Bild“ abgeleitet werden. Schlimm wäre es, wenn diese prozentuale Verteilung nicht den Schwerpunkt beim Personal, sondern in der Technik hätte, denn es sei einleuchtend, daß die „Menschen das schwächste Glied in der Kette sein müssen“. Dies deshalb, weil die Technik beeinflußt und Schwachstellen durch Konstruktionen und besondere Wartung behoben werden könnten.

„Auf dem persönlichen Sektor ist dagegen die Einflußnahme wesentlich schwieriger. Jeder Flugzeugführer wird zu einem anderen Zeitpunkt die Grenze seiner physischen und psychischen Leistungsfähigkeit erreichen, abhängig von der Tagesverfassung, vom Ausbildungsstand und der Aufgabenstellung.“ Hier könne nur gezielte und „einsatznahe Ausbildung“ – soweit sie in Friedenszeiten überhaupt möglich ist – die Lage verbessern.

Schon aus diesem Grund, so kommt General von Mengden zu dem Schluß, sei eine andere prozentuale Verteilung der Unfallursachen nicht denkbar. „Aber wir unternehmen alle Anstrengungen, nicht die prozentuale Verteilung innerhalb der Großgruppen Personal, Technik und Umwelt zu verändern, sondern die absoluten Zahlen bei Unfällen und Zwischenfällen im Flugbetrieb zu senken.“

Frau Berger oder die Notrufsäule der Nation

1982: Petitionsausschuß bearbeitete 13 593 Eingaben

EVI KEIL, **Bonn**

Immer häufiger wenden sich Bürger an den Petitionsausschuß des Bundestages, um im persönlichen Kampf gegen die Bürokratie um Hilfe zu bitten. 13 593 Eingaben hat der Petitionsausschuß des Parlaments 1982 bearbeitet. Die Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Lilo Berger leitet den Ausschuß jetzt seit zehn Jahren. Sie und ihre Mitarbeiter haben inzwischen das Image „Notrufsäule der Nation" zu sein.

Petitionen erreichen Lilo Berger auch von Deutschen aus dem Ausland, vor allem aus den Ostblockstaaten bis Kasachstan. Ihr Inhalt: Bitten um Familienzusammenführung.

Der lateinische Name „Petition" macht aber offensichtlich vielen Bürgern Probleme. Viele Briefe, die an den „Speditionsausschuß" oder „Expeditionsausschuß" gerichtet werden, erreichen aber auch ihr Ziel. Der Briefträger am Bundeshaus weiß inzwischen, selbst wenn der Name fehlt, wer mit der „Kummerkastentante der CDU" gemeint ist.

Der Ausschuß war schon oft die letzte Anlaufstelle bei ausgebliebenen Rentenzahlungen, Kindergeld oder Problemfällen der Sozialhilfe. „In der Bundesrepublik gibt es rund 25 Millionen Haushalte. Ich behaupte, in jedem Haushalt gibt es pro Jahr wenigstens einmal Ärger mit der Behörde", erklärt die resolute Berlinerin Lilo Berger. Die jährlich zunehmende Zahl von Petitionen an den Bundestag schiebt Frau Berger auch der „wachsenden Sensibilität der Bürger zu, Kritik zu üben".

Die meisten Petitionen betreffen nach wie vor den Bereich des Bundesministers für Arbeit und Soziales. Manche Einzelpetition wurde so spektakulär, daß sie Behördenlawinen auslöste. Dazu gehörte beispielsweise die Frage der Kindergeldkasse in Berlin. Lilo Berger: „Durch Änderung der gesetzlichen Voraussetzung hatte sich in Berlin die Zahl der Kindergeldberechtigten von 40 000 auf 160 000 vervierfacht. Der leitende Beamte ging just zu diesem Zeitpunkt in Pension. Die Nachfolgerin hatte keine Verwaltungserfahrung. Unser Ausschuß fuhr zur Inspektion nach Berlin. Ergebnis: 38 Beamte aus Westdeutschland wurden vorübergehend für fast ein Jahr nach Berlin geschickt, um die Kindergeldkasse des Landesarbeitsamtes wieder in Ordnung zu bringen."

Nicht minder spektakulär war eine Petition, die der Ausschuß von einer Krankenschwester erhielt, die einen Arbeitsunfall erlitten hatte. Die Frau mußte ungebührlich lange auf ihr Geld warten und beschwerte sich. Dabei stellte sich heraus, daß die Verhältnisse in der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege in Hamburg katastrophal waren. Bei einer Nachprüfung entdeckte man rund 15 000 unbearbeitete Anträge in Unfallangelegenheiten. Der Bundesverband der Berufsgenossenschaften wurde eingeschaltet und leistete überregionale Hilfestellung. „Erst im Sommer kommenden Jahres werden die Fälle aufgearbeitet sein", so Lilo Berger.

In Fragen der Familienzusammenführung zwischen Ost und West greift der Petitionsausschuß Härtefälle auf. So bekam beispielsweise der Sowjetaußenminister Andrej Gromyko Fälle von Familienzusammenführungen mit auf den Heimweg.

Eine große Rolle bei den Petitionen spielten in den letzten Jahren Disziplinarverfahren gegen Beamte. So wurde ein Beamter aus einer kleinen Besoldungsgruppe wegen eines Eigentumsdeliktes unter 50 Mark verurteilt und anschließend vom Dienst entfernt, obwohl er mehr als 30 Jahre im Amt war. „Hier ist für mich das Problem der Verhältnismäßigkeit", sagt Lilo Berger. „Ich habe den Eindruck, daß Disziplinarmaßnahmen innerhalb einzelner Ressorts unterschiedlich gewertet werden. Ich bin ja auch im Rechnungsprüfungsausschuß des Bundestages und sehe, wo überall öffentliche Gelder verschwendet werden. Man kann nicht die Großen laufen lassen und den kleinen Mann bestrafen." Der Petitionsausschuß sorgte für die Wiedereinstellung des Beamten.

Beim Thema Schlachtpferdetransport war seinerzeit Josef Neckermann vierspännig vorgefahren, um seine Petition zu überbringen. Tausende von Briefen kamen zum Thema Robbenmord. Die Ausschußvorsitzende wundert sich heute jedoch darüber, daß nur selten Dank von Bürgern kommt, denen geholfen werden konnte. Proteste, wenn nicht geholfen werden konnte, gibt es öfters. So kündigte ein Enttäuschter an, er wolle aus Protest seine gesamten Möbel vor dem Bundeshaus abladen. Frau Bergers Antwort: „Wer seine Möbel auf die Straße stellt, muß mit Regen rechnen."

Mit Marx will die SED den Reformator neutralisiere

Aktivitäten in der „DDR" zum 500. Geburtstag Luthers / Verspätet erinnert sich Ost-Berlin an den 100. Todestag ihres geistigen Vaters

Von HENK OHNESORGE

Fürchtet die SED die Popularität des Reformators Martin Luther? Der Eindruck könnte entstehen, sieht man, wie Ost-Berlin seit einiger Zeit versucht, das gerade begonnene Jahr zu teilen: Neben Luther, dessen 500. Geburtstag gefeiert wird und dessen Geburtsort und Sterbeort ebenso wie fast alle seine Wirkungsstätten auf dem Gebiet der „DDR" liegen, tritt nun in zunehmendem Maße Karl Marx, dessen 165. Geburtstag und 100. Todestag ebenfalls in das Jahr 1983 fallen. In Aufrufen und mit den üblichen Selbstverpflichtungen der Berufstätigen, die gesetzten Normen zu erfüllen und zu übertreffen, taucht der Name des geistigen Stammvaters und Begründers der Staatsideolgogie immer häufiger in allen Medien auf.

Als im Juni 1980 in Vorbereitung des Luther-Jahres ein staatliches Komitee gegründet wurde, dessen Leitung der Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzende Erich Honecker selbst übernahm, war das Jahr 1983 ausschließlich im Zeichen des Reformators gesehen worden. Zumindest hatte bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit niemand das Jahr 1893 mit dem *Mann aus Trier* in Verbindung gebracht, obgleich dessen Lebensdaten hinreichend bekannt sind.

Denjenigen, welche die SED im Zusammenhang mit dem Luther-Jubiläum in der Rolle des Zauberlehrlings sehen und die plötzliche Einführung von Marx-Jubiläen damit erklären, wird jedoch jenseits von Elbe und Werra heftig widersprochen. So erklärt Hans Rischner, Präsident des Kulturbundes der „DDR", man pflege die Erinnerung an alles, was zum „Fortschritt der Weltkultur" beigetragen habe: „In diesem Sinne gebührt Martin *Luther, der zu den großen* Bewegern der Weltgeschichte gehört, ein wichtiger Platz im Traditionsverständnis der DDR."

Tatsächlich läßt sich nicht abstreiten, daß sich der „erste deutsche Arbeiter-und-Bauernstaat" das Jubiläum einiges an Geld und Aufwand kosten läßt. Nachdem der Ministerrat der „DDR" verkündet hat: „Zum Jubiläum 1983 werden sich die bedeutenden staatlicher Luther-Stätten in einem würdigen Zustand präsentieren", werden allein in Wittenberg, der Hauptwirkungsstätte des Reformators, drei Millionen Mark für Renovierungs- und Wiederaufbauarbeiten ausgegeben, darunter auch für jene Tür an der Schloßkirche, an der – von der Wissenschaft immer mehr mit guten Gründen bezweifelt – Luther am 31. Oktober 1517 seine 95 Thesen angeschlagen haben soll.

In Eisleben wird Luthers Geburtshaus auf Hochglanz gebracht. In Erfurt wird am Augustiner-Kloster gearbeitet, in das Luther 1505 eingetreten war und in dem er lange wirkte. (Um finanzielle Unterstützung für den Bau eines Konferenz-Zentrums in diesem Kloster hat die norwegische Bischofskonferenz ihre Gemeinden ihres Landes gebeten, wie sich denn überhaupt das Luthertum weltweit für die Renovierungen materiell engagiert. Davon soll noch später die Rede sein.)

Vom staatlichen Luther-Komitee wurde bereits die „hervorragende kulturhistorische Leistungen" besonders bei den Rekonstruktionen der Luther-Gedenkstätten in Wittenberg und Eisleben betont. Von den Arbeiten auf der Wartburg berichtete der Chef der dortigen Stiftung, Werner Noth, die Burg werde denkmalspflegerisch so gestaltet werden, daß „sie nun dem Bild nahekommt, das Martin Luther 1521 vor Augen hatte, als er auf ihr eine sichere Zuflucht fand".

Am 18. Februar sollen in Eisleben *die beiden Luther-Stätten* – das Geburts- und das Sterbehaus – nach der Neugestaltung wiedereröffnet werden. Für den 16. April ist die Wiedereröffnung der staatlichen Luther-Halle in Wittenberg vorgesehen.

Veranstaltungen in der Regie des staatlichen Luther-Komitees der „DDR" gibt es zuhauf. Am 9. November, dem Tag vor dem Geburtstag, ist in Ost-Berlin ein staatlicher Festakt. Am 6. Juni wird eine gemeinsame Ausstellung von Staatsbibliothek und Ostberliner Stadtbibliothek zum Thema „Martin Luther in der Literatur", am 15. Juni eine Ausstellung des Museums für deutsche Geschichte (des einstigen Zeughauses) zum Thema „Martin Luther und seine Zeit", am 26. August schließlich im Alten Museum eine zentrale Kunstausstellung „Kunstwerke aus der Zeit der frühbürgerlichen Revolution" eröffnet.

Eine wissenschaftliche Tagung in Eisenach befaßt sich im März mit „Luthers Sprachschaffen – Gesellschaftliche Grundlagen, geschichtliche Wirkungen", eine weitere im Oktober in Halle mit „Martin Luther – Geschichtliche Stellung und historisches Erbe".

Für das staatliche Fernsehen produziert die DEFA einen fünfteiligen Film über den Reformator, mit dem beliebten Ulrich Thein in der Titelrolle.

Die evangelischen Kirchen in der „DDR" haben, vorbereitet von einem eigenen Komitee, ihr eigenes Programm. Unter dem Leitthema „Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen" liegt das Schwergewicht vor allem in den Gemeinden und auf sieben regionalen Kirchentagen, zu denen insgesamt etwa 200 000 Teilnehmer erwartet werden. Man will gerade im Kerngebiet des deutschen Protestantismus von seiten der Kirchen es nicht nur bei Feiern bewenden lassen, sondern auch darüber nachdenken, was der Reformator Luther noch heute zu sagen hat.

Bewußt hat man nicht nur Vertreter der lutherischen Kirchen aus



Martin Luther auf einem zeitgenössischen Bild

der ganzen Welt, sondern im Zeichen der Ökumene auch Vertreter der katholischen Kirche, der orthodoxen Kirchen und der Anglikaner eingeladen. Anfang November will man in Leipzig die Gäste aus aller Welt in Leipzig auf Begegnungstagen mit der Lage der Protestanten in der „DDR" vertraut machen und mit ihnen auch über die Bedeutung des Reformators diskutieren.

Einer der wenigen direkten, aber kaum so registrierten Berührungspunkte zwischen Staat und Kirche wird die zentrale Ausstellung der evangelischen Kirchen in der „DDR" unter dem Thema „Martin Luther – Leben und Werk" sein, die derzeit im Erfurter Predigerkloster, vorbereitet wird. Die rund 200 Exponate, mit deren Hilfe in fünfzehn Abschnitten der Lebensweg des Reformators nachgezeichnet werden soll, stammen sowohl aus kirchlichem wie auch aus staatlichem Besitz. In der vom 7. Mai bis 31. August geöffneten Ausstellung werden handschriftliche Beispiele von Luthers Bibelübersetzung, die erste Ausgabe der gesamten Übersetzung mit eigenhändiger Widmung und frühe Drucke gezeigt. Kunstgegenstände und Mobiliar sollen die Kultur und Lebensweise der Reformationszeit veranschaulichen.

Doch dies ist die Ausnahme. Der Vorsitzende des kirchlichen Luther-Komitees, der thüringische Landesbischof Werner Leich, hat auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin bestätigt, daß es keine gemeinsamen Veranstaltungen beider Komitees geben werde. Gegenseitige Einladungen würden erfolgen, doch stehe es jeder Seite frei, wer jeweils zu welcher Veranstaltung des anderen Komitees geschickt werde.

Entsprechend der Trennung von Staat und Kirche in der „DDR" würden ausländische Gäste, wenn sie kirchliche Vertreter seien, vom kirchlichen Luther-Komitee, staatliche oder gesellschaftliche Repräsentanten vom staatlichen Luther-Komitee eingeladen. (Der norwegische Minister für Kirche und Erziehung, Tore Austad, will vermutlich mit einer Delegation der norwegischen Kirche auf Einladung der lutherischen Kirchen in der „DDR" zu einem Besuch kommen – ein Beispiel für viele, an denen das Prinzip der säuberlichen Trennung sicher Schwierigkeiten haben wird.)

Nach den Worten von Bischof Leich wird das kirchliche Luther-Komitee der „DDR" Bundespräsident Karl Carstens zu seinen Veranstaltungen nicht einladen. Andererseits ist kaum anzunehmen, daß der Bundespräsident einer Einladung des staatlichen Luther-Komitees unter Leitung des SED-Generalsekretärs Honecker Folge leisten würde.

Immerhin: Im Luther-Jahr wird es voraussichtlich erstmals nach dem Mauerbau 1961 wieder zu verstärkten Begegnungen zwischen evangelischen Gemeinden aus beiden Teilen Deutschlands kommen. Dem Luther-Komitee der evangelischen Kirchen in der „DDR" liegt im Jubiläumsjahr weniger daran, „Kirchenvertreter mit offiziellem Visum aus der BRD hier zu haben, oder große Busgruppen, die durchgeschleust werden" (so der Komitee-Sprecher Pfarrer Gottfried Zollmann), als vielmehr an Kontakten von Menschen zueinander.

„Uns sind alle Menschen herzlich willkommen, die sich Martin Luther und seinem Werk verpflichtet fühlen", hat am 20. Oktober 1982 Erich Honecker in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des staatlichen Luther-Komitees der „DDR" erklärt. Dementsprech
wirbt auch die „DDR" weltwei
devisenschwere Touristen
„VEB-Reisebüro der DDR". D
sind die jeweiligen Botschaft
besonders in Skandinavien un
den USA – die Kontaktstellen
staatlichen Luther-Komitee
dem Weg über eine große Öf
lichkeitskampagne mit sta
kulturellen Akzenten wird hie
folgreich) Selbstdarstellung
Werbung um Touristen verbun

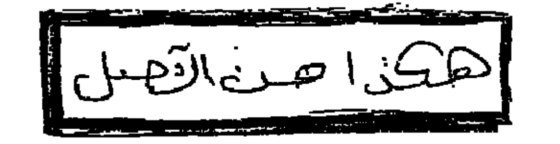
Ein Katalog „Martin-Luther
rung"-1983 der „DDR" bietet
sieben Standardprogramme.
„Sie führen den Besucher vo
lem in die Orte, die eng mit
Leben *Luthers* verbunden
und auf besondere Weise von
nen Leistungen und seiner L
für den gesellschaftlichen
schritt, für soziale Gerechti
und für den Frieden in der
künden."

Mit einiger dialektischer
schicklichkeit wird Luther,
ziell schon längst im SED-Sp
gebrauch vom „Fürstenkne
zum Bahnbrecher der frühbü
lichen Emanzipation emanzi
auch denjenigen beigebracht,
che die Volte noch nicht gan
greifen. Schon bei der Kon
ierung des staatlichen Luthe
mitees am 13. Juni 1980 in B
(als hierzulande kaum je
schon an das Jubiläum da
sagte Erich Honecker: „Indem
ther zum Kampf antrat und fo
lierte ‚Die Kirche bedarf der R
mation' löste er eine Bewe
aus, die dem gesellschaftli
Fortschritt diente." Dement
chend ist jetzt für die SED
Honecker Luther „einer der
ten Söhne des deutschen Vo
sogar mit Weltbedeutung, den
war einer der größten bedeut
sten Humanisten, deren Str
einer gerechteren Welt galt".

Und in sich ist das nur log
schrieb doch der in diesem
ebenfalls gefeierte *Karl Marx*
indem er sich mit dem Reform
verglich, in seiner Kritik
Hegelschen Rechtsphiloso
„Deutschlands revolutionäre
gangenheit ist nämlich theoret
es ist die Reformation. Wie da
der Mönch, so ist es jetzt der
losoph, in dessen Hirn die Re
tion beginnt."

Und wem jenseits von Elbe
Werra das Wechselspiel von F
für Luther und höhere N
Selbstverpflichtung für Karl
absolut nicht einleuchten wil
den hat man vielleicht ein Wo
vielfältigen Reformators
„... der Mensch ist zur Arbe
boren wie der Vogel zum Flie





Die Armee ist nicht mehr Modell des Volkes

China will seine Streitkräfte modernisieren / Hat das bislang gültige Konzept des Volkskriegs ausgedient?

Von OSKAR WEGGEL

Da da tantan", „Zuschlagen und verhandeln", lautet eine alte Taktik der chinesischen Kommunisten aus dem Zweiten Weltkrieg. Ersetzt man das Wort „zuschlagen" durch „Gewehr bei Fuß stehen", so ist damit die Situation skizziert, in der sich die Volksrepublik China zur Zeit gegenüber der Sowjetunion befindet. Trotz beiderseitiger Entspannungssignale stehen entlang der chinesisch-mongolisch-sowjetischen Grenze 54 sowjetische Divisionen mit zusammen einer Million Mann, und China ist deshalb nach wie vor bemüht, seine Streitkräfte zu „modernisieren". Was aber heißt Modernisierung? Vier Aspekte seien hier angeschnitten:

1. Die „Modernisierung" der Strategie. Wird die seit Jahrzehnten geltende „Volkskriegsstrategie" durch ein neues Konzept abgelöst? Der Volkskrieg, auf dessen Klaviatur die chinesischen Kommunisten von 1927 bis 1949 fast pausenlos geübt haben, und der ihrem militärischen Denken deshalb zur zweiten Natur geworden ist, weist im wesentlichen vier Merkmale auf, die ihn vom klassischen Krieg abheben: Er ist kein Blitzkrieg, sondern ein lange sich hinziehendes Geschehen, das an den Nerven des Gegners zehrt (man denke an die beiden Indochinakriege); er wird im wesentlichen im eigenen Lande ausgefochten, so daß die Armee im „Wasser des eigenen Volkes" schwimmen kann, während der Gegner dort zu ertrinken droht; er findet unter Teilnahme des ganzen Volkes (Milizen), nicht nur der regulären Soldaten, statt, und er ist nicht etwa durch den Waffenprimat, sondern durch äußerstes politisches Engagement gekennzeichnet: Er ist „total" im ursprünglichen Sinne des Wortes.

Angesichts der Milliardenbevölkerung, der Engpässe in der Infrastruktur und antiquierter Waffensysteme kann es sich die chinesische Führung weder heute noch in absehbarer Zeit leisten, von diesem bewährten Konzept abzugehen; denn niemand kann ernsthaft glauben, daß sich eine finster zum Angriff entschlossene Sowjetarmee im Grenzbereich abfangen ließe. Erst recht kann von einer Fähigkeit zu flexiblem Antwortverhalten keine Rede sein. Bleibt also nur der Raum – und die Milliardenbevölkerung – als entscheidende Waffe.

Damit es freilich erst gar nicht zu einem solchen Großangriff kommt, gilt es, an den gefährdeten Stellen jeweils Doppelreihen von Elitetruppen aufzustellen, die dafür garantieren, daß jedes Eindringen maximale Kosten für den Gegner verursacht. Die Volkskriegsstrategie wird hier also durch eine Art Vornewegverteidigung flankiert. China geht mit anderen Worten strategisch auf zwei Beinen. Zu einem Angriffskrieg andererseits wird China, wie die Mißerfolge beim Vietnam-Feldzug von 1979 gezeigt haben, noch lange Zeit nicht in der Lage sein.

2. Ausbildungspriorität. Militärische Modernisierung wird nach alledem durch den Volkskrieg keineswegs ausgeschlossen, sondern beschränkt sich im wesentlichen auf die regulären „Vorneweg"-Verbände.

Der Akzent liegt allerdings hier eher bei der Soldaten- als bei der Waffenmodernisierung. Im Vordergrund stehen drei Schwerpunkte, nämlich die Offiziersausbildung (Formalschulung statt des so lange Zeit praktizierten „Lernens durch Tun"), das Studium ausländischer Erfahrungen (Nahost, Falkland) und vor allem die Verschiebung des Trainingsschwerpunktes von Infanterie- auf Panzergefechte, von Manövern einzelner Waffengattungen auf Operationen kombinierter Verbände und von der Soldaten- auf die Kommandeursausbildung.

Harte Positionskämpfe unter den Generalen

Drei Mängel sind auszugleichen: Im Gegensatz zum Hauptgegner Sowjetunion verfügt China kaum über mechanisierte Verbände, das heißt Einheiten mit eigener Artillerie und eigenen Panzern. Alle Einheiten sind vielmehr in der Regel schön auseinandersortiert und müssen im Bedarfsfall immer erst zusammengestellt werden. Hier gilt es, schnell umzulernen. Auch hat man inzwischen entdeckt, daß die alte Haupttugend der Volksbefreiungsarmee, nämlich der „Infanterismus", im modernen Krieg nicht gerade das ideale Mittel ist. Schließlich findet auch die allgemein als hervorragend anerkannte taktische Führung bis zur Kompanie-Ebene nichts Entsprechendes im Bereich der strategischen Führung. Gerade hier hat die Vernachlässigung der Ausbildung während der Kulturrevolution verheerende Lücken hinterlassen, sie werden noch dadurch vergrößert, daß an den maßgebenden Stellen „Revolutionshelden" sitzen, die sich zum Teil noch auf den Lorbeeren des „Langen Marsches" ausruhen. Gerade hier gibt es deshalb in letzter Zeit harte Positionskämpfe.

3. Die Beschaffung neuer Waffen und Ausrüstungen andererseits erfolgt ohne besondere Eile. China hat zwar eine wohlausgebildete Infanterie und brilliert in einigen Spitzentechnologien, insofern es über Raketen aller Reichweiten, über Weltraumflugkörper und Nuklearwaffen verfügt. Doch „dazwischen" klaffen viele Löcher. Waffentechnisch leidet das Heer, gar nicht zu reden von Luftwaffe und Marine, vor allem unter drei Schwächen: Es fehlen vor allem hochwertige Informations- und Zielgeräte, es ist abwehrschwach, somit konzentrierten Panzerangriffen kaum gewachsen, wenn es nicht gleich die nukleare Waffe einsetzt. Schließlich ist es weitgehend bewegungsunfähig – ein Mangel, der mit dem unterentwickelten Transportwesen des Landes zusammenhängt. Das wirkt sich freilich auch zuungunsten des Gegners aus.

4. Institutioneller Wandel. Der Umgang mit modernem Gerät zwingt zu Formalisierung und „Regularisierung". Die Wiedereinführung von formellen Rängen, Uniformen, Titeln ist nur noch eine Frage der Zeit. Damit aber dürfte der so ungewöhnlich starke Einfluß der Armee auf die politische Führung, der durch die Gründungsgeschichte der sino-kommunistischen Bewegung zu erklären ist, allmählich zurückgehen. Nach überkommener chinesischer Auffassung war die absolute Priorität des zivilen vor dem militärischen Element stets das „Normale". Politische Lösungen rangierten immer vor militärischen Auseinandersetzungen und das „Straffeldzugdenken" vor „kolonialen Ambitionen": Den Soldaten etwa vor den Karren des Kaufmanns zu spannen (man denke an den früheren europäischen Imperialismus) wäre dem traditionellen Denken Chinas ebenso fremd gewesen, wie es der heutigen Gesinnung fernliegt.

Zweitausend Jahre lang suchte China anstehende Probleme möglichst mit nichtmilitärischen Mitteln zu lösen. Das Militär hatte sogar eine ähnlich negativ eingestufte Funktion wie beispielsweise das Strafrecht. Ein schöner Staatsmann, der auch Soldaten oder Richter braucht! Bewies er damit nicht einen Mangel an persönlicher Tugend und an Vorbildhaftigkeit?

Außenpolitische Probleme wurden ebenfalls mit bewährten politischen Mitteln gelöst, wie: „Man verbünde sich mit den Fernen, um das Nahe zu bekämpfen". Die heutige EG-Politik der Chinesen ist ein Beispiel dafür. Für „Man bekämpfe einen Barbaren mit dem anderen" läßt sich die chinesische Kambodscha- und Vietnam-Politik vergleichen. „Man zivilisiere den Barbaren", statt ihn militärisch zu bekämpfen, trifft auf die chinesische Politik der modellhaften Selbstdarstellung zu, die in den sechziger Jahren auch auf die westliche Jugend wirkte.

Generäle wurden in China stets mit Mißtrauen betrachtet. Allein ihre Existenz schon manifestierte das Versagen konfuzianischer Erziehungsideale; im übrigen wirkten sie – einmal zur Macht gekommen – fast regelmäßig desintegrierend, und nicht zuletzt galt es auch im Volk als ausgemacht, daß „ein guter Mensch kein Soldat wird".

Der Anteil der Militärs geht ständig zurück

Kein Wunder, daß das zivile Mandarinat stets darauf achtete, den Einfluß des Militärs auf politische Entscheidungen so gering wie möglich zu halten. Diese Tradition wirkte auch noch auf Mao Zedong nach, der forderte, daß niemals zugelassen werden dürfe, daß der Gewehrlauf über die Partei regiert.

Während der Kulturrevolution freilich besetzten Militärs eine Zeitlang über 50 Prozent aller zentralen und provinziellen Spitzenpositionen. Dieser Anteil ist seitdem zurückgegangen. Dem 12. Zentralkomitee, das 1982 gewählt wurde, gehören nur noch 23,8 Prozent Mitglieder der Volksbefreiungsarmee an.

Es zeigen sich überdies erste wirtschaftliche, soziale und politische Einbußen der Armee: Der Militärhaushalt wird von Jahr zu Jahr zusammengestrichen, die Armee ist nicht mehr, wie noch 1967, „Modell des ganzen Volkes", eine mehr technische Einstellung macht sich breit. Im übrigen steckt China bei der Anschaffung moderner konventioneller Waffen schon deshalb zurück, weil man eingesehen hat, daß eine Verbesserung des Militärwesens der Modernisierung von Industrie, Landwirtschaft und Wissenschaft nicht vorausgehen kann, sondern diesen vielmehr nachzufolgen hat. In der Zwischenzeit bleibt die alte Volkskriegsstrategie zwar erhalten, verliert freilich in dieser Lückenbüßerfunktion immer mehr von ihrer ursprünglichen Ausstrahlungskraft.

Kokain für leere Kassen: Surinam schleust sich ins Drogengeschäft ein

Die Banken weigern sich, 50 Millionen Dollar „reinzuwaschen" / Kuba führt Regie

Von U. SIEMON-NETTO

Die prokommunistische Militärjunta von Surinam gleitet immer mehr ins Verbrechen ab. Nachdem sie vor zwei Monaten die demokratische Elite dieser früheren niederländischen Kolonie in Südamerika umgebracht hat, versucht sie jetzt offenbar, mit Rauschgiftgeschäften ihre Finanzlage zu verbessern.

Sie ist in Schwierigkeiten, seit Den Haag und Washington als Antwort auf den Mord an Gewerkschaftern, Journalisten und Akademikern die Entwicklungshilfe eingestellt haben. Vor allem ohne die niederländische Hilfe, die dieses Jahr 110 Millionen Dollar betragen hätte, ist das Regime des Oberstleutnants Desire Bouterse international zahlungsunfähig.

Nach Angaben prominenter Flüchtlinge verhandelte deshalb der surinamische Botschafter im Haag, Henk Heerenberg, in Kolumbien mit den amerikanischen Bossen des internationalen Kokain- und Marihuanahandels über ein hohes Darlehen. Heerenberg, ein strammer Sozialist, der von sich einmal gesagt hat, er habe beim Journalistik-Studium in Algerien „revolutionäre Taktiken" gelernt, ist mittlerweile von Bouterse beauftragt worden, eine Zivilregierung zu bilden.

Wie in Washington verlautete, boten ihm die Rauschgifthändler ein Geschenk von 50 Millionen Dollar an und verlangten dafür, Surinam zum Umschlagplatz und zur Produktionsstätte von Drogen ausbauen zu dürfen, wobei sie vor allem darauf bestanden, die Banken und Flughäfen des Landes ungehindert benutzen zu dürfen.

Darüber hinaus war von einem Darlehen in gleicher Höhe die Rede. Mitte Januar setzte Bouterse den surinamischen Zentralbank-Präsidenten Jules Sedney unter Druck, ein Kreditabkommen zu unterzeichnen, bei dem es um 50 Millionen US-Dollar aus kolumbianischen Quellen ging. Da aber die Bank und nicht die Regierung für diese Summe hätte geradestehen müssen, verweigerte Sedney seine Unterschrift und setzte sich nach Holland ab.

Danach, so berichteten Surinam-Flüchtlinge in Washington, habe Bouterse versucht, andere Banken in sein Vorhaben einzuspannen. Aber auch sie seien nicht bereit gewesen, Millionenbeträge aus dem internationalen Rauschgiftgeschäft „reinzuwaschen".

In Washington sieht man hinter diesen Machenschaften des Linksregimes in Paramaribo und kolumbianisch-amerikanischer Gangster-Syndikate die Handschrift Kubas, das selbst stark im Rauschgiftschmuggel verwickelt ist.

Vor gut einem Jahr hatte der kolumbianische Schmuggler Jaime Guillot nach seiner Festnahme in Mexiko-Stadt detaillierte Angaben darüber gemacht, wie Kuba den Transport von Marihuana nach Florida unterstützt: Er habe seine Aktionen mit kubanischen Geheimdienstoffizieren in Mexiko, Panama und Bogotá koordiniert. Seine mit Marihuana beladenen Schiffe und Flugzeuge hätten sich stets in den Häfen oder auf den Flughäfen des kommunistischen Inselstaates vor amerikanischen Patrouillen in Sicherheit bringen können. Gleichzeitig habe er im Auftrag der Kubaner amerikanische Waffen zu den Guerrilleros der kolumbianischen Terrororganisation „M-19" gebracht.

Als seine Kontaktmänner nannte Guillot den früheren kubanischen Botschafter in Kolumbien, Fernando Ravelo Renedo, und den früheren Botschaftsrat Gonzalo Bassols Suarez. Bassols war in Wirklichkeit ein hoher Funktionär in der „Smericas"-Abteilung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Kubas. Es ist die Hauptaufgabe dieser Abteilung, die Länder der westlichen Hemisphäre zu unterwandern und zu destabilisieren.

Eine ihrer aktivsten Untergruppen ist die Karibiksektion, deren bisheriger Chef Osvaldo Cardenas Junquera heißt. Er war berüchtigt dafür, linke Gruppen auf den Antillen-Inseln zu revolutionären Aktionen aufgewiegelt zu haben. Cardenas ist seit dem Herbst vergangenen Jahres Botschafter in Surinam.

Er ist zur Zeit der einzige Mann, den der vormalige Sergeant Bouterse täglich mehrere Stunden lang sieht. Weder die Flüchtlinge, noch diplomatische Kreise in Washington zweifeln daran, daß er es war, der Bouterse sowohl den Weg zu den Rauschgiftbossen in Kolumbien gewiesen als auch den Mord an seinen Widersachern nahegelegt hat. Sie waren in den Augen Kubas viel zu gefährlich geworden.

„Du mußt etwas gegen deine Opposition tun", hatte schon im Oktober Kubas Hauptmarionette im karibischen Raum, Premierminister Maurice Bishop von Grenada, während eines Besuches in Paramaribo zu Bouterse gesagt.

Diese Opposition hatte dafür gesorgt, daß Surinams Fluglotsen streiken, während Bishops Maschine über Paramaribo kreiste. Sie hatte veranlaßt, daß Bishop ohne Strom und Klimaanlage in seinem dunklen Hotelzimmer schwitzen mußte.

Als er sich mit Bouterse vor 1500 regimefreundlichen Demonstranten zeigte, veranstaltete die Opposition einige Straßenzüge weiter eine Kundgebung mit zehnmal soviel Teilnehmern.

„Du hast recht", antwortete Bouterse seinem Gast, „ich würde Dir auch gern Bargeld geben. Leider mußt du dich mit einem Scheck zufrieden geben." Mit dieser Parabel, so sagte ein inzwischen geflüchteter Ohrenzeuge des Gespräches, „meinte Bouterse, daß er die Opposition später fertigmachen werde".

Das Gespräch zwischen Bishop und Bouterse gilt heute als eines der auslösenden Momente des Mordes an mindestens 15 prominenten Surinamern, darunter dem Präsidenten des karibischen Fußballbundes, André Kamperveen, dem vor seiner Exekution beide Arme gebrochen und die rechte Hand abgehackt wurde, weil man befürchtete, daß dieser kräftige Karatekämpfer sich vielleicht befreien könnte.

In diplomatischen Kreisen in Washington und im Haag wird jedoch erwartet, daß auch Bouterse, der unter Verfolgungswahn leidet und sich im Fort Zeelandia in Paramaribo eingeigelt hat – wo er in der Nacht zum 8. Dezember die Oppositionsführer erschießen ließ –, nicht mehr lange an der Macht sein wird.

Flüchtlinge sagen, daß höchstens 1000 Mann das linke Terrorregime unterstützen. „Fünfzig gut bewaffnete Männer würden reichen, den ganzen Klüngel zu stürzen", sagte in Washington ein prominenter Gegner des Regimes, „aber wie sollen sie ins Land kommen? Surinam liegt zwischen Guyana und Französisch-Guayana. In Guyana ist Forbes Burnham an der Macht, ein guter Freund Kubas, und von den Franzosen ist auch kaum Hilfe zu erwarten. Schließlich sitzt ein persönlicher Freund Castros als Mitterrands Berater im Elysée-Palais: der Revolutionär Regis Debray. Wenn Surinam gegen den Willen seines Volkes kommunistisch wird, dann nur deshalb, weil es keine Freunde hat."

Skepsis vor neuer KSZE-Runde

MANFRED NEUBER, Madrid

Erfolgreicher Endspurt in den Verhandlungen oder nach ein paar Wochen wieder eine enttäuschende Vertagung? *Diese Frage stellt sich* heute in der Madrider Kongreßhalle zum Auftakt der 7. Runde des 1980 begonnenen KSZE-Nachfolgetreffens. Diplomatische Beobachter in Madrid äußern sich skeptisch.

An den starren Fronten zwischen Ost und West bei der Überprüfung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, wie 1975 in der Helsinkier Schlußakte vorgesehen, scheiterte schon das erste Nachfolgetreffen in Belgrad. Auch das Ergebnis der neuen Sitzungsperiode dürfte stark von den Beziehungen zwischen Moskau und Washington abhängen.

Der Westen wendet sich gegen die sowjetischen Versuche, die KSZE zu einer ständigen Einrichtung zu machen, die dann nur noch ein Agitationsforum für den Osten abgäbe und keine konkreten Beschlüsse faßte. Vielmehr soll klipp und klar festgestellt werden, wer *von den 35 KSZE-Staaten* permanent gegen die Menschenrechte verstößt.

Die neutralen und nicht paktgebundenen Länder wollen die beiden Blöcke zu einem Kompromiß bewegen. Seit einem Jahr wird über den N + N-Entwurf für ein Abschlußdokument in Madrid verhandelt. Zuletzt schien er eher dem Osten genehm zu sein, wenn dadurch der Westen mit seinen Zusatzanträgen zur Lage in Polen abgeblockt werden könnte.

Während die Vertreter der Neutralen (Schweden, Schweiz und Österreich) sowie die Bündnisfreien (Finnland, Jugoslawien, Irland, Island, Malta und Zypern) kürzlich in Basel ihre Vermittlerrolle überdachten, legten in Brüssel die 16 NATO-Staaten vor einigen Tagen ihre Marschroute fest. Der Schweizer Chefdelegierte Edouard Brunner unterstreicht die Absicht der Neutralen und nicht Gebundenen, weiter als „treibende Kraft der Konferenz" aufzutreten. Auf das Madrider Treffen wirke sich die Ost-West-Spannung ungünstig aus.

Rumäniens Chefdelegierter Sandru kritisiert: „Der Meinungsaustausch über die Erfüllung der Schlußakte entartet häufig in Konfrontation und ergebnislose Polemik im Geiste der veralteten Blockpolitik."

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Ein Plädoyer für die Ganztagsschule

Kanzler Kohl: Hier haben alle ihre Chance

EVI KEIL, Bonn

In der Bundesrepublik besuchen 11,5 Millionen Schüler allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen. Viele von ihnen haben aber auch heute im günstigsten Fall zwei bis drei Sportstunden pro Woche. Bei der Musterung der Jungen zur Bundeswehr werden ein Viertel der 18jährigen als nicht tauglich befunden, weil sie für einen zukünftigen Wehrdienst gesundheitlich und körperlich nicht fit genug sind. Die WELT fragte Bundeskanzler Helmut Kohl, ob Politiker nicht bisher immer noch zu großen Wert auf die Förderung des Leistungssports legen, der auch in diesem Jahr aus Bonn 55 Millionen Mark erhält, während es mit den Sportangeboten für den kleinen „Otto-Normalverbraucher" noch immer im argen liegt.

Kohl: Wenn in den letzten drei bis vier Jahren aus jedem Geburtsjahrgang, der zur Bundeswehr gemustert wird, 25 Prozent als untauglich befunden werden, muß man was tun. Natürlich ist der Schulsport Sache der Län-

INTERVIEW

der. Ich will aber als gutes Beispiel die Angelsachsen nennen. Die körperliche Ertüchtigung spielt dort neben den wissenschaftlichen Fächern eine große Rolle. Ich glaube, auch bei uns könnte der Schulsport schon viel weiter entwickelt sein.

WELT: Werden Sie selber die Initiative ergreifen, auch wenn Schulsport Ländersache ist?

Kohl: Wir werden uns nach der Wahl mit den Kultusministern der Länder und den Länderchefs mal in Ruhe über diese Frage unterhalten müssen. Dies gilt für alle Fragen, die mit Schulen zusammenhängen, aber auch besonders für den Sport. Wie soll *das mal später mit der Renten*formel im Jahr 2020 werden, wenn jetzt schon bei den 18jährigen ein Viertel nicht tauglich ist?

WELT: Wenn Sie das Beispiel der Angelsachsen erwähnen und für unsere Schüler mehr Sportstunden fordern, müßte dann nicht auch bei uns generell die Ganztagsschule eingeführt werden?

Kohl: Das ist ein wichtiges Problem. Für mich ist das gar keine Frage. Das hängt natürlich auch davon ab, ob wir das nötige Geld dazu haben. Aber es wird ja wieder, wie ich hoffe, eine Zeit kommen, in der mehr Geld für den Staat zur Verfügung steht. Die Ganztagsschule ist das Beste, was wir Kindern bieten können, vor allem jenen, deren Eltern nicht bei den Schularbeiten helfen können.

WELT: Das heißt, die Ganztagsschule *würde auch in Ihren Augen* die beste Garantie sein für die viel zitierte Chancengleichheit der Arbeiterkinder in den Schulen?

Kohl: Was heißt hier Arbeiterkinder. Mit dem Stichwort „Arbeiterkinder" erfaßt man das Problem heute nicht mehr korrekt. Das Problem gilt allgemein für Kinder aus sozial schwächeren Schichten. Ich komme zum Beispiel aus einer kleinen Beamtenfamilie, also aus einer Familie mit einem *kleinen Einkommen.* Für die Kinder ist eine gut geführte Ganztagsschule das beste, weil sie nach Hause kommen, dann keine Aufgaben mehr gemacht werden, keine Nachhilfe mehr erteilt werden muß und die Schule ihnen all das bietet, was sie brauchen, natürlich auch Sport.

WELT: Haben Sie selbst eine besondere Beziehung zum Sport?

Kohl: Sport ist für mich nicht irgendeine Sache, die mir fremd ist. Ich habe aktiv Fußball gespielt, aktiv Handball betrieben, viel geschwommen und Langstreckenlauf gemacht.

Helmut Kohl dürfte für seine Ideen, mehr für den Breitensport zu tun und nach neuen Wegen zu suchen, auch bei den Länderchefs offene Ohren finden. Schon beim „Ball des Sports" in Mainz erklärte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel: „Ich habe als ehemaliger Kultusminister bereits versucht, in unserem Lande das Trainerwesen auszubauen, um den Jugendlichen größere Sportmöglichkeiten zu geben. Jugendliche, die in Sportvereinen sind, sind auch besser geschützt vor dem Abgleiten auf die schiefe Ebene. Wenn wir etwas für den Sport der Jugend tun, tun wir mehr, als wenn wir später viel Geld aufbringen müssen, um sie wieder von der schiefen Ebene herunterzuholen. Wir müssen den Jugendlichen im Sport eine Heimat anbieten."

Daß es in Zukunft auf das noch viel breitere Sportangebot ankommt und nicht nur auf die Förderung im Leistungssport, hat inzwischen auch Josef Neckermann, Präsident der Deutschen Sporthilfe, erkannt. Der WELT erklärte er, daß er dem Schulsport mit der Aktion „Jugend trainiert für Olympia" neuen Auftrieb geben wolle. Allein im vergangenen Jahr hätten sich 523 000 bei „Jugend trainiert für Olympia" an den Ausscheidungskämpfen beteiligt.

Wasserwerker in England wollen weiter streiken

DW. London

Nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen mit der staatlichen Wasserbehörde ist der Streik der 29 000 britischen Wasserwerker in die dritte Woche gegangen. Ein Ende ist nicht absehbar.

Die Arbeitnehmer waren mit großen Erwartungen in die Gespräche vom Wochenende gegangen, nachdem die Wasserbehörde angekündigt hatte, daß sie bereit sei, Lohnerhöhungen bis zu zehn Pfund zu gewähren, vorausgesetzt, daß neue Produktivitätserhöhungen vereinbart werden könnten. In den Verhandlungen stellte sich jedoch heraus, daß die Produktivitätssteigerung nur einen geringen Teil der Arbeitnehmer betroffen hätte und daß die gewährten Lohnerhöhungen nur durchschnittlich 50 Pence (1,90 Mark) betragen würden.

Das entspräche nicht einmal einer Lohnerhöhung von einem halben Prozent. Die Wasserwerker aber fordern eine Zulage von 15 Prozent.

„Callaghan lehnte Cruise Missiles ab"

AFP, London

Der britische Labour-Abgeordnete und frühere Finanzminister Denis Healey hat Zeitungsberichte bestritten, wonach die frühere Labour-Regierung unter James Callaghan der Stationierung von Marschflugkörpern in Großbritannien grundsätzlich zugestimmt habe.

Auf einer Parteiveranstaltung in Glasgow sagte Healey, Callaghan und mehrere seiner Minister, darunter auch er selbst, hätten im Gegenteil im Dezember 1978 beschlossen das Stationierungsangebot der USA abschlägig zu beantworten. Callaghan habe US-Präsident Carter kurze Zeit später zu verstehen gegeben, er halte es nicht für erforderlich, daß der Westen Gegenmaßnahmen zur Stationierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen SS 20 ergreift.

Nur 2500 Juden durften ausreisen

SAD, Moskau

Die Sowjetunion hat die Bewilligung von Ausreiseanträgen jüdischer Bürger offensichtlich erneut eingeschränkt. *Das geht aus Zahlen hervor,* die westlichen Botschaften in Moskau für das vergangene Jahr vorliegen.

Danach durften nur noch 2500 jüdische Bürger aus der UdSSR ausreisen. Im Jahr 1979 waren es noch mehr als 51 000.

Die CDU geht in die Offensive

Von D. GURATZSCH

Vier Wochen vor der Bundestagswahl ist die hessische CDU mit einem neuen Bündnisangebot an die SPD wieder in die Offensive gegangen. Der Vorstoß, am Freitagabend in Fernwald bei Gießen von Landes- und Fraktionsvorstand einstimmig beschlossen, beendet eine Periode der Abdrängung der Partei aus der Landespolitik, die durch eine Kette von Abstimmungsniederlagen im Landtag und vom Zusammenspiel von SPD und Grünen beim Zustandekommen des Teilhaushaltsgesetzes gekennzeichnet war. Da er außerdem in eine akute Krise des rot-grünen Bündnisses hineinzielt, wirkt er als *kühl kalkulierter Zugriff auf* Identität und Profil der Sozialdemokratie, die in der Liaison mit den Grünen verschattet waren.

Kernidee des Vorstoßes ist die Brandmarkung des rot-grünen Techtelmechtels, das als „Gefahr für unser Land" und „schlimmster Schlag gegen einen wirtschaftlichen Aufschwung, der überhaupt denkbar ist", bezeichnet wird. Die Grünen werden als „entschiedene Gegner der von CDU/CSU und SPD gemeinsam aufgebauten Rechts- und Wirtschaftsordnung" charakterisiert, deren „gesamtes Programm und politisches Verhalten" gegen wirtschaftliches Wachstum gerichtet sei. Statt mit ihnen solle die SPD mit der Union Konsens über „Grundfragen der hessischen Landespolitik" herstellen. Andernfalls, so die CDU, sei der Landeshaushaltsplan der Börner-Regierung für die Union nicht annahmefähig.

Das Angebot der CDU, „staatspolitische Verantwortung zu übernehmen – auch gemeinsam mit der SPD", ist unübersehbar darauf berechnet, die Propagandawirkung des mit der Mehrheit von SPD und Grünen im Hessischen Landtag durchgesetzten „Sofortprogramms" zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen abzubauen. Die *Schaffung und Sicherung von* Arbeits- und Ausbildungsplätzen, so wird in dem Papier argumentiert, sei „nur durch wirtschaftliches Wachstum" möglich. Voraussetzung dafür seien „zügige Haushaltsberatungen", die nach Meinung der CDU bis Ende April abgeschlossen werden sollten.

Gleichzeitig werden freilich Bedingungen aufgezählt, ohne deren Erfüllung durch die SPD die CDU unmöglich dem Landeshaushalt zustimmen könne. Neben Punkten wie „Beschränkung der konsumtiven Staatsausgaben, insbesondere im Personalbereich des öffentlichen Dienstes", „Entbürokratisierung insbesondere im Bau- und Planungssektor", Bau von Studentenwohnungen tauchen dabei auch kontroverse Forderungen auf, die sich die *SPD* wegen entgegenstehender Parteibeschlüsse schwerlich zu eigen machen kann: Bau des Atommeilers Biblis C, Abschaffung der Verbandsklage, Verzicht auf „alle einseitigen Ansätze in der Schul- und Bildungspolitik" (also zum Beispiel auf die flächendeckende Förderstufe). Verzicht auf den Braunkohleabbau am Hohen Meißner.

Landesbericht Hessen

Man stelle sich vor, die SPD ginge auf alle diese Forderungen tatsächlich ein und nähme auch das Angebot zu Gesprächen „spätestens unmittelbar nach der Bundestagswahl" an – der Wahlkampf in Hessen würde (wenigstens zwischen den beiden großen Parteien) sozusagen ausfallen. Spätestens hier erweist sich, daß die Vorschläge der CDU in erster Linie Wahlkampfplattform für eine seit der verlorenen Landtagswahl mutlos gewordene, parlamentarisch in die Defensive gedrängte Partei sind. Gleichzeitig setzen sie den Keil an die rot-grüne Phalanx, wo diese am empfindlichsten ist: mit der Forderung nach „Sicherung des *sofortigen Baubeginns der Umgehungs*straße Eltville–Walluf".

Der CDU dürfte gerade diese Forderung am allerschwersten gefallen sein; denn die Grundbesitzer im Rheingau, durch deren Weinberge die neue Straße führen soll und die mit zahllosen Klagen gegen das Projekt der Landesregie*rung zu Felde ziehen, gehören zur* Wählerklientel der Union. Wenn die CDU trotzdem ausgerechnet diesen Programmpunkt in ihren Forderungskatalog aufgenommen hat, so in der demonstrativen Absicht, der SPD dort eine goldene Brücke zu bauen, wo sie bereit ist, dem Bündnis mit den Grünen abzuschwören.

Dabei setzt sie zweifellos auf den Klärungsprozeß innerhalb der SPD, den das Projekt in Gang gesetzt *hat. Denn der vom Finanz*- und kommissarischen Wirtschaftsminister Heribert Reitz, einem Mann des rechten SPD-Flügels, angeordnete „Sofortvollzug" für den Bau der Umgehungsstraße hatte bei Kabinettskollegen wie Umweltminister Karl Schneider und seinen Staatssekretären „Überraschung" ausgelöst. SPD-Fraktionschef Horst Winterstein befürchtete „Erschwernisse" bei künftigen Gesprächen mit den Grünen, der Juso-Vorsitzende Norbert Schüren sah ein „gezieltes Störmanöver". Die CDU-Offerte mischt diesem „sauren Aufstoßen" sicher keine Beruhigungsmittel bei.

Gleichzeitig bedeutet sie eine Absage an die Grünen, die hier in ihrer Empörung über die „Herausforderung und Provokation" der eben noch so gefälligen SPD-Regierung zum erstenmal öffentlich sichtbar einen Köder für die Union ausgelegt hatten. Für ihre Forderung nach einer Sondersitzung des Landtages, in der nach dem „Handlungsspielraum" des Börner-Kabinetts gefragt werden sollte, hatten sie sich CDU-Beistand erhofft.

Der lachende Dritte ist unbezweifelbar vorerst noch immer Holger Börner. Sein Konzept des Regierens mit wechselnden Mehrheiten in einer parlamentarisch verfahrenen Situation läuft und läuft und läuft.

Engholm stellt seine Mannschaft vor

Der Kieler SPD-Spitzenkandidat: Keine Profis, aber sie sind vertrauenswürdig

BERND LAMPE, Kiel

Per Eilbrief hatte der SPD-Spitzenkandidat für die schleswig-holsteinische Landtagswahl am 13. März, Björn Engholm, am Wochenende zur Vorstellung seiner „politischen Führungsmannschaft" nach Kiel eingeladen. Als er gestern „acht Persönlichkeiten", die Minister- und Staatssekretärämter bekleiden sollen, vorstellte, sprach er nur noch von seinem „personellen Angebot". Er fügte hinzu: „Es sind nicht die besten in der Bundesre*publik" und keine „Profis"*, aber diese Mannschaft habe „Sachverstand und Vertrauenswürdigkeit". Sie würden für Schleswig-Holstein neue Impulse geben.

Der frühere SPD-Spitzenkandidat, Klaus Matthiesen, nun selbst Mitglied der neuen Mannschaft, konnte vor vier Jahren mit Helmut Rohde, dem damaligen Parlamentarischen Staatssekretär Engholm, dem Justizreformer Rudolf Bassermann und dem Finanzexperten der Fraktion, Landtagsvizepräsident Kurt Hamer, profiliertere Sozialdemokraten vorstellen. Matthiesen und Hamer, der Finanzminister werden soll, sind auch in der neuen Mannschaft, die einzigen SPD-Mitglieder mit erwiesener Sachkompetenz in der Landespolitik.

Der Kieler Universitätsprofessor Berndt Heydemann, der einzige Parteilose in Engholms Kabinett, der sich mit der von der CDU geführten Landesregierung überwarf und in der letzten Kommunalwahl für die FDP warb, soll ein neu zu schaffendes Umweltministerium übernehmen. Es soll mehr Kompetenz erhalten, als für diese Ressorts in anderen Bundesländern vorgesehen sind. Für alle anderen Mitglieder der Mannschaft sind die Aufgaben in einem möglichen Kabinett Engholm noch nicht verteilt.

Der Zoologe und Ökologe Heydemann gilt als entschiedener Gegner der begonnenen Eindeichung der Nordstrander Bucht im nordfriesischen Wattenmeer. Engholm hatte schon vor Monaten angekündigt, daß eine von ihm geführte Regierung das Projekt stoppen werde. Der Chemiker, Professor Frank Haenschke aus Aalen/Württemberg soll Engholm in energiepolitischen Fragen beraten. Haenschke, der als früheres Mitglied des Bundestages Initiator und 1. Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Innenausschuß war, soll Engholm nach eine[m] Wahlsieg dabei unterstützen, d[ie] Genehmigung für die Inbetrie[b]nahme des in Bau befindlich[en] Kernkraftwerks Brokdorf zu ve[r]weigern.

Die Professorin für bürgerlich[es] Recht und Arbeitsrecht an d[er] Hamburger Universität, Hei[de] Pfarr, ist die einzige Juristin in d[er] Mannschaft. Aus dem einst v[on] Engholm geführten Bundesb[il]dungsministerium will der SP[D-]Spitzenkandidat die Leiterin d[es] Referats „Übergreifende Frag[en] sozialer Benachteiligung im B[il]dungswesen und Ausgleichsma[ß]nahmen", Christine Schmarso[w] nach Kiel holen. Vom DGB-Bu[n]desvorstand stellte sich die Lei[te]rin der Abteilung Arbeitsmarktp[o]litik, Ursula Engelen-Kefer, für d[ie] Mannschaft zur Verfügung.

Die Berliner Journalistin Sophi[e] Elisabeth von Behr-Negendan[k,] Bundesvorsitzende des Verband[es] Alleinstehender Mütter und Väte[r,] soll die Interessen der Frauen [in] einer SPD geführten Regieru[ng] vertreten. Ursprünglich woll[te] Engholm dafür Eva-Marie Rühr[] korf gewinnen, die jetzt der Man[n]schaft des Kanzlerkandidaten V[o]gel angehört.

Bund sucht ein Haus für seine Kunst

In den Ministerien und Büros hängen Gemälde im Werte von vielen Millionen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Bundespräsident suchte sich Willi Baumeisters „Wimpelstrand" aus, das Tulpenbild „Holland" der ehemaligen Dadaistin Hannah Höch, Hann Triers „Fluchtweg" und noch einiges andere. Der Bundeskanzler nahm die Bronzeplastik „Raumknoten" von Otto Herbert Hajek, Bernhard Heiligers *Porträtplastik* „Kopf Karl Hofers", Luise Röslers „Nächtlicher Ausblick" und die Kleinplastik von Alfred Lörcher „Drei dikke Männer".

Irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft werden Wände und Räume von Bauten des Bundes in Bonn, soweit sie repräsentativen Zwecken dienen, mit Kunst nach 1945 so gut gefüllt sein, daß die „Bundes-Kunsthalle" her muß, *nach der jetzt seit 30 Jahren ebenso* vergeblich wie laut gerufen wird. Wenn die Zeichen nicht trügen, ist man nun so nahe dran wie noch nie: Eine Podiumsdiskussion unter dem Thema „Mehr Kunst für Bonn", an der prominente Politiker teilnahmen, erbrachte ungewohnte Einigkeit und die öffentliche Feststellung: „Der Bundeskanzler tritt für den Bau der Kunsthalle ein."

Die Hauptbremse auf dem Wege zu der seit langem immer wieder geforderten Errichtung sind die Bundesländer. Für Kultur sind nun einmal sie zuständig, und jeder Ansatz zu dem, was als Angstbegriff „Staatskultur" in dem Sprachgebrauch kam, wurde von hier aus immer wieder erfolgreich bekämpft.

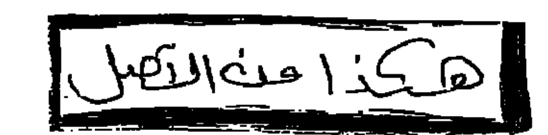
Die Vorgeschichte: 1970 hatte die Bundesregierung den Vorschlag des Malers Professor Georg Meistermann, damals Vorsitzender des Deutschen Künstlerbundes, aufgegriffen, zeitgenössische Kunst durch Erwerbungen des Bundes zu fördern. Seither erscheint im Haushaltsplan des Bundes regelmäßig eine sechsstellige Summe mit der Zweckbestimmung „Erwerb zeitgenössischer Kunstwerke zur kulturellen Repräsentation des Bundes". Bis Ende 1982 waren 4,3 Millionen Mark für den Ankauf von 330 Kunstwerken aufgewendet worden, die heute unschätzbar viel mehr kosten würden. Wenn es brennt, tun sich wohl auch noch andere Töpfe auf. So griff der Bund, hier repräsentiert durch die zuständige Sektion des Bundes-Innenministeriums, energisch zu, als sieben Plastiken von Max Ernst in Gefahr waren, durch Einzelverkauf ins Ausland in alle Winde zerstreut zu werden. Für 1,6 Millionen Mark blieben die Kunstwerke in Deutschland – genauer: in Bonn, dessen trotz aller Erweiterung winziges Städtisches Kunstmuseum per Vertrag fünf der Plastiken als langfristige Leihgaben erhält. Zwei sind ins Bundeskanzleramt gekommen.

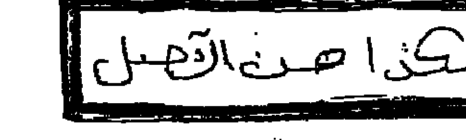
Nun soll zwar erklärtermaßen die Politik in Bonn von zeitgenössischer Kunst umgeben sein, „um sich mit ihr zu identifizieren, die unsere Welt und unser Leben widerspiegelt". Auch sollen die Botschaftsgebäude im Ausland ihren Anteil an den Neuerwerbungen erhalten, aber was der Bund da still und mit Beharrlichkeit erwirbt, soll auch in angemessener Weise gezeigt werden. Aber wo?

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Oskar Schneider, sagte als Teilnehmer der Bonner Podiumsdiskussion, daß „voraussichtlich im Mai" im Zuge der Flächen-Nutzungsentscheidungen für das Regierungsviertel auch der Baugrund für die Kunsthalle endgültig festgelegt werde. Bonns Oberbürgermeister und künftiger CDU-Bundestagsabgeordneter Hans Daniels meinte, es sei ihm inzwischen völlig gleichgültig, in wessen Kompetenz die Kunsthalle errichtet werde. Notfalls würde er sie für die Stadt auch selber bauen. Und der ehemalige SPD-Kanzleramtsminister Horst Ehmke trug die Idee bei, wenn sich weiterhin die Länder, gestützt auf ihre Kultur-Zuständigkeit, dem Wunsche des Bundes i[n] Bonn widersetzten, dann solle ma[n] doch eine GmbH mit dem Zwec[k] der Errichtung dieses Baus grü[n]den. In dieser GmbH könnten n[e]ben dem Bund und der Stadt auc[h] die Länder Nordrhein-Westfale[n] und Berlin vertreten sein, die al[te] deutsche Hauptstadt wegen de[s] unvergleichlichen Fundus der N[a]tional-Galerie, aus dem man wo[hl] gelegentlich schöpfen könne.

Ist es nun ein Anstoß, daß Bu[n]desminister Oskar Schneider „da[s] deutliche Ja" zur Bundes-Kuns[t]halle mit dem Applaus von Bu[n]deskanzler Helmut Kohl und Bu[n]desinnenminister Friedrich Zi[m]mermann verband? Zwei Tage sp[ä]ter kündigte der Bonner Oberbü[r]germeister für das nächste Ja[hr] erstmals eine „Woche der bilde[n]den Kunst" in Bonn an, in dere[n] Rahmen ein noch nicht fixierte[r] „Kunstpreis der Stadt Bonn" ve[r]liehen werden soll. Dies veranlaß[te] den Bonner Buchhändler und Ver[]leger Thomas Grundmann dazu[,] dann auch einen wohldotierte[n] „Bonner Literaturpreis" auszuse[t]zen, was wiederum einen An[]onymus und Kunstsammler de[r] Stadt bewegte, seine finanziell[e] Unterstützung für den Kunstprei[s] zuzusagen.

Dies alles dient, wie man es auc[h] wenden mag, als Fundament fü[r] die Bundes-Kunsthalle. 1949 ha[t] man, im Geiste jedenfalls, den er[]sten Spatenstich dafür vollzogen[.] 1977 wurde anläßlich der Sitzun[g] des „Gemeinsamen Ausschusse[s] Bundeshauptstadt Bonn", in de[m] Vertreter von Bund, Land un[d] Kommune sitzen, darüber gespro[]chen, ob man im Rahmen des da[]mals laufenden Investitionspro[]gramms der Bundesregierung [] bis 20 Millionen Mark für den Ba[u] der Kunsthalle bereitstellen soll[e.] Seither gleichen alle Bauwillige[n] Läufern, die sich gegenseitig a[m] Bein festhalten. Nur der Kunstbe[stand] wächst und wächst und wächs[t.] Ein Depot für ihn gibt es imme[r] noch nicht.





rbeitslose darf es nicht geben

Betriebe in der Sowjetunion horten ihr Personal / Freie Brigaden für das große Geld

RIED H. NEUMANN, Moskau
:herheitshalber berief sich Ge-
e Klimkin auf die Meinung sei-
Frau, als er der „Literaturnaja
:ta" schrieb: „Müßten die Be-
e nicht die Hälfte ihrer Leute
ıssen, wenn wir mit Disziplin
höherer Arbeitsproduktivität
t machen wollten?"

e kesse Frage, wegen ihrer
len Konsequenzen eigentlich
/erstoß gegen die guten ideolo-
ıen Sitten im Sowjetstaat, fand
eren Ortes überraschend volle
immung. Professor Kostakow,
Wirtschaftswissenschaftler bei
Regierungsbehörde Gosplan,
e sogar hinzu: Bei „normaler
iplin" würde sich in Fabriken
Verwaltungen erweisen, „daß
Arbeit nicht für alle reicht, ob-
l sie alle bezahlt werden".
bt es also „überflüssige Leute"
er sowjetischen Wirtschaft? Es
sie, bestätigt Kostakow und
t die Behauptung anderer
feschreiber zurück, nur die Ge-
sempfänger könnten sich
ımelei und schlampiges Arbei-
leisten. Es sei doch kein Ge-
nnis, daß für dieselbe Norm
ein Dutzend, dort aber nur
i, drei Arbeiter benötigt wür-
. Der Plan-Professor, der offen-
auch seine Sicherheiten
ıcht, bemüht sodann an-
ıchsvoll die „Hauptgesetze des
senschaftlich-technischen Fort-
itts", um die Freisetzung von
eitskräften als unvermeidlich
geben zu können. „Aber bei uns
hieht das einfach nicht!"

ademiker benachteiligt

tatt dessen sind die Betriebe
rvölkert, weil Entlassungen
selten möglich sind und für die
riebe nicht sinnvoll wären: Sie
ten geradezu Arbeitskräfte, um
Schwankungen der Produk-
ı gewachsen zu sein. In den
zen Phasen des „Sturmlaufes",
nach Zeiten erzwungener Ruhe
gen Materialmangels oder orga-
torischer Mißwirtschaft immer
der fällig ist, werden die Reser-
gebraucht.
leichzeitig häufen sich im Lan-
lie Klagen über einen empfind-
en Mangel an Arbeitskräften.

Unter beiden Erscheinungen, dem Mangel wie dem Überfluß an Arbeitskräften, leidet die Arbeitsmoral. Wo es an Leuten fehlt, kennt jeder seinen Wert und schert sich wenig um Vorhaltungen. Selbst eine Entlassung zur Strafe ist eher für den Betrieb eine Einbuße als für den Betroffenen. Der findet schnell und ohne Nachteile etwas anderes, was in der gegenwärtigen Disziplinierungskampagne empört kritisiert wird.

Sollten die Betriebe künftig, wie nicht nur aus der freimütigen Erörterung auf einer ganzen Seite der Wochenzeitung „Literaturnaja Gaseta" zu schließen ist, zum weitaus sparsameren Einsatz von Arbeitskräften gedrängt werden, müßte ein weitreichendes Reformwerk in Gang gesetzt werden. Der Zentralrat der Gewerkschaften ist schon aufgefordert worden, Vorschläge dafür zu entwickeln. Ausgerechnet die Arbeitnehmer-Vertretung soll also dazu beitragen, daß die bisher so unangreifbare und fast komfortable Situation der sowjetischen Werktätigen erschüttert wird.

Eine Reform der widersinnigen Einkommensstrukturen wäre dabei unvermeidlich. Während Industriearbeiter 200 bis 250 Rubel verdienen können, müssen sich Ingenieure mit 150 bis 180 begnügen. Andere akademische Berufe sind noch stärker benachteiligt. So erhalten Ärzte und Lehrer kaum mehr als 120 Rubel. Während die staatliche Mindestrente schon bei 45 Rubeln angelangt ist, soll sich eine voll arbeitende Kindergärtnerin mit 85 Rubeln begnügen.

Auf ideologische Dogmen könnte kaum noch Rücksicht genommen werden, wenn Freisetzung und Entlassung nicht länger leere Worte bleiben sollen. Denn Arbeitslosigkeit, die dann für viele vorübergehend unvermeidlich wäre, kennt die Sowjetunion nicht, weil es sie nicht geben darf. Ihre Arbeitslosen stehen alle in Lohn und Brot. Vor allem wäre sie darauf organisatorisch nicht vorbereitet. Es existiert weder eine Arbeitslosenversicherung noch ein ausgebautes Vermittlungssystem, weil die Planwirtschaft keinen offenen Arbeitsmarkt kennt.

Zwar wechseln monatlich nach westlichen Ermittlungen zwischen zwei und drei Millionen Menschen in der Sowjetunion ihren Arbeitsplatz, aber die meisten verzichten dabei auf die dirigistische Mitwirkung des Staates. Dessen Büros richten sich kaum nach den Wünschen der Arbeitssuchenden, sondern nach staatlichen Schwerpunktprogrammen.

Arbeitsmarkt im Bauwesen

Die Interessen der vielen einzelnen führen aber unter der Kruste sozialistischer Wirtschaftsverhältnisse ein zähes und erfolgreiches Eigenleben. Zu Schwarzmarkt und Schattenwirtschaft hat sich deshalb längst auch ein Arbeitsmarkt gesellt, der diesen Namen verdient; zu voller Blüte konnte er sich allerdings nur im Bauwesen entwikkeln.

Vom großen Geld angelockt, finden sich jährlich zwischen Frühling und Herbst Tausende von Männern zu freien Brigaden zusammen – „in letzter Zeit immer mehr, und zunehmend ist die Jugend dabei", schrieb die „Komsomolskaja Prawda" verdrossen und ratlos. Diese Arbeitsgruppen übernehmen in eigener Regie komplette Bauaufträge, die besonders gern von Kolchosen erteilt werden, weil sich die staatlichen Baubetriebe nur wenig um sie kümmern.

Für die gesamte Bauausführung wird ein üppiger Pauschalpreis vereinbart, der schiere Wunder bewirkt: Die sonst lustlos, schlampig und umständlich werkelnden Kollegen vom Bau verwandeln sich in ein zügig und umsichtig operierendes Team, das auch einfallsreich Baumaterial, Lastwagen und Maschinen zu besorgen versteht: Durch Direktkäufe ab Werk oder durch die Bestechung von Fahrern und Maschinisten. Tagelang liegen dann staatliche Baustellen still, das Material wird dem Plan entzogen, aber beim Auftraggeber entstehen Wohnhäuser, Wirtschaftsgebäude und Straßen, die sonst in Jahren nicht zustandegekommen wären.

nkara hält Parteien an kurzer Leine

r Gesetzentwurf schränkt die Macht ihrer Führer und Zentralen ein

E. ANTONAROS, Athen
nkaras regierende Generäle ha-
ı ihren Zeitplan zur Rückkehr
demokratischen Verhältnissen
l einen Gesetzentwurf über das
teienwesen der Öffentlichkeit
gelegt. Aber das im Eiltempo
gearbeitete Gesetz enthält in
ıen 124 Artikeln Restriktionen
l Verbote in einer Fülle, die die
ge aufwirft, inwiefern es mög-
ı sein wird, auf dieser Basis ein
males Parteiwesen gedeihen zu
sen.

Jar ist die Absicht der Generäle,
politischen Formationen an
kurzen Leine zu halten und
zesse, die nach Ansicht der maß-
lichen Offiziere weitgehend aus
Machtfülle der Parteioberen re-
tierte, künftig zu vermeiden.
her wird die Macht der Partei-
ıtralen erheblich eingeschränkt.
wird bestimmt, daß sogar bei
ı ersten Parlamentswahlen, die
raussichtlich im Herbst stattfin-
n werden, die Kandidaten jeder
rtei nicht wie bisher vom Vor-
ınd, sondern von allen Parteimit-
edern durch lokale Abstimmun-
n gewählt werden sollen. Abge-
ıafft wird auch der Fraktions-
ang, um das Machtmonopol der
rteiführer zu brechen.

Der Entwurf, der nach seiner Bil-
ung durch die Versammlung,
raussichtlich am 1. März dem
Iationalen Sicherheitsrat" zur
endgültigen Verabschiedung vorgelegt werden soll, verbietet die Gründung von Parteien, die „die nationale Einheit zerstören oder das Überleben der Türkischen Republik" gefährden könnten. Darunter sind offenbar Parteien mit sezessionistischen oder separatistischen Ideologien gemeint. Ebenfalls verboten sind Gruppierungen mit einer theokratischen, faschistischen, kommunistischen, anarchistischen oder nationalsozialistischen Zielsetzung.

Darüber hinaus müssen sich alle Parteien zu den sechs Prinzipien des Staatsgründers Kemal Atatürk bekennen. Ihnen wird untersagt, Kritik am Putsch vom 12. September 1980 zu üben. Die Benutzung der Namen, Embleme oder Abzeichen von Parteien, die im Oktober 1981 verboten wurden, ist nicht erlaubt.

Zur Parteigründung reichen 15 Personen aus. Aber eine Partei muß Ortsverbände in mindestens 34 von 67 Provinzen unterhalten, um an den Parlamentswahlen teilnehmen zu dürfen. Dadurch will die Generalität offenbar das Entstehen von Radikalen oder Randgruppen erschweren. Nur Personen, die ihr 21. Lebensjahr (bisher: 18) vollendet haben, dürfen einer Partei beitreten. Universitätsprofessoren, Studenten, Beamte aller Art und die Angehörigen der Streitkräfte dürfen – anders als bisher – kein Parteibuch besitzen. Jugend- und Frauenorganisationen sind nicht erlaubt. Auch die Errichtung von Stiftungen, Gewerkschaften oder anderen Nebenorganisationen durch die Parteien ist nicht gestattet. Den Generälen geht es dabei offenbar darum, die Politisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens – wie sie vor ihrem Coup der Fall war – zu verhindern.

Anders als unter früheren Gesetzen dürfen die Parteien keine staatlichen Subventionen erhalten. Verbindungen zu gleichgesinnten Gruppen im Ausland werden nicht gestattet. Nicht erlaubt ist schließlich die Gründung von Ortsverbänden im Ausland. Weil in der Zeit vor dem Militärputsch vor allem die radikalen Parteien im Ausland und hauptsächlich in der Bundesrepublik besonders aktiv waren, will das Militär eine Wiederholung dieser Erfahrungen verhindern.

Durch die Einführung des Verhältniswahlrechts bei allen Abstimmungen zur Besetzung der Spitzengremien der verschiedenen Parteien wollen die Generäle offenbar sicherstellen, daß keine einzelne Person die absolute Macht in einer Partei besitzt. Verfassungsexperten in Ankara befürchten allerdings, daß diese Regelung möglicherweise eine Blockierung von zahlreichen Entscheidungen zur Folge haben könnte. (SAD)

n Bolivien galt Barbie als Gentleman

räsidenten und Generale als Freunde / Reich durch Rauschgift- und Waffenhandel?

WERNER THOMAS, Miami
Die Freunde nannten ihn einen
Jentleman". Klaus Barbie sei im-
er höflich und hilfsbereit gewe-
n, versichern sie. So urteilten
ıch die Kellner des Cafe-Restau-
nts „Confiteria la Paz", eines ru-
ikalen Lokals im Herzen der boli-
anischen Hauptstadt, wo für Bar-
e und seinen bulligen Leibwäch-
r stets ein Ecktisch mit Blick zur
ingangstür reserviert war.

In seinem Bekanntenkreis konn-
niemand so recht begreifen, daß
arbie jetzt in einem Lyoner Ge-
ingnis sitzt, einer der Freunde,
benfalls ein gebürtiger Deutscher,
neinte: „Wenn ich Barbie vor eini-
en Wochen gesagt hätte, daß er
nfang Februar in Frankreich sein
ird, wäre ich von ihm für ver-
ickt erklärt worden."

Fluchtgedanken sind Barbie
elbst nach der Abschiebung eini-
er europäischer Neofaschisten
lurch die neue Regierung des Prä-
identen Hernan Siles Zuazo nicht
gekommen. So ist der Italiener
Pierluigi Pagliai ausgeliefert wor-
len, der 1980 das Bombenattentat
auf den Bahnhof von Bologna ins-
zeniert haben soll, bei dem 85 Men-
chen ums Leben kamen. Pagliai
starb dann an Schußverletzungen,
lie er bei seiner Festnahme erlitten
hatte.

Einfluß und Wohlstand

Barbie sagte: „Bolivien ist in den letzten 32 Jahren meine Heimat gewesen und hier habe ich zwei Gräber. Ich werde dieses Land nicht freiwillig verlassen." In den Gräbern liegen seine Frau Wilhelmina und sein Sohn Klaus. Klaus, der einzige Sohn, ist im Mai 1981 bei einem Gleitflug-Unfall in Cochabamba ums Leben gekommen. Barbie hat noch eine Tochter, die in Kanada lebt. Die Ehefrau erlag im Dezember vergangenen Jahres einem Krebsleiden. „Ihr Tod hat mich schwer erschüttert", sagte Barbie, der in den letzten Monaten rasch alterte.

Alles in allem war das bolivianische Kapitel in diesem ereignisreichen Leben aber recht angenehm gewesen. Keinem anderen prominenten Nazi-Flüchtling in Lateinamerika ist es so gut ergangen wie ihm. Barbie zählte Präsidenten und Generäle zu seinem Freundeskreis. Er brachte es zu Einfluß und Wohlstand. Er brauchte nie unterzutauchen.

Der frühere Gestapo-Mann, der 1951 unter dem Namen Klaus Altmann Haussen nach Bolivien gekomnmen ist und sechs Jahres später die Staatsbürgerschaft der Anden-Nation erwarb, soll Millionär gewesen sein. Er besaß drei Häuser in La Paz, Cochabamba und Santa Cruz.

Barbie gab sich als Geschäftsmann aus. Er gründete Anfang der sechziger Jahre zusammen mit der Marine die erste bolivianische Reederei, Transmaritima, die 1973 jedoch wieder geschlossen wurde. Damals geriet Barbie durch den – später abgelehnten – Auslieferungsantrag der Franzosen in die Schlagzeilen der internationalen Presse. Seine Freunde berichteten, er habe einige Zeit Hölzer exportiert und landwirtschaftliche Maschinen importiert. In diplomatischen Kreisen hieß es gelegentlich, Barbie vermittle Waffengeschäfte.

Immer wieder ist Barbie jedoch mit dem besten Geschäft der Bolivianer in Verbindung gebracht worden, dem Kokain-Handel.

Die Justizbehörden haben nie eine Anklage gegen ihn erhoben, aber das bedeutet wenig. In diesem Land verfängt sich selten ein Rauschgifthändler im Netz der Ermittlungsbeamten, die gern lukrative Nebenverdienste einstreichen. Die Verdächtigungen rankten sich um zwei seiner ehemaligen Wohnsitze und seine einst engen Kontakte zu der Militärregierung Garcia Meza.

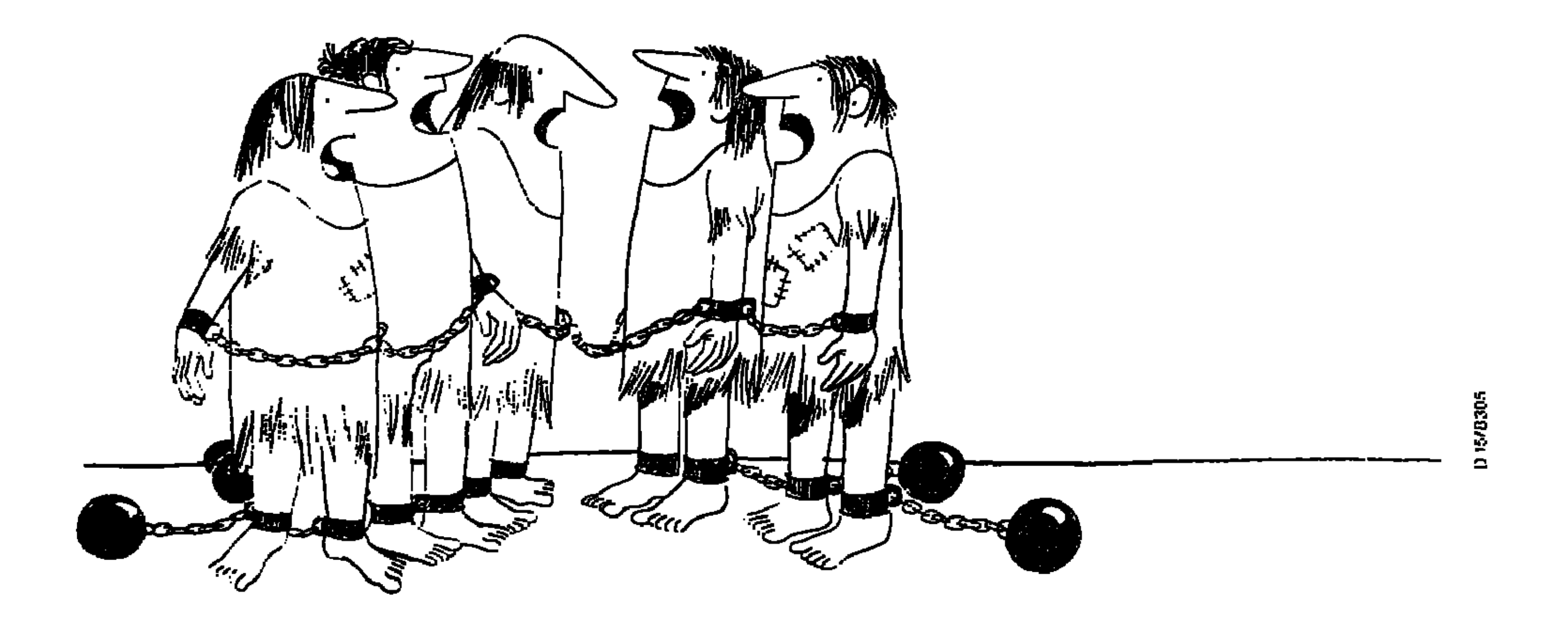
Cochabamba und Santa Cruz gelten als Kokain-Zentren Boliviens. Barbie verbrachte die meiste Zeit der letzten Jahre in diesen beiden Städten.

Kein schlechtes Gewissen

Im Sommer 1980 kam General Luis Garcia Meza an die Macht. Sein erster Innenminister war der Oberst Luis Arce Gomez. Beide Offiziere, die heute im argentinischen Exil leben, werden beschuldigt, Rauschgift-Millionäre geworden zu sein. Arce Gomez hatte Barbie bei einer Offizierspartie als „mein großer Freund Don Klaus" vorgestellt.

Ehemalige politische Häftlinge während der Zeiten Garcia Mezas behaupten, sie seien von Klaus Barbie nach alter Gestapo-Manier vernommen worden. Barbie soll damals auch für Arce Gomez eine paramilitärische Truppe zur Verfolgung politischer Gegner zusammengestellt haben. Barbie bestritt diese Vorwürfe.

Nur selten hat Barbie über die dunkle Vergangenheit gesprochen. Wenn er es tat, plagte ihn kein schlechtes Gewissen. „Mit der Judenfrage" sei er nie beschäftigt gewesen, betonte Barbie einmal gegenüber der bolivianischen Tageszeitung „Hoy". (SAD)



Affäre um französische Nummernkonten

AFP, Paris

Von Skepsis bis Ungläubigkeit reichten gestern die Reaktionen in Genfer Bankkreisen zu den sensationellen Enthüllungen, die französische Polizei sei bei einer Haussuchung in Nizza auf eine Computerliste von 5000 französischen Nummernkonten in der Schweiz gestoßen. Das Pariser Budgetministerium rechnete unterdessen damit, daß diese Entdeckung zu einer „bedeutenden Affäre“ führen wird.

Im übrigen bewahrte die Pariser Behörde Stillschweigen zu der Liste, die in Klarschrift die Namen von Persönlichkeiten aus der Welt der Finanzen, der Industrie und des Show-Busineß, jeweils gefolgt von der Höhe der Summe auf einem Schweizer Nummernkonto, enthalten soll.

In Nizza war am Wochenende aus zuverlässiger Quelle durchgesickert, bei Ermittlungen über den in Genf seit Oktober wegen Betrugs einsitzenden René Graziani (41) habe die Kripo in der Nizzaer Wohnung von Grazianis Freundin die fragliche Liste entdeckt. Der auf illegalen Geldtransfer zwischen Frankreich und der Schweiz spezialisierte Korse habe sich die Liste gegen hohe Bezahlung verschafft, um zu versuchen, sie der Pariser Zollbehörde für die Summe von 50 Millionen Franc weiterzuverkaufen.

Grazianis Genfer Rechtsanwalt Alain Farina verbreitete ein Kommuniqué, worin sein Klient „Erstaunen und Entrüstung“ über die Informationen aus Frankreich äußerte. Weder er selbst noch seine Freundin hätte jemals eine derartige Liste besessen.

Nach Ansicht Genfer Bankkreise ist es absolut unüblich, Namen, Staatsangehörigkeit, Kontonummer und hinterlegte Gelder in Computern zu speichern. Ein Verstoß eines französischen Angestellten einer Schweizer Bank gegen das schweizerische Bankgeheimnis galt ebenfalls als unwahrscheinlich. Hingegen wurde eingeräumt, der französische Zoll tue sein möglichstes, die französischen Inhaber Schweizer Konten zu ermitteln. 1980 waren zwei französische Zöllner in Basel wegen „Bankspionage“ festgenommen worden. Der sozialdemokratische Schweizer Abgeordnete Jean Ziegler glaubt nicht, daß die französische Polizei auf die Namenliste bei Ermittlungen gegen Graziani stieß. Die Enthüllung über die Existenz der Liste sei eher das Ergebnis einer „langen, komplexen und wirksamen Ermittlung des französischen Zolls“, schätzte Ziegler, der die Banken seines Landes einer „massiven Sabotage der französischen Regierung“ beschuldigt, in einem Interview.

Bukarest: Konto für „Kopfsteuer“

AP, Bukarest

In einer „Durchführungsverordnung“ zu dem neuen Gesetz über die Rückzahlung der Ausbildungskosten durch ausreisewillige Rumänen haben die Bukarester Behörden die Einrichtung eines Sonderkontos bekanntgegeben, auf dem die Ausbildungskosten eingezahlt werden sollen. Diese Rückerstattung muß in westlicher Währung erfolgen und liegt nach Angaben der Ausreisebehörden für Abiturienten bei 3700 Dollar (mehr als 9000 Mark) und bei Akademikern zwischen 3000 und 4000 Dollar (7350–9800 Mark) pro Person und akademischem Jahr.

Da rumänische Staatsbürger bei Androhung hoher Strafen keine ausländische Währung besitzen dürfen, müssen sie vor Erhalt einer Ausreiseerlaubnis eine schriftliche Erklärung von Freunden oder Verwandten im Ausland hinterlegen, in dem diese versichern, für die Kosten aufzukommen.

Krisenmanager Hawke wird für Fraser zu einem ernst zu nehmenden Gegner

Von HEINER KLINGE

Wieder einmal ist Australien vom Wettfieber erfaßt. Doch geht es diesmal nicht darum, welches Pferd den begehrten Melbourne-Pokal erringt, sondern um den Sieg im Kopf-an-Kopf-Rennen bei den von Ministerpräsident Malcolm Fraser vorzeitig auf den 5. März angesetzten Parlamentswahlen. Sie wären erst Ende 1983 fällig geworden. Fraser, Chef einer Koalitionsregierung seiner Liberalen Partei mit der Nationalen Landpartei, glaubt sich im Vorteil, weil die oppositionelle Labor-Partei gerade von internen Flügelkämpfen geschwächt erscheint. Ihr Führer Bill Hayden trat zurück; der Gewerkschaftsführer Bob Hawke soll zum neuen Chef der Parlamentsfraktion und damit praktisch zum Parteiführer gewählt werden.

Fraser fühlt sich auch relativ sicher, weil seine Popularität nach einer vor kurzem veröffentlichten Meinungsumfrage von 46 auf 50 Prozent anstieg, während die seines bisherigen Gegenspielers Hayden seit April von 38 auf 33 Prozent gesunken war. Die gleiche Meinungsumfrage ergab aber auch, daß die Labor-Partei insgesamt gegenüber Frasers Koalition einen Vorsprung von vier Prozent hat.

Mit Hawke erwächst Fraser jedoch ein ungleich stärkerer Gegner, der seine Popularität auf zwei nicht zu unterschätzende Faktoren stützt: Zum einen erwarb sich Hawke in einem Jahrzehnt als Führer des Dachverbandes der Gewerkschaften (ACTU) den Ruf eines brillanten Vermittlers, der das in einer ernsten Wirtschaftskrise steckende Australien mehr als einmal davor bewahrte, durch endlose Streiks noch mehr Schaden zu nehmen. Und zum andern zeichnet er sich gegenüber dem farblosen Ex-Polizisten Hayden durch Charisma und internationales Format aus. Hawke verfügt über gute Verbindungen zu den USA und Westeuropa und über ausgezeichnete Kontakte zu Israel. Die Beziehungen zu den Ländern Asiens, insbesondere zu China, liegen ihm besonders am Herzen.

Aus einer internen Umfrage der Labor Party, die in zehn zwischen den großen Parteien häufig wechselnden Wahlkreisen vorgenommen wurde, ergibt sich bemerkenswerterweise, daß dort 43 Prozent der Wähler Hawke für den am besten geeigneten Ministerpräsidenten halten. Für Fraser sprächen sich nur 22 Prozent aus, 12 Prozent für dessen innerparteilichen Rivalen Andrew Peacock und ganze fünf Prozent für Hayden. Der gebildete Hawke war Rhodes-Stipendiat, verbesserte sein Image bei den Arbeitern, indem er sich häufig mit dem Bierglas in der Hand und Cockney sprechend vor den Fernsehkameras produziert. Hawke, der dem Parlament erst knapp drei Jahre angehört, pflegt aber auch gute Beziehungen zu führenden Unternehmern, und – so ein Pressekommentator – „wenn die Börsen einem Laborpolitiker vertrauen, dann ihm“. Zwar macht ihn das beim linken Labor-Flügel um so verdächtiger, doch hat er offenbar die Rechten seiner Partei hinter sich.

Negativ könnte sich für Fraser

AUSTRALIEN

auswirken, daß seine Koalitionsregierung durch eine Reihe von Skandalen erschüttert wurde, die jetzt zum Rücktritt von Industrieminister Peter Nixon führten. Frasers Liberale Partei stellte bislang im Repräsentantenhaus 53 Abgeordnete, ihr Koalitionspartner – die Nationale Landpartei – 20 Abgeordnete. Labor verfügt dort nur über 52 Mandate. Im Senat aber war die Koalition mit 31 Sitzen in der Minderheit. Labor hatte hier 27 und die gleichzeitig aufgelösten Australischen Demokraten fünf Mandate.

Der seit 1975 regierende Fraser begründete die Parlamentsauflösung vor der Presse damit, daß den Wählern die Möglichkeit gegeben werden müsse, über die Wirtschaftspolitik der Regierung abzustimmen, die einen Lohnstopp verfügte und Arbeitsbeschaffungsprogramme verordnete. Dieses Sanierungsprogramm war im Dezember beschlossen worden, nachdem die Zahl der Arbeitslosen auf 672 000 und damit auf eine Rekordhöhe von 9,5 Prozent gestiegen war. Darin ist die „unsichtbare“ Arbeitslosigkeit, die auf 400 000 Personen geschätzt wird, nicht enthalten. So spricht denn auch die Labor Party von 12 Prozent Arbeitslosen.

Hinzu kommt die mit 12,3 Prozent sehr hohe Inflationsrate, die über dem OECD-Durchschnitt liegt. Australien war nach einer rapiden Wachstumsphase von rund drei Jahren in den Sog der internationalen Rezession hineingezogen worden.

So sieht es nun nach über siebenjähriger Amtszeit Frasers recht düster mit Australien aus, obwohl der Führer der Liberalen Partei im Dezember 1975 mit der Parole „Macht das Licht an!“ in den Wahlkampf gegen die damals seit 1972 regierende Labor-Partei gegangen war. Seinen größten persönlichen Triumph errang Fraser, als er bei den ebenfalls vorzeitig von ihm Ende 1977 angesetzten Wahlen der Labor Party wieder eine Niederlage bereiten konnte, die zugleich das Ende der politischen Karriere des damaligen Labor-Führers und Ex-Ministerpräsidenten Gough Whitlam bedeutete. Im Oktober 1980 wurde Frasers Koalition mit einer auf 23 Stimmen reduzierten Mehrheit nochmals wiedergewählt.

Doch schon bei der Neubildung des Kabinetts hatte Fraser den Keim für die Spaltung seiner Liberalen Partei gelegt: Neben fünf anderen Ministern versuchte er auch, den selbstbewußten, einflußreichen Außenminister Peacock aufs Abstellgleis zu schieben. Peacock begnügte sich nur kurz mit dem Posten des Arbeitsministers. Im April 1981 verließ er mit einem öffentlichen Eklat das Kabinett und machte Fraser seitdem mit wachsendem Erfolg die Parteiführung und damit auch das Amt des Regierungschefs streitig.

Hinter Peacock stehen diejenigen Liberalen, die Frasers scharf antikommunistischen Kurs in der Außenpolitik ebenso kritisieren wie seine Ausfälle gegen den „Protektionismus“ der EG, die gegen die gewerkschaftliche Macht eher mit Kompromiß als mit Konfrontation antreten möchten.

„Sie sind Libanesen, nichts weiter“

Eine Dokumentation: Identität der Libanesen und arabischer Einfluß in Libanon

Bei den israelisch-libanesischen Verhandlungen ist immer wieder von einem arabischen Charakter Libanons und entsprechenden Rücksichten auf proarabische Einflüsse die Rede. Die Frage nach der Identität der Libanesen ist derzeit auch Gegenstand einer öffentlichen Diskussion in Libanon. Im folgenden dokumentiert die WELT den Beitrag des den libanesischen Christen nahestehenden Bulletins „Libanon Aktuell“ zu dieser Problematik.

In einem Interview mit drei Journalisten der französischen Tageszeitung „Le Matin“, dem amerikanischen Wochenmagazin „Newsweek“ und dem französischsprachigen internationalen Magazin „Jeune Afrique“ hat der libysche Staatschef Oberst Muammar Khadhafi auch zur libanesischen Krise Stellung genommen. Er sagte: „Die libanesischen Christen kämpfen um die Erhaltung ihrer Identität und um nicht als Minderheit bar jeder Rechte im muslimischen Raum unterzugehen. Das Gefühl ist da, und ich verstehe es. Diese Tatsache aber ... muß im Licht einer Gesellschaft gesehen werden, die es gilt, unter philosophischen Gesichtspunkten zu analysieren. Das Problem besteht in einem fundamentalen historischen Irrtum, den ein Teil der Araber begangen hat. Für mich sind die Christen Libanons und Syriens Araber, die vor der Entstehung des Islam zum Christentum gekommen sind. Dieser Grundirrtum ist zu korrigieren. Araber können nur Muslims sein. Jesus ist ein jüdischer Prophet, der gekommen ist, das Gesetz des Moses zu korrigieren. Seine Botschaft gilt nur den Kindern Israels ... Die Christen Libanons müssen verstehen, daß die Lösung weder bei den Amerikanern noch den Israelis, noch im Aufbau von Miliz-Einheiten liegt. Die Lösung ist, daß die Christen zum Islam konvertieren.“

Diese Thesen und Empfehlungen Khadhafis sind nicht neu. Schon vor zwei Jahren, am 15. August 1980, äußerte er sie mit denselben Worten in der linksgerichteten libanesischen Tageszeitung „A Safir“. Ihnen ist, ohne in theologische oder religionsgeschichtliche Betrachtungen einzusteigen, zweierlei entgegenzuhalten:

1. Die Religion der arabischen Nation ist der Islam. Ohne den Islam würde der Arabismus Form und Halt verlieren, er wäre am Ende. Deshalb ist es nur logisch, daß ein muslimischer Araber von Nicht-Muslims, die er für Araber hält, verlangt, daß sie zum Islam konvertieren, um dem muslimischen Charakter des Arabismus Genüge zu tun. Das haben die libanesischen Christen in leidvoller Geschichte durch viele Jahrhunderte hindurch erfahren. Dennoch glauben sie, daß es eine Art Gleichheit gibt zwischen Muslim und Christ, und zwar auf der Basis des Patriotismus und des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens.

2. Für die libanesischen Christen ist die Frage ihres Araber-Seins oder Nicht-Araber-Seins beantwortet. Sie definieren ihre Identität nur noch in Funktion ihres Landes, sie sind Libanesen, nichts weiter. Das hindert sie in keiner Weise, sich offen und auf der Basis der Gleichheit in ihrem Milieu zu bewegen. Sie sind ein integraler Bestandteil des Vorderen Orients, handelnde Kraft und beeinflußt von den Ereignissen in diesem Raum. Deshalb werden sie in diesem Land bleiben, als Christen und Bürger mit gleichen Pflichten und Rechten wie die muslimischen Mitbürger und nicht als Bürger zweiter Klasse.

Es bleibt noch festzuhalten: Die Tatsache, daß Khadhafi dieselben Thesen mit gleichen Worten über Jahre hinweg wiederholt, zeigt, daß er in diesem Punkt eine klarsichtige und kohärente Politik verfolgt. Er sagt, was er denkt. Und so, wie er denkt, so denken Araber.

Die libanesischen Christen sind sicher, daß die überwiegende Mehrheit ihrer muslimischen Mitbürger nicht so denkt. Aber um die libanesischen Christen zu beruhigen, wäre es angebracht, daß die muslimischen Führer in Libanon selbst eine Antwort formulieren für Khadhafi.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85

Arbeitszeit und Arbeitsplatz

„Arbeitgeber und DGB streiten über Arbeitszeit“; WELT vom 26. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

ich glaube, daß der größte Teil der Arbeitnehmer überhaupt keine Verkürzung der Wochenarbeitszeit will. Dies fordern neben der SPD-Parteiführung vor allem immer nur wieder die Gewerkschaftsfunktionäre bis hinauf zum DGB-Vorsitzenden Breit. Die Unternehmer könnten die dadurch entstehenden höheren Arbeitskosten – schon gar nicht bei vollem Lohnausgleich – nicht tragen, zumal die hohen Lohnnebenkosten (Sozialabgaben usw.) für sie bisher schon die Arbeitsplätze viel zu teuer gemacht haben. Bereits 1978 hätte es die Unternehmer jährlich fast 15 Milliarden gekostet, wenn auch nur schon eine Stunde wöchentlich weniger gearbeitet worden wäre. In der Schweiz sind diese Nebenkosten z. B. weit niedriger, so daß es u. a. dadurch dort nur 0,5 Prozent der Berufstätigen als Arbeitslose bei einer Wochenarbeitszeit von durchschnittlich noch 44 Stunden gibt.

Neben den Unternehmern sagen auch andere Fachleutet, daß die angestrebte allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden nirgendwo den Beweis dafür erbringen wird, daß dadurch neue „Dauer“-Arbeitsplätze geschaffen werden können. In der Bundesrepublik würde sich aber auch schätzungsweise sowieso künftig nur jeder dritte von den „echten“ Arbeitslosen als fachlich geeignet für den Bedarf der Wirtschaft erweisen.

Die vom DGB und der SPD jetzt zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Milliardenhöhe vorgeschlagenen sogenannten Beschäftigungsprogramme haben doch schon bei der früheren Bundesregierung keinen Erfolg gezeitigt. Doch sollte hier erwähnt werden, daß auch jetzt schon bei Berücksichtigung aller Fehlzeiten (u. a. durch Urlaub, Krankheit, Wochenfeiertage) keine 40 Stunden pro Woche gearbeitet wird, sondern man spricht von rund 32 im Durchschnitt.

Allgemein dürfte doch wohl nunmehr erkannt worden sein, daß nur der Unternehmer Arbeitsplätze schaffen kann. Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit müssen deshalb in erster Linie für die Unternehmer (besonders auch für die mittleren und kleineren Betriebe) die erforderlichen Investitionen (u. a. über Steuerentlastungen) gefördert werden, durch die dann vorhandene Arbeitsplätze gesichert, aber vor allem Produktivität und neue Dauerarbeitsplätze, auch für Jugendliche nach ihrer Ausbildung, geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler,
Lübeck

Eine gefährliche Illusion

„Leserbrief: Nicht singulär“; WELT vom 26. Januar

Es ist das historische Verdienst des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, Initiator des NATO-Doppelbeschlusses zum Schutz ganz Westeuropas gegen die bedrohliche Überrüstung der Sowjetunion gewesen zu sein. Sein historisches Verdienst stellt der frühere Bundeskanzler aber durch seinen Leserbrief selbst unnötig in Frage, wenn er heute aus einem Beschluß des Bundessicherheitsrates ableiten möchte, daß die Bundesrepublik Deutschland im Fall eines Fehlschlages der Genfer Verhandlungen nur dann auf deutschem Boden amerikanische Mittelstreckenraketen als Gegengewicht gegen die sowjetischen SS-20-Raketen aufstellen lassen will, wenn dieses auch alle anderen NATO-Staaten tun.

Im Prinzip haben natürlich die NATO-Staaten beschlossen, gemeinsam zu handeln. Wenn es jedoch der mit erheblichen Geldmitteln ausgestatteten sowjetischen „Friedenspropaganda“ in einigen NATO-Staaten gelingen sollte, daß diese vom zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses abrücken und die Aufstellung der Gegenwaffen auf ihrem Boden verweigern, so würde eine neue Lage entstehen. Die Bundesrepublik Deutschland müßte dann als hauptbetroffenes Land selbst entscheiden, ob sie die Gegenwaffen zum eigenen Schutz aufstellen oder mit den anderen Ländern die Unterwerfung unter die sowjetrussische Hegemonie hinnehmen will.

Die vom früheren Bundeskanzler gerügte Bemerkung von Bernt Conrad: „Kabinett Schmidt hätte auch singulär nachgerüstet“ ist durchaus logisch und entspricht auch allein den deutschen Interessen durch die Notwendigkeit, unser Land unter dem NATO-Schild zu halten.

Es sind dies übrigens die „deutschen Interessen“, die der SPD-Kanzlerkandidat Vogel als Wahlparole herausstellt. Sein gegenüber Bundeskanzler Kohl erhobener Vorwurf, dieser wolle auch dann stationieren, wenn nicht alle NATO-Länder dies auch tun, steht mit dieser Wahlparole in einem klaren Gegensatz. Denn nach mehr als 30 Jahren Frieden in Europa durch ein militärisches Gleichgewicht der NATO zur UdSSR ist es eine gefährliche Illusion, wenn ein Abrücken vom zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses als im „deutschen Interesse“ liegend propagiert wird, wie dies leider geschieht.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Früchtnicht,
Hamburg 65

Klare Haltung

„Zimmermann definiert die deutsche ...ge“ und „Zimmermann Ceterum“; W... vom 31. Januar

Schon lange haben die Heim[atvertriebenen] vertriebenen und Flüchtlinge, den Verbänden und die, die ... aus unterschiedlichen Gründ[en] z. T. verschämt außerhalb steh[en] auf ein klares Wort dieser Bund[es]regierung in dieser Frage gewar[tet]. Erwartet wurde es von Bundes[mi]nister Barzel – gesagt hat es wie[der] einmal die CSU, und damit ... Union für die Heimatvertrieben[en] ohne Einschränkungen wähl[bar] gemacht!

Wir Schlesier danken Herrn B[un]desminister Zimmermann für s[ein] Bekenntnis zu „ganz Deuts[ch]land“. Wenn Bernt Conrad an ... Passus des Verzichts auf einseit[ige] Änderung der derzeitig besteh[en]den, gewaltsam geschaffenen ... ten erinnert, so kommt er unse[rer] Auffassung vom Gewaltverzich[t] der Charta der Heimatvertrieben[en] entgegen. Da mag der polnis[che] Chauvinismus noch so aufheul[en]: wirklich friedliche Beziehung[en] zwischen Polen und Deutsc[hen] wird es erst geben, wenn be[ide] Seiten des anderen Rechte an[er]kennen.

W. Frhr. von Strach...
Landsmannschaft Schles[ien]

Ohne Grundlage

Die WELT meldet in ihrer Aus[ga]be vom 2. Februar auf Seite 4 u[nter] der Überschrift „Unionsmini[ster] Geld für Kalkar“, nach neue[n] Berechnungen seien die Kosten den Hochtemperaturreaktor Hamm-Schmehausen von 4 auf ... Milliarden DM gestiegen. D[iese] Angabe entbehrt nach Feststell[ung] der zuständigen Hochtempera[tur-] Kernkraftwerke GmbH (HKG), der unser Haus zu 26 Prozent be[tei]ligt ist, jeglicher Grundlage. ... Gesamtkosten werden – bezo[gen] auf den Übergabetermin 1. O[kto]ber 1985 – den Betrag von 4 Mil[liar]den DM nicht überschreiten, so [daß] von einer weiteren Preissteiger[ung] keine Rede sein kann.

Mit freundlichen Gr[üßen]
Witt
Vereinigte Elektrizitätsw[erke]
Westfalen

Wort des Tage[s]

„Es ist eine Eigentümlichkeit des menschlichen Charakters, daß man die, die man beleidigt hat, auch noch haßt.“

Cornelius Tacitus, röm. Histori[ker] (50–116)

Die Redaktion behält sich das [Recht] vor, Leserbriefe sinnentsprechen[d zu] kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, [desto] größer ist die Möglichkeit der V[eröf]fentlichung.

Personalien

ERNENNUNGEN

Der Bolivianer **Juan Emilio Sanchez** ist gestern sein eigener Nachfolger geworden, als er das Exequatur als zukünftiger Generalkonsul seines Landes in Hamburg erhielt. Sanchez machte als „Konsul im Widerstand“ Schlagzeilen, als er im Sommer 1980 nach dem Sturz der bolivianischen Regierung und deren Präsidentin **Lidia Geiler** die neue Militärjunta nicht anerkannte, ihr dagegen den Kampf ansagte. Er setzte die bolivianische Flagge vor dem Hamburger Konsulat in der Heilwigstraße auf halbmast. Darüber hinaus hatte Sanchez die Kasse des Konsulats bei einem Notar deponiert, was ihm allerdings ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren eintrug. Sein Name wurde bis zur Wiedereinsetzung eines demokratischen Regimes in La Paz, als Präsident **Hernan Siles Zuazo** im Oktober letzten Jahres an die Spitze des Staates trat, zum Sinnbild des Widerstandes für seine Landsleute.

*

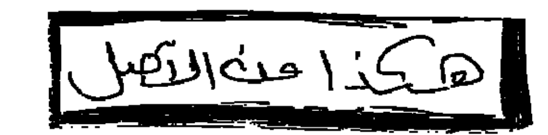
Zum neuen Vizepräsidenten des Umweltbundesamtes in Berlin ist **Helmut Keinhorst** ernannt worden. Keinhorst war bisher Leiter des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes in Münster.

GEBURTSTAGE

Professor **Heinrich Harms**, weltweit berühmter Augenheilkundler in Tübingen, feierte am 5. Februar seinen 75. Geburtstag. Professor Harms, in Stralsund geboren, leitete von 1952 bis zu seiner Emeritierung 1976 als Direktor d[ie] Tübinger Augenklinik. Das „Tü[]binger Perimeter“, das er zur U[n]tersuchung des Gesichtsfelde[s] entwickelte, wird heute von Fach[]kollegen in der ganzen Welt b[e]nutzt.

*

Der Berliner Unternehmer un[d] Krawattenfabrikant Dr. **Joachi[m] Hofmann** wurde am 6. Februar 7[.] Jahre alt. Hofmann war in viele[n] Ämtern tätig, als Präsident d[es] Bundesverbandes Bekleidung[s]industrie, als Präsident des Eur[o]päischen Verbandes der Bekle[i]dungsindustrie und als Mitgrü[n]der des Internationalen Verba[n]des der Bekleidungsindustri[e], dem heute 15 westeuropäisc[he] Staaten und die USA, Japan, Au[s]tralien und Kanada angehören.



NACHRICHTEN

Nachholtermine festgelegt

Frankfurt (dpa) – Für die aufgrund des schlechten Wetters abgesagten Fußball-Bundesligaspiele des 20. Spieltages hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) die Nachholtermine festgelegt. Am Samstag spielt Fortuna Düsseldorf beim Hamburger SV und Arminia Bielefeld bei Eintracht Frankfurt (15.30 Uhr). Am 1. März kommt es zu den Begegnungen VfL Bochum gegen Bayer Leverkusen und Borussia Mönchengladbach gegen Werder Bremen (20.00 Uhr).

Slalom verlegt

Garmisch-Partenkirchen (sid) – Der für heute in Garmisch-Partenkirchen vorgesehene Herren-Slalom des alpinen Ski-Weltcups, wurde aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen auf Freitag nach Le Markstein (Frankreich) verlegt.

Barcelona an der Spitze

Barcelona (dpa) – Durch einen 3:0-Sieg über den Lokalrivalen Español Barcelona übernahm der von Udo Lattek trainierte CF Barcelona erstmals die Tabellenführung in der spanischen Fußball-Meisterschaft. Real Madrid fiel durch eine 1:2-Niederlage in Malaga auf den zweiten Platz zurück.

Mancini wieder im Ring

Saint Vincent (dpa) – Der amerikanische Box-Weltmeister im Leichtgewicht (Version der World-Boxing Association), Ray Mancini, gewann in Saint Vincent (Italien) gegen den Briten George Feeney nach Punkten. Es war Mancinis erster Kampf nach dem 13. November, an dem der Südkoreaner Duk-Koo Kim den Folgen der K.o.-Niederlage gegen Mancini erlag.

Gregor Braun Dritter

Cecina (sid) – Beim ersten Straßenrennen der Saison über 100 Kilometer in Cecina (Italien) wurde der Radprofi Gregor Braun (Neustadt) im Spurt Dritter. Es gewann der Italiener Giuseppe Saronni.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga: Letzter Spieltag der Vorrunde: Köln – Schwenningen 10:4, Füssen – Landshut 1:6, Rießersee – Düsseldorf 5:5, Rosenheim – Mannheim 2:7, Iserlohn – Kaufbeuren 4:4.

1. EV Landshut	36	28	0	8	196:121	56:16
2. Mannh. ERC	36	26	3	7	185:101	55:17
3. SB Rosenheim	36	23	3	10	161:103	49:23
4. Kölner EC	36	21	4	11	200:138	46:26
5. Schwenning.	36	16	5	15	148:133	37:35
6. ESV Kaufb.	36	17	2	17	148:155	36:36
7. SC Rießersee	36	11	6	19	132:155	28:44
8. Düsseld. EG	36	9	3	24	102:185	21:51
9. ECD Iserlohn	36	8	4	24	112:178	20:52
10. EV Füssen	36	5	2	29	97:212	12:60

Playoff-Runde, Hinspiele am Freitag, dem 11. 2. 83: Landshut – Düsseldorf, Mannheim – Rießersee, Rosenheim – Kaufbeuren, Köln – Schwenningen. – Rückspiele am Sonntag. Eventuelle Entscheidungsspiele am Dienstag, dem 15. 2. 83.

RENNRODELN

Weltmeisterschaft in Lake Placid, Doppelsitzer (Endstand nach zwei Läufen): 1. Hoffmann/Pietzsch („DDR") 1:15,71, 2. Raffl/Huber (Italien) 1:15,73, 3. Stanggassinger/Wembacher (Deutschland) 1:16,03.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 7, 17, 22, 24, 26, 28, Zusatzspiel: 15 (ohne Gewähr).

McEnroe kann doch noch Lendl schlagen



Ein erleichterter Sieger: John McEnroe nach dem Sieg über Lendl FOTO: DPA

sid, **Philadelphia**

Sichtlich erlöst warf John McEnroe seinen Schläger in die Höhe und ballte seine Fäuste zum Zeichen des Sieges. Der 23 Jahre alte Amerikaner bezwang in Philadelphia bei den Hallentennis-Meisterschaften der USA Ivan Lendl im Finale nach drei Stunden mit 4:6, 7:6, 6:4, 6:3 und revanchierte sich damit für die Endspiel-Niederlage vor zwei Wochen beim Masters-Turnier in New York.

Die mit umgerechnet 130 000 Mark honorierte Titelverteidigung von McEnroe war sein erster Sieg nach sieben Niederlagen gegen den ein Jahr jüngeren Tschechoslowaken. Die 13 000 Zuschauer feierten den oft unbeliebten Sieger, der dann im Doppelfinale mit seinem amerikanischen Partner Peter Fleming gegen Denton/Curren (USA/Südafrika) 4:6, 6:7 unterlag.

IM BLICKPUNKT / Handball vor der B-Weltmeisterschaft – Eishockey vor der Play-off-Runde

Schobel: „Ernüchterung kam zur rechten Zeit"

dpa, **München**

Gerd Rosendahl ist nicht mehr dabei. Der 26 Jahre alte Linkshänder vom deutschen Handball-Meister VfL Gummersbach wurde von Bundestrainer Simon Schobel nach den drei Länderspiel-Niederlagen gegen den WM-Dritten Polen als letzter Spieler aus dem Kader für die B-Weltmeisterschaft (25. Februar bis 6. März) in Holland gestrichen. Seine schwache Leistung im letzten Spiel (17:20) in Göppingen kostete Rosendahl im Kampf mit seinem Klubkameraden Frank Dammann und dem Essener Reinhard van der Heusen um die Rechtsaußen-Position nun die Fahrkarte nach Holland. Dort muß Schobels Team das Endspiel erreichen, um 1984 bei den Olympischen Spielen in Los Angeles dabei zu sein. Und das ist das Aufgebot der 16 Spieler für Holland:

Tor: Andreas Thiel (VfL Gummersbach, 22 Jahre/23 Länderspiele), Klaus Wöller (Reinickendorfer Füchse, 26/38), Dieter Bartke (Frischauf Göppingen, 28/21); Feldspieler: Ulrich Gnau (25/33), Peter Meisinger (28/56), Manfred Freisler (alle TV Großwallstadt, 25/100), Karl-Heinz Schulz (VfL Günzburg, 26/12), Frank Dammann (25/60), Thomas Krokowski (25/24), Erhard Wunderlich (26/86), Klaus Fey (27/54), Heiner Brand (alle VfL Gummersbach, 30/122), Klaus Voik (25/41), Arno Ehret (beide TuS Hofweier, 29/120), Reinhard van der Heusen (TuSeM Essen, 29/10), Ulrich Roth (MTSV Schwabing, 20/9).

Nach der Bekanntgabe des WM-Aufgebots sprach die Deutsche Presse-Agentur (dpa) mit Bundestrainer Simon Schobel.

Frage: Welche Erkenntnisse, positive wie negative, ziehen Sie aus den drei Länderspiel-Niederlagen gegen Polen?

Schobel: Das war mit Sicherheit ein Dämpfer zur rechten Zeit. Die Mannschaft steht mit beiden Beinen auf dem Boden der Realität. Sie weiß, daß sie wesentlich mehr kann, hat andererseits aber auch begriffen, daß noch eine Menge zu tun ist.

Frage: Was zum Beispiel?

Schobel: Mit einer so schlechten Chancenverwertung kann man gegen eine so clevere Weltklassemannschaft wie Polen natürlich nicht gewinnen, obwohl wir zweimal – in Günzburg und Göppingen – das Spiel zum Kippen brachten. Aber die nach dem harten Konditionstraining fehlende Kraft war eine der Ursachen für die mangelnde Konzentration im Abschluß. Positiv anzumerken ist, daß wir in allen Spielen in der zweiten Halbzeit einen deutlichen Formanstieg zu verzeichnen hatten. Außerdem habe ich mit dem Gummersbacher Block und einer zweiten Variante mit Heiner Brand als Kreisläufer sowie den drei Rechtshändern im Rückraum, Freisler, Meisinger und Wunderlich, zwei Alternativen für den Angriff gefunden.

Frage: Sollten die Nationalspieler die Kondition nicht schon aus ihren Klubs mitbringen, damit so kurz vor der WM mehr Wert auf mannschaftliche Harmonie gelegt werden kann?

Schobel: Die Mannschaftsharmonie soll in den verbleibenden 18 Tagen in Lehrgängen und den beiden Länderspielen gegen Jugoslawien den letzten Feinschliff erhalten. Durch die vielen englischen Wochen in der Bundesliga und Europacup-Spiele fehlte zuletzt in einigen Klubs ein geregelter Trainingsrhythmus.

Wurde aus dem WM-Kader gestrichen: Gummersbachs Gerd Rosendahl FOTO: BOHM

Frage: Wenn die beiden Jugoslawien-Spiele auch noch verloren werden, dann fährt die Mannschaft mit sieben Niederlagen in diesem Jahr zur B-WM. Ist dies nicht eine erhebliche psychologische Belastung?

Schobel: Ein psychologisches Problem sehe ich nicht. Die Mannschaft ist so gefestigt, daß sie dies verkraften kann. Außerdem haben wir die zwei Spiele gegen Jugoslawien ja noch nicht verloren.

Zum Fall Rosendahl bemerkte der Bundestrainer: „Er war der Glückloseste unter den drei Anwärtern. Er wollte es besonders gut machen, hätte aber viel ruhiger spielen müssen. Er bleibt jedoch mein erster Mann in Reserve, wenn ein Linkshänder ausfällt."

Jetzt fürchten wieder alle die Kölner „Haie"

sid/dpa, **Düsseldorf**

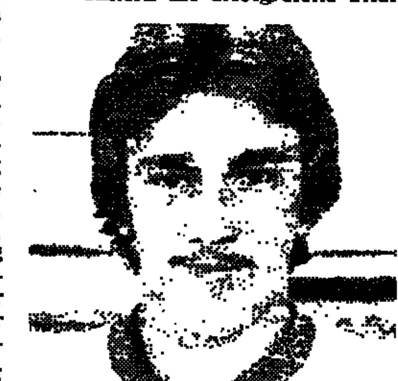
Die Spannung hielt in der Vorrunde der Eishockey-Bundesliga bis zum letzten Spieltag. Im Fernduell mit dem ECD Iserlohn schaffte die Düsseldorfer EG doch noch den letzten und achten Platz für die am Freitag beginnende Play-off-Runde. Bei ihrer 5:3-Führung als Gast des SC Rießersee glaubten sich die Düsseldorfer schon frühzeitig am Ziel. Als jedoch der Kanadier Gordie Clark mit zwei Toren den 5:5-Endstand erzielte, sah der ECD Iserlohn auf einmal seine große Chance. Das Spiel in Rießersee war zehn Minuten eher beendet als das der Iserlohner gegen den ESV Kaufbeuren. Und als der Finne Martti Jarkko genau 99 Sekunden vor dem Ende die 4:3-Führung für Iserlohn schaffte, tobten die Zuschauer in Iserlohn.

Doch der Jubel hielt nicht lange an. Die Brüder Dieter und Gerhard Hegen machten dem Aufsteiger einen Strich durch die Endrunden-Rechnung. Obwohl der Ausgang des Spiels für Kaufbeuren ohne Bedeutung war, nahmen sie ihren Torwart Gerhard Hegen vom Eis, und dessen Bruder Dieter gelang 35 Sekunden vor dem Ende der 4:4-Endstand. Drei Sekunden vor Schluß versagte Schiedsrichter Kompalla einem Tor des Iserlohners Nilsson die Anerkennung. Nächste Saison sollen Gerhard und Dieter Hegen für die Düsseldorfer EG spielen. Das ist wohl der Hintergrund des aus Iserlohner Sicht unverständlichen Ehrgeizes der beiden Brüder.

Theoretisch hätte es auch an der Tabellenspitze so spannend zugehen können. Der Mannheimer ERC gewann beim Sportbund Rosenheim mit 7:2 und zog dadurch kurzzeitig am Tabellenführer EV Landshut vorbei. Doch die Niederbayern konnten sich anschließend beim Tabellenletzten EV Füssen sicher mit 6:1 durchsetzen. Wie im Vorjahr beendeten damit die Landshuter die Vorrunde als Tabellenführer. Dazu Trainer Karel Gut: „Wir können uns als Bundesliga-Meister fühlen. Ich finde es ungerecht, daß noch Mannschaften den Titel holen können, die bis jetzt noch gar keine Leistung gezeigt haben." Bundestrainer Xaver Unsinn verteidigt dagegen das Play-off-System: „Oft herrschte doch Langeweile, wenn eine Mannschaft zum Alleingang ansetzte."

Von diesem System könnte in dieser Saison vor allem der Kölner EC profitieren. Nach dem Fehlstart in die Bundesliga hat der vor Saisonbeginn zum Favoriten erklärte Verein seine Durststrecke überwunden und ist trotz des Ausfalls einiger Stars zum richtigen Zeitpunkt wieder in Form gekommen. Gegen den BRC Schwenningen gelang den Kölnern mit 10:4 eine eindrucksvolle Generalprobe für die Neuauflage der Begegnung zum Auftakt der Play-off-Runde am Freitag. Die anderen Viertelfinal-Begegnungen: EV Landshut – Düsseldorfer EG, Mannheimer ERC – SC Rießersee, Sportbund Rosenheim – ESV Kaufbeuren.

Gegen Kaufbeuren ist der Deutsche Meister aus Rosenheim klarer Favorit. Doch eine Neuregelung in der Play-off-Runde könnte den Rosenheimern die erfolgreiche Titelverteidigung kosten. Während in der letzten Saison je zwei Siege im Viertel- und Halbfinale genügten, um ins Finale vorzudringen, sind jetzt vom Halbfinale an drei Siege notwendig, es sind also maximal fünf Begegnungen pro Paarung möglich. Ansonsten ist der Austragungsmodus der gleiche geblieben. Die besser plazierten Klubs haben zuerst Heimrecht, also auch bei einem notwendigen Entscheidungsspiel. Unentschieden gibt es nicht. Steht nach 60 Minuten kein Sieger fest, wird um zweimal zehn Minuten verlängert, aber schon das erste Tor entscheidet. Fällt auch in der Verlängerung kein Tor, gibt es ein Penalty-Schießen. Das Torverhältnis spielt bei Hin- und Rückspiel keine Rolle mehr.



Er rettete die Düsseldorfer EG: Kaufbeurens Dieter Hegen FOTO: WEREK

Über den Zuspruch der Zuschauer können die Bundesligaklubs nach Abschluß der Vorrunde sehr zufrieden sein. Die 180 Spiele sahen insgesamt 706 000 Fans, das sind im Schnitt 200 mehr pro Spiel als im Vorjahr.

STANDPUNKT

Salazar und der Verband

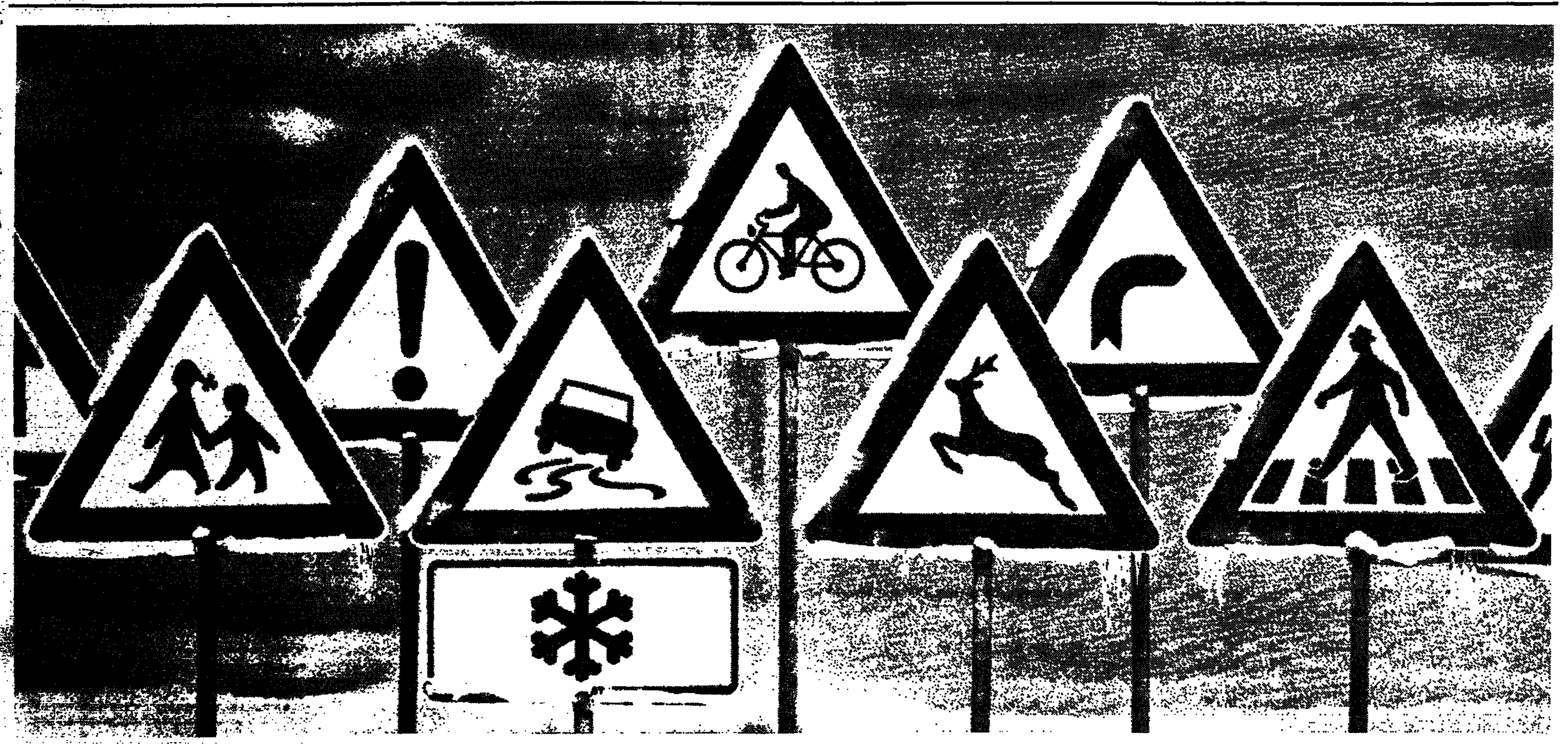
Die Leichtathletik", so sagte es schon vor Jahresfrist der amerikanische Marathonläufer Alberto Salazar, „erlaubt mir ein sorgenfreies Leben." Wie so etwas vor sich geht, erklärte die „New York Times" dieser Tage ihren Lesern: Nach Informationen Salazars soll der schnellste Marathonläufer aller Zeiten vom amerikanischen Verband eine Gage von umgerechnet rund 145 000 Mark für ein Rennen über 42,195 km angeboten bekommen haben. Amateur Salazar soll für einen Stundenlohn von rund 120 000 Mark 1984 in Los Angeles einen vorolympischen Marathonlauf bestreiten. Es darf nun spekuliert werden, was den amerikanischen Olympia-Gralshütern Salazars Olympiastart wert ist ...

Salazar, der den amerikanischen Verbandspräsidenten Olan Cassell und dessen Mitarbeiterstab stets als eine „Bande von Dieben und Heuchlern" bezeichnet, hat den Fall an die Öffentlichkeit gebracht: Seht her, so korrupt agieren Amateur-Funktionäre im Umgang mit Amateur-Athleten. Cassell dementierte das Angebot kategorisch und höhnte: „Salazar hat eine Lektion in Schauspielkunst gegeben."

Was Salazar ins Rollen bringt, ist freilich mehr als die Gage von 1208 Mark pro Marathonminute oder 3,45 Mark für jeden zurückgelegten Meter. Salazar deckt auf, wie sich die Interessen eines Verbandes mit einem professionell arbeitenden Amateur-Athleten mittlerweile überschneiden. Denn der Verband hat Salazar aufgefordert, sich beim Boston-Marathon am 18. April für die Weltmeisterschaften in Helsinki zu qualifizieren. Salazar lehnte das ab, weil das seiner Saisonplanung, auch seiner geschäftlichen, im Wege steht. Denn er möchte am 30. April in Sydney laufen, und da werden 40 000 Mark für den Sieg und 60 000 Mark für einen Weltrekord geboten. Außerdem hat Salazar vor, 1983 mehr Bahnrennen zu bestreiten. Er will nämlich Henry Ronos Weltrekord über 10 000 Meter brechen. Als Vorbereitung darauf sieht Salazar dann also wieder den Marathon von Paris: Seine Gagenforderungen dafür belaufen sich auf 125 000 Mark.

Klar, daß Salazar bei diesen Einkünften den eigenen Verband anprangern kann. Denn der muß nicht nur klein beigeben, der muß auch ordentlich zahlen, wenn Salazar für Amerikas Ehre die Schuhe schnürt.

KLAUS BLUME





Union sieht in SS 20 eine politische Waffe

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Verhältnis zwischen Westeuropa und der Sowjetunion wird nach Meinung des CDU-Politikers Volker Rühe auf sehr lange Zeit von dem Verhalten des Kreml in der Frage der SS-20-Atomraketen geprägt werden. Rühe, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, *definierte die SS 20 als* ausschließlich „politische Waffe".

Mit den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion könne sie nicht begründet werden. Diese Rakete werde zum „Symbol" für die Frage, ob Moskau das Verhältnis mit Westeuropa auf Vertrauen und gegenseitigen Respekt oder aber auf die Basis des „politischen Drucks" gründen wolle. Als einen Erfolg auch der Bundesregierung unter Kanzler Kohl bezeichnete es Rühe, daß sich Moskau bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf erstmals „bewegt" habe. *Von der Kompromiß*bereitschaft des Kreml hänge es nunmehr ab, ob und in welchem Umfang der Westen Ende 1983 nachrüsten müsse.

Verhandlungen auf dem militärischen Sektor mit Moskau seien vor allem deshalb schwierig, weil die Aufrüstung auf diesem Feld der politischen Führung in Moskau Überlegenheit und damit ein „Erfolgserlebnis" über den Westen, vor allem die USA, gebracht habe. Dies sei weder auf dem Gebiet der Wirtschaft möglich noch auf dem Feld der Ideologie. Ziel der Außenpolitik der CDU/CSU werde es sein, das westliche Bündnis zu festigen und den Hegemonieanspruch der Sowjetunion „abzublocken".

China: Kein Termin für Zhao-Besuch

AP, Peking

Die chinesische Regierung hat gestern amerikanische Berichte dementiert, wonach ein Besuch von Ministerpräsident Zhao Ziyang in den USA bereits für dieses Jahr zugesagt worden sei. Das Außenministerium in Peking teilte mit, Zhao habe die amerikanische Einladung zwar angenommen, doch sei ein Termin für die Reise noch nicht festgelegt worden. Es wurde allerdings auch nicht ausgeschlossen, daß sie noch in diesem Jahr stattfinden könnte.

Iran startet Winteroffensive

AP/rtr, Bagdad

Nach wochenlangem Grabenkampf hat im iranisch-irakischen Krieg gestern offenbar die langerwartete Winteroffensive begonnen, mit der Iran die endgültige Entscheidung erzwingen will.

Wie die iranische Nachrichtenagentur IRNA meldete, traten die regulären Streitkräfte, unterstützt von Revolutionsgarden und Freiwilligen, in der Nacht im Südabschnitt der Front zum Großangriff an *und erzielten „große Gelände*gewinne". Nach Angaben des irakischen Oberkommandos hingegen wurden die Vorstöße in die strategisch wichtige Grenzprovinz Misan unter hohen Verlusten des Feindes zurückgeschlagen.

Sozialisten in Rom stehen zum NATO-Beschluß

Bush lobt Haltung der italienischen Regierung

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die während der vergangenen drei Tage in Rom geführten Gespräche haben den amerikanischen Vizepräsidenten George Bush in der Überzeugung bestärkt, die er schon bei seiner Ankunft geäußert hatte: „Die Beziehungen zwischen Italien und den USA waren nie besser als heute."

Alle Partner der römischen Koalitionsregierung – von den Christdemokraten über die Liberalen und Sozialdemokraten bis zu den Sozialisten – stehen unverändert fest zum NATO-Doppelbeschluß von 1979, der im Falle eines Mißerfolgs der Genfer amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Wiederherstellung des Raketengleichgewichts in Europa auf einem möglichst niedrigen Niveau die Installierung von 112 Raketen auf Sizilien vorsieht.

Der italienische Standpunkt in dieser Frage war kurz vor der Ankunft Bushs von Außenminister Colombo (DC) und dem sozialistischen Verteidigungsminister Lagorio in einer gemeinsamen Sitzung der Senatsausschüsse für Äußeres und für Verteidigung präzisiert worden. Colombo hatte dabei erklärt, daß für Italien die von Präsident Reagan in die Diskussion gebrachte Null-Option das Endziel der Genfer Verhandlungen bleibe.

Colombo erklärte die Bereitschaft der italienischen Regierung, auch eventuelle Zwischenetappen auf dem Wege zur Null-Option in Erwägung zu ziehen. Das könne allerdings „nicht bedeuten, daß auf diesen Zwischenetappen der UdSSR das Monopol der atomaren Mittelstreckenraketenbewaffnung gelassen wird". Denn damit würde man nur eine Situation verewigen, die durch das fehlende Gleichgewicht die westliche Sicherheit beeinträchtige.

Lagorio hatte in derselben Sitzung hervorgehoben, daß die von Reagan vorgeschlagene Null-Option die Genfer Verhandlungen keineswegs, wie anfangs von den Sowjets angedroht worden war, zum Zusammenbruch gebracht habe. Diese Verhandlungen könnten durchaus erfolgreich sein, wenn sich die Länder des Westens als „fähig erweisen, in Einheit und mit Bestimmtheit einen gemeinsamen politischen Standpunkt" zu vertreten. Die jüngste Erfahrung habe gezeigt, daß sich die sowjetische Führung zur Formulierung immer weniger verschwommener Hypothesen für ein Übereinkommen veranlaßt sehe, je mehr sie den Eindruck gewinne, daß ihr vor allem in den europäischen Ländern Verhandlungspartner gegenüberstünden, die zwar entschlossen seien, eine Einigungsformel zu suchen, die aber auch darauf beharrten, daß im Rahmen dieser Formel niemand im europäischen Bereich das Monopol bestimmter technologisch hochentwickelter Waffen besitze.

Wie Colombo und die Christdemokraten bekennen sich auch Lagorio und die Sozialisten zur Null-Option als zur „Ideallösung". Die Bereitschaft, auch weniger ideale Zwischenlösungen in Betracht zu ziehen, wurde von Lagorio vor den Senatsausschüssen mit der Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß eine Lösung, auch wenn sie nicht ideal sein sollte, immerhin dem Verzicht auf jede Abmachung überhaupt vorzuziehen sei. Lagorio forderte eine „politische Stärkung" der NATO-Gruppe, die die Genfer Verhandlungen verfolgt. Über diese Gruppe sollten die europäischen Länder ein „echtes Vorschlags- und Vetorecht" erhalten.

Metallrunde: Schlüsselrolle Bayerns?

Aschermittwoch kommt Bewegung in Tarifverhandlungen / Kein Ende vor dem Wahltag

GÜNTHER BADING, Bonn

Erst am Aschermittwoch wird die diesjährige Tarifrunde in der Metallindustrie wieder in Bewegung kommen. Bisher haben sich die Verhandlungen geradezu hingeschleppt mit der üblichen ersten Runde in den 16 Tarifgebieten, in der zunächst nur die unterschiedlichen Vorstellungen über die wirtschaftliche Ausgangslage ausgetauscht worden waren.

In der zweiten Verhandlungsrunde dann haben die Arbeitgeber, die seit jeher für zentrale Verhandlungen anstelle der Regionalgespräche sind, ein bundesweit einheitliches Angebot vorgelegt. 2,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt sind sie für die 3,5 Millionen Metaller zu zahlen bereit. Allerdings soll in den ersten drei Monaten nach dem Auslaufen der Tarifverträge zum 31. Januar das bisherige Entgelt weitergezahlt werden. Die Gewerkschaft spricht hier von drei „Null-Monaten".

Die IG Metall geht in dieser Runde mit regional unterschiedlichen Forderungen in die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern. Sie reichen von der Vorstellung, daß Löhne und Gehälter um 6,5 Prozent zu steigen hätten – beispielsweise in den drei Tarifgebieten Baden-Württembergs – bis zu der angesichts der allgemeinen schwierigen Lage der Unternehmen plausiblen Forderung nach dem Ausgleich der erwarteten Inflationsrate *in den Gebieten Bayern, Nieder*sachsen und Berlin.

Ziel: Reallohnsicherung

Bayern könnte 1983 eine Schlüsselrolle zufallen. Zum ersten Mal wird in diesem Bundesland zeitgleich mit den übrigen Tarifgebieten verhandelt. Bisher hinkte Bayern stets einen vollen Monat hinterher. Durch eine Laufzeitveränderung im vergangenen Jahr ist jetzt der zeitliche Gleichklang mit den anderen Regionen hergestellt. Das aber ist es nicht allein, was Bayern in diesem Jahr zum „Pilotland" werden lassen könnte. Zum einen sollte diese Funktion schon ein Tarifgebiet übernehmen, das nicht zu den kleinsten im Lande gehört.

Bayern hat rund 700 000 Beschäftigte in der Metallindustrie, Niedersachsen nur 125 000 und Berlin 95 000. Geht man davon aus, *daß dem IG-Metall-Vorstand daran* gelegen ist, sein in allen Gewerkschaftspublikationen propagiertes Ziel, die Reallohnsicherung über den Inflationsausgleich, auch tatsächlich durchzusetzen, so kommt aus Gewerkschaftssicht realistischerweise als „Pilot" nur ein Gebiet in Frage, in dem nicht utopisch hohe Forderungen, sondern eben dieser Ausgleich gefordert worden ist.

Anders als beim Streik, dessen Ort, Umfang und Dauer die Gewerkschaftsführung ganz allein festlegen kann, liegt die Handlungsfähigkeit bei der Bestimmung des Pilotlandes für den Abschluß vor allem bei der Arbeitgebervereinigung Gesamtmetall. Sie hat es in der Hand, mit einem modifizierten – aus Gewerkschaftssicht verbesserten – Angebot im ihr genehmen Tarifgebiet Bewegung in die Verhandlungen zu bringen. Mit Spannung wird deshalb der erste Tarif der dritten Verhandlungsrunde am Aschermittwoch-Nachmittag in München erwartet. Sowohl die bayerischen Arbeitgeber als auch die IG Metall haben sich bemüht, diesen Termin sofort nach dem Fasching vor allen anderen Tarifgebieten zu vereinbaren, um eventuell die Weichen für einen Abschluß in ihrem Gebiet zu stellen. Sicherlich spielt hier auch ein psychologisches Element mit, denn allzu oft haben sich die Unterhändler beider Tarifparteien von ihren Kollegen in den übrigen Gebieten in den vergangenen Jahren vorhalten lassen müssen, daß man eigentlich nur die Ergebnisse der anderen „abgeschrieben" habe.

Aus Sicht der IG-Metall-Führung kommt noch hinzu, daß Bayern als „verläßlicher" Bezirk gilt. Eine Neuauflage jener Peinlichkeit, als die hessischen Metaller einen schon vom Gewerkschaftsvorstand paraphierten Tarifvertrag im nachhinein umstießen, ist in Bayern nicht zu erwarten. Das bestätigt *auch Bezirksleiter Eduard* Schleimkofer. Er berichtet aus der Diskussion der Gewerkschaftsbasis über die bayerische Forderung, daß man erstaunlich rasch Konsens über das Verlangen nach dem Inflationsausgleich erzielt habe, obwohl doch der Vorstand vorab erklärt hatte, er sei bereit, Forderungen bis zum Volumen von 6,5 Prozent zu akzeptieren.

Kein Arbeitskampf

Wie einig man sich in München auch *zwischen Arbeitgebern und* Gewerkschaftern am Aschermittwoch schon werden mag – vor dem 6. März ist auch hier kein Abschluß zu erwarten. Die Arbeitgeber, so hat es die IG Metall berichtet, wollten ursprünglich sogar erst nach den Wahlen mit den Verhandlungen beginnen. Aber auch die Gewerkschaft möchte trotz des öffentlichen Drängens auf einen raschen Abschluß offensichtlich erst wissen, ob diese Regierung bleibt, die den Tarifpartnern mit ihrer Politik bisher sinkende Zinsen, ein Absinken der Inflationsrate auf unter vier Prozent und die Aussicht auf kräftige Investitionsschübe beschert hat, weiter im Amt bleibt. Obwohl die Friedenspflicht der IG Metall am 28. Februar endet, wird es 1983 wohl ohne Arbeitskampf abgehen. Denn 1984 will man massiv einen Einstieg in die Verkürzung der Wochenarbeitszeit versuchen. Und dazu braucht die IG Metall ihre ganze „finanzielle Streik-Kraft".

Amman und PL[O] verhandeln über „Staatenbund"

AP/AFP, Amman/Beir[ut]

Das von den USA unterstütz[te] Konzept einer jordanisch-palästi[nensischen] Konföderation steht i[m] Mittelpunkt von Gesprächen, d[ie] der Vorsitzende der Palästinen[si]schen Befreiungsorganisati[on] (PLO), Yassir Arafat, gestern [in] Amman mit dem jordanischen K[ö]nig Hussein aufgenommen hat.

Dem Vernehmen nach hab[en] sich Arafat und Hussein bereits a[uf] Bedingungen eines „Staatenbu[n]des" zwischen Jordanien und [ei]nen künftigen palästinensisch[en] Staatsgebilde im israelisch bese[tz]ten Westjordanland geeinigt. Ar[a]fat will sich drei Tage in Amm[an] aufhalten. Es ist das zweite Treff[en] beider Politiker innerhalb ein[es] Monats.

König Hussein erhofft sich v[on] dem Treffen die Zustimmung d[er] PLO zur Verkündung einer g[e]mischten jordanisch-palästinen[si]schen Delgation zur Teilnahme [an] Nahost-Verhandlungen auf d[er] Grundlage des amerikanisch[en] Friedensplans. Der jordanisc[he] Monarch hatte kürzlich mitgete[ilt,] US-Präsident Reagan habe s[ich] ihm gegenüber schriftlich zur A[n]erkennung des „arabischen A[n]spruchs auf alle besetzten Terri[to]rien einschließlich Jerusalem" v[er]pflichtet.

Das Konzept einer Konföde[ra]tion sowie die Nahost-Friedensb[e]mühungen dürften auch eine ze[n]trale Rolle bei der Jahrestagu[ng] des Palästinensischen Nationalr[ats] spielen, die am 14. Februar in [Al]gier beginnt. Der Präsident dies[es] „Palästinenser-Parlaments", Ch[a]lid Fahum, teilte mit, die milit[an]ten Palästinenser würden auf ih[rer] Forderung nach einem unabhän[gi]gen Palästinenserstaat beharr[en]. Von der Jahrestagung verspri[cht] sich Fahum nach eigenen Angab[en] eine Verstärkung des militärisch[en] und politischen Widerstands [der] Palästinenser gegen Israel. Er k[ün]digte die Verabschiedung ei[nes] „wichtigen politischen Manifest[s"] an.

Warschau: Proble[me] mit Gewerkschafte[n]

rtr, Warsch[au]

Wenig Anklang finden in Po[len] die neuen auf Betriebsebene or[ga]nisierten Gewerkschaften, die [an] die Stelle des im vergangenen J[ahr] verbotenen Gewerkschaftsbun[des] „Solidarität" getreten sind.

Wie die Parteizeitung „Trybu[na] Ludu" gestern meldete, sind b[is]lang mehr als eine Million Po[len] den rund 5000 neuen Betriebs[ge]werkschaften beigetreten. Dies [ist] jedoch kein Anlaß zur Begei[ste]rung, denn „die Mehrheit der [Be]schäftigten ... ist außerhalb [der] Gewerkschaften geblieben".

Gesagt

» Man kann heute nicht Demokrat sein, ohne Antikommunist zu sein.

Willy Brandt 1949 auf der Konferenz [der] Kreis- und Abteilungsfunktionäre [in] Berlin

Zahnärzte: Zehn Milliarden hätten gespart werden können

PETER JENTSCH, Berlin

In nur sieben Jahren, seit dem Inkrafttreten von „Zahnersatzverträgen" zwischen den Zahnärzten und Krankenhäusern 1975, haben die Kassen mehr als 25 Milliarden Mark allein für die Laborkosten (zahntechnische Leistungen ohne Zahnarzthonorar) ausgegeben. Diese Summe, so erklärte jetzt in Berlin der Freie Verband Deutscher Zahnärzte, wäre bei „vernünftigeren Regelungen" um etwa zehn Milliarden Mark geringer ausgefallen. Die Beitragszahler hätten damit erhebliche Kosten sparen können.

In der Tat: Das Bundessozialgericht hatte 1974 fehlende Zähne als Krankheit definiert und Zahnärzte und Kassen aufgefordert, Zahnersatzverträge abzuschließen. Diese Verträge traten am 1. Januar 1975 in Kraft. Die Ortskrankenkassen, bemüht, *den Leumund der „Arme*-Leute-Kasse" abzulegen, finanzierte den Zahnersatz ihrer Mitglieder zunächst voll, also mit 100 Prozent. Folge: Es setzte ein Boom auf den Zahnersatz ein, die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Zahnersatz stiegen von 834,46 Millionen Mark im Jahre 1974 auf 1,881 Milliarden Mark 1975.

Und so ging es weiter. In die Verträge wurde die aufwendige Metallkeramik einbezogen, die Kosten der Kassen kletterten von 2,4 Milliarden Mark 1976 auf 4,2 Milliarden Mark 1981. Und das, obwohl die Kassen ihre Zuschüsse mittlerweile auf zwischen 70 und 80 Prozent reduziert hatten. Allein im Jahre 1979 verarbeiteten die 40 000 deutschen Zahnärzte in den Mündern ihrer Patienten 31,8 Tonnen Gold in den übrigen Industrieaktionen wurden 1979 nur 20 Tonnen verarbeitet.

Die Zahnärzte hatten diese Entwicklung vorausgesehen und für die Laborkosten Festzuschüsse der Kassen gefordert nach dem Prinzip: je aufwendiger der Zahnersatz, um so niedriger der Zuschuß. Gesetzgeber *und Kassen entschieden* sich freilich anders. Das Krankenversicherungs-Erweiterungsgesetz (KVEG), das seit 1982 gilt, machte den Zahnersatz nur Sachleistung. Das heißt: Die zahnärztliche Leistung wird von der Krankenkasse 100prozentig erstattet, für die Laborleistung wird nur ein Zuschuß geleistet. Dabei setzte des Patienten für Laborkosten von bisher 20 Prozent auf 40 Prozent herauf. Härtefälle sind freilich von dieser Regelung ausgenommen.

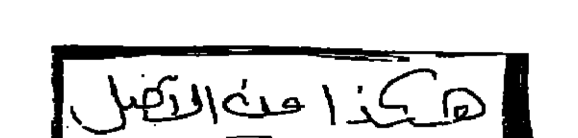
Die Praxis der Härtefallregelung wird von Zahnärzten bereits wieder heftig kritisiert. Julius Hermann, Vorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte: „Die Kassen bezahlen bei Versicherten, die weniger als z. B. 4800 Mark im Monat verdienen und doch wohl nicht als sozialer Fall anzusehen sind, alle über 700 Mark hinausgehenden Laborkostenanteile vollständig. Diese Versicherten haben natürlich überhaupt kein Interesse mehr an einer sparsamen Versorgung mit Zahnersatz, wenn die Laborkostengrenze von 700 Mark einmal überschritten ist."

An einer sparsamen Versorgung, also an einer nach der Reichsversicherungsordnung (RVO) „ausreichenden, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Versorgung" mit Zahnersatz, müßten doch aber wenigstens, so sollte man meinen, die Kassen interessiert sein. Das sind sie auch, so sagen die Zahnärzte, aber sie wollen es ihren Mitgliedern nicht sagen. Das soll der Zahnarzt tun, und zwar nach folgender Regel:

Bevor der Patient seinen Zahnersatz erhält, wird vom Zahnarzt ein Behandlungsplan aufgestellt, der von der Krankenkasse genehmigt werden muß. Zur Beurteilung des Plans stehen den Kassen Gutachter zur Verfügung. Da die Kassen aber keine Mitglieder verlieren wollen, haben sie nicht selten höherwertigen Zahnersatz genehmigt, als der Zahnarzt vorgesehen hatte – wenn der Patient nur darauf bestand. Nun plädieren vor allem Betriebs- und Innungskrankenkassen für eine „nachträgliche Wirtschaftlichkeitsprüfung", um bewilligte und ausgeführte Leistungen nachträglich „unwirtschaftlich" *nennen und von den Zahnärzten* zurückfordern zu können.

Statt dessen schlagen die Zahnärzte jetzt eine „versicherungstechnische Wirtschaftlichkeitsgrenze" vor. Oberhalb dieser Grenze, bis zu der die Kassen die Kosten übernehmen, liegen Zahnersatzleistungen in der Entscheidung von Patient und Zahnarzt. Hermann: „Durch eine solche Regelung würde z. B. die Anwendnung von Metallkeramik im Seitenzahnbereich nicht mehr Kassenleistung sein. Eine kosmetisch gute und ausreichende Leistung wäre dennoch gewährleistet. Dem Patienten steht *es offen, auf eigene Rechnung auf*wendigere Leistungen zu erhalten.

Gleichzeitig schlagen die Zahnärzte vor, neben der verstärkten vorherigen Prüfung des Behandlungsplanes durch ein Gutachtergremium und der Einführung der Wirtschaftlichkeitsgrenze Festzuschüsse zum Zahnersatz zu geben. Bisher kann ein Versicherter nach der prozentualen Bezuschussung mit einem Eigenanteil von einer Mark Kassenleistungen in Höhe von fünf Mark erwerben. Mit den Festzuschüssen sollen einfachere Lösungen höher und aufwendigere Lösungen beim Zahnersatz niedriger bewertet werden, um damit dem Versicherten, dem Zahnarzt und dem Dentallabor deutliche Sparsignale zu vermitteln.



Angebote zum Frühjahr

dos – Wenn die großen deutschen Automobil-Hersteller in diesen Tagen mit Sonderangeboten Käufer zu gewinnen versuchen, dann steht beileibe nicht nur die Absicht dahinter, den flauen Markt wieder in Bewegung zu bringen. Ein anderer Aspekt spielt eine ebenso bedeutsame Rolle: die Modellpolitik. Die Automobil-Ausstellung in Frankfurt nämlich wird sich mehr noch als bisher als ein Forum der Neuerscheinungen präsentieren. Und nichts fürchten die Chef-Verkäufer gängiger Automobile so sehr wie das frühzeitige Bekanntwerden von Plänen für ein Nachfolgemodell.

Tatsächlich sind die Auswirkungen solcher Vorab-Meldungen nachhaltig. Werner P. Schmidt, im Vorstand der Volkswagenwerk AG zuständig für den Vertrieb, schätzt die dadurch entstehenden Einbußen auf monatlich 50 Millionen Mark. Angesichts dieser Zahlen wird verständlich, daß VW Zurückhaltung übt, wenn nach dem neuen Golf gefragt wird. Die jüngste Ankündigung aber, dieses Modell nicht nur während der absatzschwachen Winterwochen, sondern bis in den Herbst hinein als Sonderangebot zu vermarkten, kann nur als Antwort auf die frühe Nachricht vom Nachfolger gewertet werden. Hier muß befürchtet werden, daß die Verkaufszahlen drastisch zurückgehen. Potentielle Interessenten warten entweder auf das neue Modell oder – noch schlimmer – gehen zur Konkurrenz.

Die nämlich schläft nicht. Auch Opel und Ford werben mit Frühjahrs-Sonderangeboten um Käufer. Opel offeriert den Kadett und den Ascona zu günstigeren Preisen, Ford das kleinste und das größte Modell, den Fiesta und den Granada. Und da sind schließlich die Ausländer, die mit Neuentwicklungen in der Bundesrepublik weiteren Boden gewinnen wollen.

Tauwetter

fu – Die von den Arbeitgebern angesagte Klimaverbesserung beim Streik der britischen Wasserwerker ist vorbeigezogen, ohne die eisige Front der 28 500 Mitarbeiter der britischen Wasserwerke aufzutauen. Ist die Tauwetter-Prognose von den Arbeitgebern bewußt falsch gestellt worden, um die Streikenden wieder an den Verhandlungstisch zu locken? Alles deutet darauf hin. Zu unwahrscheinlich mutete ihr überraschender Hinweis Ende letzter Woche an, es seien zusätzlich zum vorliegenden Angebot einer Lohnerhöhung um 7,3 Prozent über 16 Monate noch „fünf bis zehn Pfund pro Woche" für jeden Mitarbeiter in der Hinterhand. Übrig blieben davon ganze 50 Pence (Gewerkschaftsführer) oder 86 Pence (Arbeitgeber). Die Vermutung liegt nahe, daß die Arbeitgeber doch weit enger mit der restriktiven Lohnpolitik der Regierung im Bunde stehen, als es zwischenzeitlich den Anschein hatte. Der erstaunlich geringe Streikeffekt und die gerade in diesem Fall eher streikfeindliche Einstellung der Bevölkerung lassen unschwer erraten, wer auch aus diesem Konflikt als Sieger hervorgehen dürfte.

Elektronik im Spiel

Von WERNER NEITZEL

Nahezu pausenlos wird auf diverse Flugobjekte geballert. Oder: zappelnde kleine Männchen fressen alles auf, was ihnen in den Weg kommt. Gegen die von den Videospielen ausgehende Faszination scheint kein Kraut gewachsen zu sein. Der Vormarsch elektronischer Bildschirmspiele, bei denen es in erster Linie Fingerfertigkeit und schnelles Reagieren unter Beweis zu stellen gilt, vollzieht sich in ungeheurem Tempo.

Innerhalb von drei Jahren ist in den USA, wo dieser aus dem „Abfall der Raumfahrt" kreierte Spieltyp seinen Ursprung hat und bald für Furore sorgte, ein mehrere Milliarden Dollar schwerer Markt für Videospiele entstanden. In abgeschwächter Form, aber ebenfalls von bemerkenswerter Dynamik gekennzeichnet, haben diese Spiele vordere Plätze auf den Wunschlisten von Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik erobert. Wo diese Entwicklung einmal einmünden wird, steht noch in den Sternen. Festzuhalten ist jedoch, daß diese Spielattraktion, für die im Durchschnitt 300 bis 500 DM anzulegen sind, erhebliche Teile an Kaufkraft auf sich lenkt, die natürlich anderen Sektoren fehlt.

In einer Zeit, in der infolge realer Einkommensminderungen der Bürger auch für seine Hobbys die Mark mehr denn je drehen muß, kann diese Marktverschiebung keiner konsumnahen Branche einerlei sein. Dies gilt für alle sogenannten Freizeitbranchen, die längst nicht mehr, was sie einst als mittel- und längerfristigen Trend propagierten, pauschal auf Wachstum bauen können.

Das Vordringen der Videospiele tangiert, auch wenn dies nur ungern eingeräumt wird, vor allem das Feld der Spielwarenbranche. Zwar argumentiert diese unverdrossen mit dem hohen Stellenwert, den herkömmliche Spiele und Spielzeuge am Markt nach wie vor haben. In der Tat haben hierzulande Videospiele am Gesamtmarkt Spielwaren lediglich einen Anteil von etwas weniger als zehn Prozent. Dabei wird offensichtlich das Faktum verdrängt, daß der Spielwarenmarkt seit einigen Jahren volumenmäßig auf der Stelle tritt.

Überdies bekamen die rund 1000 deutschen Spielwarenproduzenten, die bis auf wenige Ausnahmen Klein- oder Mittelbetriebe sind, einen kräftigen Importdruck zu spüren. Wenn sich auch der Zangengriff ausländischer Anbieter etwas gelockert zu haben scheint, so haben die bundesdeutschen Spielzeugfirmen im vergangenen Jahr überwiegend reale Umsatzeinbußen hinnehmen müssen.

Der Branche fällt das Eingeständnis schwer, auf dem Sektor der Mikroelektronik nur bedingt oder gar nicht mithalten zu können. Gegen den da und dort bereits zu hörenden Vorwurf, sie habe eine Entwicklung verschlafen, wehrt sie sich vehement. Zu Recht wird dabei auf den Vorsprung großer Konzerne hingewiesen, die ihr Know-how in Computertechnologie ins Spiel bringen können.

Die Spielwarenbranche lebt nun einmal sehr stark von Innovationen. Noch ist in guter Erinnerung, welchen Umsatzvolltreffer der bunte Zauberwürfel am Markt landete. Industrie und Handel klagen nicht wenig, daß ihnen gerade jetzt, wo sie ihn dringend brauchten, ein ähnlicher Knüller fehle.

Ein derartiger Knüller wären aber Videospiele, liefe dieser Boom nicht allein in die Kassen der Importeure hinein. Selbst der Spielwarenfachhandel guckt weitgehend in die Röhre, denn zu etwa vier Fünfteln geht auch hier das Geschäft an ihnen vorbei. Die technologische Nähe des Produkts zur Unterhaltungselektronik bewirkte, daß Telespiele ihren Hauptabsatzkanal im Rundfunk- und Fernsehhandel fanden. Nur sehr langsam rafft sich der Spielwarenhandel dazu auf, bei den elektronischen Produktneuheiten mitzumischen.

Ob verlorengegangener Boden zurückgewonnen werden kann, hängt freilich auch von einer realistischeren Grundeinstellung ab: Allzu häufig und pauschal wird elektronisches Spielzeug, insbesondere das Videospiel, als „primitiver Technoquatsch" abqualifiziert. Dieses Urteil mag für eine Vielzahl simpler Reaktionsspiele eine Berechtigung haben. Die *kompromißlosen Verfechter* herkömmlichen kommunikativen Spielens laufen jedoch Gefahr, sich in einer Ideologie zu verrennen. Für anspruchsvollere Aktivitäten eröffnet auch die Elektronik durchaus Chancen. Die Programmierbarkeit der Mikroprozessoren weist Wege zur Kreativität.

Immer mehr Eltern werden bei ihren Kindern Nachhilfeunterricht am Computer nehmen müssen, wollen sie sich nicht ständig blamieren und über mikroelektronische Selbstverständlichkeiten ein wenig mitreden können. Diese Perspektive sollte auch bisher aus Prinzip elektronisch abstinenten Spielwarenherstellern zu denken geben.

EG / Kommission legt ein „Grünbuch" zur Finanzierung vor

Brüssel plädiert für einen höheren Anteil an der Mehrwertsteuer

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Mit einem „Grünbuch" zum Thema EG-Finanzen hat die Brüsseler Kommission gestern die Diskussion über die Schaffung zusätzlicher Einnahmequellen für die Gemeinschaft eröffnet. Es plädiert für eine Aufstockung des bisherigen EG-Anteils an der Mehrwertsteuer; gleichzeitig jedoch für eine stärkere Differenzierung der Finanzbeiträge nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Das Papier, das heute von EG-Präsident Gaston Thorn dem Straßburger Europaparlament erläutert werden soll, kommt rechtzeitig zur Debatte des Parlaments über den Zusatzhaushalt der EG für 1983. In diesem Etatentwurf geht es um die Großbritannien zugesagte, aber am Jahresende von den Abgeordneten abgelehnte Beitragsrückerstattung für 1982.

Das Parlament hatte einen stärkeren Einfluß auf die Verwendung dieser Mittel sowie eine politische Verpflichtung des Rates zum Verzicht auf weitere derartige Ad-hoc-Regelungen verlangt. Dieser Forderung sind die Regierungen jedoch nur teilweise nachgekommen.

Der britische Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe wiederholte gestern den Wunsch Londons nach einer dauerhaften Regelung seines Finanzbeitrags. Am Rande eines Finanzministertreffens betonte er, die Entwicklung neuer Politiken werde das Problem der Unausgewogenheit des EG-Haushalts allein nicht lösen können. So müßte der Brüsseler Regionalfonds bei den gegenwärtigen Quotenanteilen um 50 Milliarden Ecu (115 Milliarden Mark) erhöht werden, um Großbritannien die für 1982 vereinbarten Rückerstattungen von 1,95 Milliarden Mark gewähren zu können.

Der britische Schatzkanzler deutete (wie die Kommission in ihrem „Grünbuch") die Möglichkeit eines Finanzausgleichssystems an, nachdem für Mitgliedsländer mit übermäßiger Haushaltsbelastung Höchstgrenzen für den Mehrwertsteueranteil festgelegt werden könnten. Eine andere Möglichkeit wäre eine auf die gemeinschaftliche Finanzierung der Agrarpolitik bezogene Korrekturregelung. Der jeweilige Mehrwertsteuerbeitrag könnte danach entsprechend dem Verhältnis zwischen Beiträgen und Rückflüssen aus dem Agrarfonds gestaffelt werden.

Der Kommissionsbericht entscheidet sich noch nicht für eine der verschiedenen denkbaren Alternativen zur Differenzierung der EG-Beiträge, erinnert jedoch an die schon 1981 von Präsident Thorn getroffene Feststellung, daß Europa nicht auf die Dauer eine „Ein-Prozent-Gemeinschaft" bleiben könne. Gegenwärtig ist der Finanzrahmen der EG auf diesen Mehrwertsteueranteil begrenzt (wobei als zusätzliche Einnahmen der Ertrag der Zölle, Agrarabschöpfungen und Zucker-Erzeugerumlage hinzukommen). Gegen eine Aufstockung des Finanzrahmens haben bislang sowohl die Bundesrepublik wie Großbritannien entschieden Front gemacht.

Das „Grünbuch" hält zusätzliche Einnahmen nicht nur zum Ausgleich bisheriger Ungleichgewichte im Haushalt für unerläßlich, sondern auch um der Gemeinschaft zu ermöglichen, Spanien und Portugal ohne Gefährdung des bisherigen Integrations-„Besitzstandes" als Mitglieder aufzunehmen. Eine Erhöhung der Eigeneinnahmen müsse im übrigen nicht automatisch zu einer zusätzlichen Steuerbelastung für die Bürger führen. Zusätzliche Gemeinschaftsausgaben könnten sich nämlich durchaus in einer Reduzierung bestimmter nationaler Haushaltsansätze ausdrücken.

Für wenig geeignet hält die Kommission Vorschläge, die Einnahmenerhöhung aus einer Gemeinschaftssteuer auf Pflanzenfette oder importierte Getreide-Substitute zu finanzieren. Dies ist wiederholt von französischer und italienischer Seite angeregt worden. Skeptisch ist die EG-Behörde auch in bezug auf eine europäische Steuer auf Erdölerzeugnisse. Eine derartige Abgabe könne sich aus energiepolitischen Gründen rechtfertigen, heißt es in dem „Grünbuch", falls der Ölpreis weiter sinke. Auf jeden Fall sei jedoch kaum mit einem bedeutenden Steueraufkommen zu rechnen.

Präzise Vorschläge für die Finanzreform will die Kommission jetzt im April vorlegen. Erste Weichenstellungen könnten dann im Zusammenhang mit den Brüsseler Beitrittsverhandlungen erfolgen.

AUSSENWIRTSCHAFT

Hermes erzielte 1982 noch 34 Mill. DM Überschuß

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Trotz der zunehmenden Zahl von Umschuldungen schlossen die Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften des Bundes (Hermes) im vergangenen Jahr noch mit einem Überschuß von 34 Millionen Mark ab. In diesem Jahr rechnen die Experten jedoch mit roten Zahlen. Da nach dem jüngsten Kabinettsbeschluß die Deckungspolitik in Einzelfällen flexibler werden soll, wird eine Überprüfung der Gebühren, die seit 1949 unverändert geblieben sind, nicht ausgeschlossen.

Der Umfang der mit Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften des Bundes abgesicherten Exporte ist 1982 nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums weiter gestiegen. Die Auftragswerte der gedeckten Geschäfte beliefen sich auf rund 39,2 Milliarden Mark, das sind neun Prozent mehr als im Vorjahr. Mitverursacht durch die Einführung der neugeschaffenen Ausfuhr-Pauschal-Gewährleistungen erhöhte sich die Zahl der gestellten Deckungsanträge um rund 30 Prozent auf 48 000. Das Volumen der gestellten Anträge betrug rund 148 Milliarden Mark.

Der gesetzliche Ermächtigungsrahmen für die Übernahme solcher Garantien und Bürgschaften war 1982 auf 160 Milliarden festgesetzt worden. Er war zum Jahresende mit 150,6 Milliarden ausgenutzt. Die Höhe der Obligo-Vormerkungen für Geschäfte, die sich noch im Verhandlungsstadium befinden, hat sich nach Angaben des Ministeriums von 81 auf 77 Milliarden Mark vermindert.

Die Zahlungs- und Devisenschwierigkeiten von immer mehr Ländern führten dazu, daß die Aufwendungen für Schadens- und Umschuldungsfälle erneut um 21 Prozent auf 930 Millionen Mark stiegen. Diesen Zahlungen aus dem Bundeshaushalt stehen Entgelteinnahmen von 667 Millionen Mark (plus 19 Prozent) und Rückflüsse aus Schäden und Umschuldungen von 362 Millionen Mark (plus 64 Prozent) gegenüber. Da sich die Verwaltungskosten auf 65 Millionen Mark beliefen, ergibt sich damit für das finanzielle Gesamtergebnis der Ausfuhrgarantien und Ausfuhrbürgschaften des Bundes für 1982 ein Überschuß von 34 Millionen Mark.

In diesem Jahr wird mit einem schlechteren Ergebnis gerechnet, da die Entschädigungszahlungen, wie sich jetzt bereits abzeichnet, erheblich höher ausfallen werden. Zum einen nimmt die Zahl der Umschuldungsfälle – die Verhandlungen mit Sudan wurden gerade beendet, die mit Kuba stehen vor der Tür – erheblich zu. Zum anderen gab es im Falle Polens 1982 eine gewisse Atempause, da wegen des Kriegsrechts keine Umschuldung der staatlich verbürgten Kredite vereinbart wurde. Daher wurde auf die Einzelfallentschädigung übergegangen, die eine Wartefrist von vier Monaten vorsieht, so daß 1982 weniger Fälle entschädigt wurden als fällig geworden waren.

Nach Ansicht der Exportwirtschaft sollte der drohende Fehlbetrag eines Jahres nicht zum Anlaß für Gebührenerhöhungen genommen werden. Die Situation sei jedoch anders, heißt es, wenn diese Entwicklung anhalten sollte.

AUF EIN WORT

„Die Wende kommt nicht von selbst. Wer darauf wartet, wird vergebens warten. Wir haben es in der Hand, die Dinge zu verändern. Es liegt an uns, so zu wirtschaften, daß die Pessimisten ihre Prognose revidieren."

Dr. Hans Messer, Präsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main FOTO: DIE WELT

Prognose revidiert

rtr, **New York**

Der Leiter des Wirtschaftsberaterstabes von Präsident Ronald Reagan, Martin Feldman, sieht nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Newsweek" für dieses Jahr in den Vereinigten Staaten einen günstigeren Konjunkturverlauf als zunächst angenommen. In dem Bericht hieß es, Feldman habe erklärt, er wäre nicht überrascht, wenn in diesem Jahr ein reales Wachstum von fünf Prozent erreicht würde. Im Januar hatte der Chef-Ökonom ein Wachstum von 3,1 Prozent projeziert.

Feldman erklärte, er sei jetzt optimistischer, daß über das höhere Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit und das Haushaltsdefizit reduziert werden können. Das Haushaltsdefizit könne für das Finanzjahr 1984 um 20 Milliarden Dollar verringert werden, die Arbeitslosenquote bis zur Präsidentenwahl von derzeit 10,4 auf acht Prozent zurückgeführt werden.

HYPOTHEKENBANKEN

Der Verband rechnet mit Belebung der Bautätigkeit

GISELA REINERS, **Bonn**

Der Verband Deutscher Hypothekenbanken rechnet mit einem „beträchtlichen Anstieg" beim Neubau von Mietwohnungen in diesem Jahr. Das zeigt sich einerseits an der Zunahme der Baugenehmigungen, andererseits an dem „erheblich ausgeweiteten Volumen" der von den Hypothekenbanken neu zugesagten Baudarlehen.

Für dieses Jahr erwartet der Verband ein wesentlich höheres Fertigstellungsergebnis als 1982, als etwa 150 000 Mietwohnungen gebaut wurden. Im vergangenen Jahr sei der Bau von etwa 175 000 Mietwohnungen genehmigt worden. Allein für den Bau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern wurden nach Schätzungen des Verbandes 150 000 Genehmigungen erteilt – rund 14 Prozent mehr als 1981. Davon seien rund 56 000 Sozialwohnungen und, einschließlich der „Bauherren"-Modell-Wohnungen, weitere 62 000 freifinanzierte Mietwohnungen. Dazu gerechnet werden müßten noch rund 37 000 Wohnungen in Zweifamilienhäusern und etwa 20 000 in anderen Gebäuden, die zumeist vorwiegend gewerblich genutzt werden.

Auf einen besonders starken Anstieg des sozialen Wohnungsbaus lassen nach Angaben des Verbandes die von den Hypothekenbanken neu zugesagten Hypothekendarlehen schließen. Sie erreichten 1982 ein Volumen von 2,2 Milliarden Mark – das seien 76 Prozent mehr als 1981. Darin zeigten sich die Wirkungen der zum Jahresbeginn 1982 in Kraft getretenen Zinsanhebung und der vorzeitigen Rückzahlung öffentlicher Mittel, die nun wieder für den Neubau von Sozialwohnungen verwendet werden könnten.

Die Steigerungsraten bei den Hypothekenzusagen signalisieren laut Verband auch eine Belebung des Immobilienmarktes. Das wiederum berge das Risiko steigender Preise, vor allem in Ballungsgebieten.

MITTELSTAND

Wirtschaft überreicht Kohl gemeinsames Memorandum

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Ein gemeinsames Memorandum für eine europäische Mittelstandspolitik haben gestern acht Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft Bundeskanzler Helmut Kohl überreicht. In dem Memorandum „Mut zu Europa", das aus Anlaß des „Europäischen Jahres der kleinen und mittleren Unternehmen und des Handwerks 1983" erarbeitet wurde, halten die Verbände eine konsequente Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft ohne eine Vielzahl leistungsfähiger und flexibler kleiner und mittlerer Unternehmen für nicht möglich: „Sie sind für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Ländern der Gemeinschaft unverzichtbar."

Die acht Wirtschaftsverbände fordern, die EG-Politik und andere Maßnahmen so zu konzipieren und zu verwirklichen, daß für die Klein- und Mittelbetriebe nicht nur strukturelle Wettbewerbsnachteile ausgeglichen werden, sondern die Voraussetzungen für eine günstigere Entwicklung dieser Unternehmen in der Gemeinschaft geschaffen werden.

Die Verbände halten es für notwendig, „Verordnungen, Richtlinien und Harmonisierungsvorhaben *auf das Ziel von Erleichterungen*, nicht jedoch auf eine weitere Verrechtlichung und Komplizierung aller Lebenssachverhalte auszurichten". Gleichzeitig müsse ein wirksamer Abbau bestehender bürokratischer Hemmnisse, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen nicht nur mit erheblichen Kosten belasten, sondern auch ihre Entscheidungsspielräume und ihre Flexibilität einengen, erfolgen.

Für den Warenverkehr unter den EG-Mitgliedsstaaten müßten durch Abbau der steuerlichen, bürokratischen, statistischen und anderer nichttarifärer Handelshemmnisse baldmöglichst binnenmarktähnliche Verhältnisse hergestellt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mahnung an US-Banken

Rio de Janeiro (VWD) – US-Banken, die auch künftig noch Geschäfte in Brasilien machen wollen, müssen Brasilien bei seiner Umschuldung helfen. So äußerte sich der brasilianische Zentralbankpräsident Carlos Langoni warnend in einem Zeitungsinterview. Wenn die Situation in Brasilien wieder normal sei, stünden Möglichkeiten nur den Banken offen, die Brasilien in der derzeitigen schwierigen Phase tatkräftig unterstützt hätten, erklärte Langoni. Der Notenbankchef verhandelt gegenwärtig mit 15 US-Regionalbanken über eine Umschuldung der brasilianischen Kredite.

Rumänien-Umschuldung

Paris (VWD) – Erhebliche Fortschritte auf dem Weg zu einer Umschuldung für Rumänien wurden auf einem Treffen Ende vergangener Woche in Paris erzielt. Die rumänische Außenhandelsbank wird den westlichen Gläubigerbanken in den nächsten Tagen konkrete Vorschläge über die Umschuldung der 1983 an die Geschäftsbanken zu leistenden Zahlungen unterbreiten. Das kündigt der Credit Lyonnais nach den Gesprächen des Präsidenten der rumänischen Außenhandelsbank mit Vertretern von neun Banken an. Die guten Außenhandelsergebnisse Rumäniens lassen eine Verringerung des umzuschuldenden Betrages erwarten, teilt der Credit Lyonnais mit.

Mehr Kohle exportiert

Warschau (rtr) – Nach den starken Exporteinbrüchen im Jahr 1981 hat Polen im letzten Jahr die Kohleexporte in westliche Länder fast verdoppelt. Außenhandelsminister Tadeusz Nestorowcz sagte in einem von der amtlichen Nachrichtenagentur PAP verbreiteten Interview der Zeitung „Polityka", die Ausfuhren in den Westen seien von acht auf rund 15,5 Millionen Tonnen angestiegen. Die Exporte in sozialistische Länder hätten im gleichen Zeitraum von 7,2 auf 13 Millionen Tonnen zugenommen. Die Deviseneinnahmen aus Kohleexporte seien aber noch weit von ihrem früheren Niveau entfernt.

Beschränkung für Banken

Tokio (VWD) – Eine Reduzierung des Volumens ihrer internationalen Kredite will das Tokioter Finanzministerium den japanischen Banken nach Informationen aus Hongkonger Finanzkreisen auferlegen. Die endgültige Entscheidung über diese Maßnahme, die am ersten April in Kraft treten würde, soll in einem Monat fallen.

Keine neuen Kredite

Istanbul (rtr) – Die Türkei strebt nach den Worten von Finanzminister Adnan Baser Kafaoglu in diesem Jahr keine neuen Auslandskredite an. Vor seinem Abflug zu einer Sitzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington sagte der Minister, gegenwärtig bestünde auch keine Notwendigkeit für eine Erweiterung der IWF-Beistandskredite. Die letzte IWF-Tranche des 1,6 Milliarden-Dollar-Hilfsabkommens wird in diesem Jahr geleistet. 1980 hatte die Türkei 3,5 Milliarden Dollar Auslandsverbindlichkeiten umschulden müssen. Im Juni vergangenen Jahres war die Türkei mit 20,5 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet.

Lohnschere

Genf (dpa/VWD) – Die Lohnschere bei männlichen und weiblichen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik hat sich 1981 gegenüber 1977 – wenn auch geringfügig – erweitert. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf ging der Anteil der Löhne für Frauen gemessen an denen der Männer von 72,7 auf 72,5 Prozent zurück.

Entlassungen geplant

London (AFP) – Die britische Tochter des amerikanischen Automobilkonzerns Ford wird in den nächsten drei Jahren 3000 Arbeitsplätze im Hauptwerk Dagenham bei London abbauen. Diese Zahl entspricht zehn Prozent der gegenwärtigen Belegschaft.

FORSCHUNGSPOLITIK

Riesenhuber will jetzt neue Schwerpunkte setzen

HEINZ HECK, **Bonn**

Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) hat der in der Vergangenheit verfolgten Forschungsförderung den Kampf angesagt. „Zu den vordringlichen Aufgaben" seiner Politik zählt nach einem gestern im Deutschland-Union-Dienst veröffentlichten Namensbeitrag „die möglichst weitgehende Abkehr von der akademischen Prüfung Tausender von Einzelvorhaben und statt dessen die stärkere Anwendung indirekter Förderungsmaßnahmen, die die Dynamik der Märkte freisetzen".

Bei der direkten Förderung soll man sich nach Meinung des Ministers „auf sehr große, risikoreiche, langfristige Projekte" konzentrieren. Es gelte, „auf wirkliche Durchbrüche" hinzuarbeiten und der Gefahr einer Ausuferung zu vielen kleinen risikoarmen Vorhaben zu begegnen. Das Ministerium förderte zu Zeiten seiner Vorgänger zuletzt etwa 6000 Einzelprojekte. Diese Projektliste dürfte erheblich verkleinert werden.

Neue Schwerpunkte will Riesenhuber in der Förderung der anwendungsbezogenen Forschung setzen, speziell dort, wo sich „in der Grundlagenforschung ein besonders starker Wissenszuwachs abzeichnet". Beispielhaft nennt er unter anderem Biotechnologie, Materialforschung und die Software-Entwicklung.

Neue Akzente seien auch bei den sogenannten Querschnittsaufgaben notwendig, da die Eigenforschung der Unternehmen hier nur selten durch den Markt allein rechtzeitig und ausreichend angeregt werde. Beispiele sind Energie- und Umweltforschung, Rohstoffforschung sowie technologische Entwicklung für wichtige Infrastruktureinrichtungen.

BETRIEBLICHE SOZIALLEISTUNGEN / Eine Studie des Instituts der Wirtschaft

Neue Gestaltungsmöglichkeiten gesucht

GISELA REINERS, **Bonn**

Die betriebliche Sozialpolitik befindet sich gegenwärtig in einer widersprüchlichen und schwierigen Lage. Ständig steigende Personalzusatzkosten bringen die Unternehmen an den Rand dessen, was ihnen erträglich erscheint; durch eine Ausweitung gesetzlicher und tariflicher Sozialleistungen werden die Spielräume für freiwillige Zugaben enger; die wirtschaftliche Lage läßt viele an Kürzungen denken. Andererseits eröffnet aber die Leistungseinschränkung aufgrund leerer Staatskassen neue Gestaltungsmöglichkeiten für einen Katalog betrieblicher Maßnahmen. Zu diesem Schluß kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Wegen schwieriger begrifflicher Abgrenzungen zwischen gesetzlicher, tariflicher und freiwilliger betrieblicher Sozialleistungen und wegen lückenhaften statistischen Materials sind die Zahlen-Ergebnisse der Untersuchung mit Vorsicht zu bewerten, doch sind die Trends klar erkennbar. So sind seit 1964 die freiwilligen Leistungen privater Unternehmen von jährlich 1200 auf mehr als 4000 Mark je Arbeitnehmer gestiegen. Drei Viertel der Sonderzuwendungen entfallen auf die betriebliche Altersversorgung, direkte Zahlungen zu besonderen Anlässen sowie auf berufliche Aus- und Weiterbildung.

Aus statistisch nicht repräsentativen Umfragen geht hervor, daß die meisten Arbeitnehmer an der Beibehaltung der freiwilligen Leistungen interessiert sind und eine Verrechnung mit ihrem Monatseinkommen ablehnen. Dabei werden Urlaubs- und Weihnachtsgeld (soweit nicht tariflich geregelt) von 79 Prozent als besonders wichtig eingestuft, gefolgt von 57 Prozent für die betriebliche Altersversorgung, Zusatzversicherung (31 Prozent) sowie Essenszuschuß, Fahrgelderstattung und medizinische Vorsorge mit rund 25 Prozent.

Im Lichte der schwierigen Wirtschaftslage und des sich verändernden Gesetzes- und Tarifrahmens empfiehlt die Studie, die Struktur freiwilliger Sozialleistungen von Zeit zu Zeit zu überprüfen. Es habe sich beispielsweise auch gezeigt, daß die veränderten Familienverhältnisse der Arbeitnehmer (mehr Ein- und Zweipersonenhaushalte, Doppelverdiener, Kinderlose) eine Anpassung erfordere. Als eine Möglichkeit dazu wird das „Cafeteria-Verfahren" genannt. Danach kann sich der Begünstigte aus einem Katalog die Leistungen zusammenstellen, die für ihn besonders geeignet sind.

Diesem aus Amerika stammenden Verfahren steht jedoch das Hindernis eines hohen Verwaltungsaufwands und Widerstand der Gewerkschaften entgegen. Nach Ansicht des IW sollten deshalb besser die Schwerpunkte auf investive Leistungen gelegt werden, wie die Ausgabe von Belegschaftsaktien, die Altersversorgung und die Hilfe zur Selbsthilfe z. B. beim Hausbau.

SPANIEN / Rettungsaktion für Geldinstitut

Krise des Bankwesens

ROLF GÖRTZ, Madrid

Unter Zustimmung der Bank von Spanien kaufte die Banco Hispano Americano, die drittgrößte Bank des Landes, die Banco Urquijo, vor zwei Jahren noch Nummer zehn unter den insgesamt 108 spanischen Banken. Nach den Vereinbarungen soll Banco Urquijo mit der Bank Union, die ebenfalls zur Hispano-Gruppe gehört, in etwa sechs Monaten zur größten spanischen Industriebank fusionieren. Beide Industriebanken sind in den letzten Jahren in Schwierigkeiten geraten und konnten sich nicht mehr allein halten. Die Übernahme der Urquijobank durch Hispano bezeichnete der Finanzminister Miguel Boyer als „logisch", da Hispano 12,5 Prozent der Urquijo-Anteile besitzt und vor zehn Jahren ein Deckungsabkommen mit Urquijo unterzeichnete.

Miguel Boyer, Koordinator der spanischen Wirtschaftspolitik, nannte als Ursache der notwendig gewordenen Transaktion die „weltweite Industriekrise". Tatsächlich ist das spanische Bankwesen mit Grund- und Industriebesitz groß geworden. Das Hauptgeschäft bildeten seit jeher ihre eigenen Beteiligungen. Das Wechselgeschäft der reinen Handelsbanken übernahm erst später seine heutige Rolle.

Als die spanischen Banken sich vor 20 Jahren gegen eine mögliche Verstaatlichungspolitik wappnete, wurde das in Familienbesitz befindliche Kapital nach und nach auf dem Aktienmarkt breiter gestreut. 100 000 bis 200 000 meist kleine Aktionäre je Bank sind heute die Norm. Eine Verstaatlichung kann sich deshalb auch eine sozialistische Regierung nicht mehr leisten. Jedenfalls nicht, wenn sie – wie die Regierung Felipe Gonzalez – im mitteleuropäisch-sozialliberalen Gewand auftritt. Mit der Emission von Aktien aber hat sich der Geschäftscharakter des Bankwesens nicht geändert. So mußte sich die erste große Industriekrise in Spanien schon aus historischen Gründen zu einer Bankenkrise ausweiten.

Urquijo ist nicht die erste Bank, die in Schwierigkeiten geriet. Einige Namen wie Coca sind bereits verschwunden, andere wie Banco Navarra oder die Gruppe Catalana-Occidente haben nur aus (autonomie-)politischen Gründen Hoffnung auf eine einigermaßen glimpfliche Regelung. Ein weniger bedeutendes Institut, Banco Levante, wird dagegen in wenigen Wochen unter Aufsicht des Depositenfonds versteigert.

Ein Großteil der Urquijo-Kredite ging in Länder der Dritten Welt, vor allem nach Südamerika, wohin auch viele Exporte gehen, die von den spanischen Industriebanken finanziert werden. Die Zahlungsschwierigkeiten dieser Länder – Spanien engagierte sich besonders in Venezuela, Brasilien und Mexiko – betrafen deshalb gleichermaßen Industrie und Banken in Spanien.

Natürlich haben sich auch die spanischen Banken ihre Industriekredite an den großen Zentralen, in New York etwa, refinanzieren lassen. Und Namen wie Urquijo hatten dort lange Zeit einen guten Klang. In spanischen Bankkreisen wird deshalb befürchtet, daß schon in kurzer Zeit die Refinanzierung wesentlich erschwert werden kann. In diesem Zusammenhang sieht man denn auch in Madrid mit Besorgnis auf die dem möglichen Zerfall des Opec-Kartells folgenden Konsequenzen der großen Weltbanken. Sie werden sich mehr Zurückhaltung auferlegen.

ITALIEN / Abkommen über Ordnung der Sozialpartnerschaft ratifiziert

Grünes Licht für neue Tarifverträge

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Spitzenverbände der italienischen Industrie Confindustria für die private und Intersind für die staatlichen Unternehmen haben das am 22. Januar mit der Regierung und den Gewerkschaften abgeschlossene Abkommen über die Neuordnung der Sozialpartnerschaft ratifiziert. Damit steht den Verhandlungen über die Erneuerung der dreijährigen Tarifabkommen nichts mehr im Wege, zu denen die Gewerkschaften die Unternehmen seit Monaten bisher vergebens aufgefordert hatten.

Zur Erneuerung stehen 31 Tarifabkommen für insgesamt 10,3 Millionen Beschäftigte der Industrie und der Dienstleistungsbereiche. Darunter befinden sich die Abkommen wie die des größten Industriezweigs der 1,5 Millionen Metallarbeiter, die bereits am 31. Dezember 1981 abgelaufen sind. In allen Fällen weigerten sich die Arbeitgeberverbände bis jetzt, in Verhandlungen einzutreten. Erst das kürzlich abgeschlossene Basisabkomen, mit dem die gleitende Lohnskala abgekühlt und damit die Hauptbedingung der Unternehmer erfüllt wurde, hat wieder Spielraum für Tariferhöhungen geschaffen.

Das Basisabkommen setzt im laufenden Jahr den Lohn- und Lohnkostensteigerungen ein Limit von 13 Prozent, 1984 von 10 Prozent. Diese Grenze haben sich Regierung und Sozialpartner einzuhalten verpflichtet. Die Garantie dafür soll das koordinierte und konzertierte Spiel von Bewegungen der gleitenden Lohnskala übernehmen, das vor zwei Wochen vereinbart wurde.

Der Teufel wird freilich auch hier im Detail stecken. Das bezieht sich nicht nur auf die Abmachung in diesem Jahr, Bruttolöhne und Gehälter um durchschnittlich 25 000 Lire (in drei Jahren insgesamt um 100 000 Lire) zu erhöhen, sondern auch auf die Vereinbarungen zur Berechnung der gleitenden Lohnskala und der Kürzung der Arbeitszeit um jeweils eine halbe Stunde in diesem und im kommenden Jahr.

Vor allem in den beiden letzteren Fällen bestehen zwischen Regierung und Gewerkschaften auf der einen und den Arbeitgebern auf der anderen tiefe Auslegungsunterschiede. Im Falle der gleitenden Lohnskala geht es dabei um die Berechnung des Indexpunktes, aufgrund dessen die Bewegungen erfolgen. Je nach Auslegung werden die Bewegungen, mit denen Löhne und Gehälter den vorangegangenen Preiserhöhungen angepaßt werden, um nur 15 Prozent (Arbeitnehmer) oder um über 20 Prozent (Arbeitgeber) abgeschwächt.

Einigung darüber werden nur die Einzelverhandlungen über die Tarifabkommen bringen. Das betrifft auch die Arbeitszeit. In diesem Fall wollen die Spitzenverbände die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Wochenstunde in der Zwei-Jahresspanne nur von der 40-Stunden-Woche ausgehend zugestehen und nicht von der effektiven Arbeitszeit, die in Einzelfällen bereits weit unter 39 und auch 38 Stunden liegt. Zahlreiche Textilbetriebe haben auf der Grundlage der Sechs-Tage-Woche sogar schon die 36-Stunden-Woche eingeführt.

In den Vorstellungen des christlich-demokratischen Arbeitsministers, Vincenzo Scotti, dessen Schlichtung das Basisabkommen zu verdanken ist, sieht die Arbeitszeitregelung möglichst elastisch aus. Schon jetzt gibt es in der italienischen Industrie 11 verschiedene Arbeitszeitregelungen.

BNOC hält Ölpreise vorerst stabil

fn. London

Der Preis für Öl aus dem britischen Nordseesektor wird, trotz des wachsenden Drucks durch die Abnehmer, voraussichtlich offiziell erst herabgesetzt, nachdem die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) die Preise für ihr Öl gesenkt haben wird. Allerdings gibt es genügend Hinweise dafür, daß die British National Oil Corporation (BNOC), die preisbestimmende staatliche Ölhandelsgesellschaft, den in der Nordsee operierenden Ölgesellschaften bereits zugesagt hat, den Preis für Nordseeöl rückwirkend zum 1. Februar dieses Jahres herabzusetzen.

Die großen Abnehmer von Nordseeöl erwarten, daß der offizielle Preis – gegenwärtig 33,50 Dollar je Barrel – dem Spotmarktpreis (etwa 29 Dollar) angepaßt wird. Gulf Oil, einer der größten Ölkonzerne der Welt, hat bereits durchblicken lassen, daß die Abnahme von Nordseeöl erheblich reduziert wird, falls BNOC den Preis nicht senkt. Wie es heißt, soll Gulf sich bereits geweigert haben, einen Abnahmekontrakt über 700 000 Barrel Nordseeöl zu erfüllen.

China: Höheres Außenhandelsdefizit

rtr. Peking

China erwartet für 1983 nach den Worten von Außenhandelsministerin Chen Muhua angesichts der Pläne für eine Steigerung der Einfuhren ein Außenhandelsdefizit von 1,9 Milliarden Dollar. In einem am Sonntag veröffentlichten Bericht der englisch-sprachigen Wochenzeitung „Beijing Review" sagte Frau Chen eine Steigerung der Importe im Vergleich zum Vorjahr um 40,6 Prozent auf einen Warenwert von 23,9 Milliarden Dollar voraus.

1982 waren die Importe im Vergleich zum Vorjahr um 12,8 Prozent auf 17 Milliarden Dollar zurückgegangen. Ende 1982 hatte Ministerpräsident Zhao Zyiang den Fünf-Jahres-Plan für 1981–1985 veröffentlicht, in dem eine stärkere Zunahme der Importe vorgesehen ist. Die chinesischen Ausfuhren sollen 1983 nach Angaben von Frau Chen 22 gegenüber 21,6 Milliarden Dollar im Vorjahr erreichen. 1982 erzielte China einen Rekordhandelsüberschuß von 4,6 Milliarden Dollar und konnte dadurch seine Währungsreserven auf 9,23 Milliarden Dollar mehr als verdoppeln.

„Diskriminierende Handelshemmnisse"

dpa. Hamburg

Die EG verhält sich in vielen Bereichen protektionistischer als Japan, meint der Außenhandelsexperte des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, Manfred Holthus. Wie Holthus in der vom Institut herausgegebenen englischsprachigen Zeitschrift „Intereconomics" schreibt, verhielte sich die EG vor allem bei den nichttarifären Handelshemmnissen (DIN-Vorschriften und ähnliches) schlimmer als das viel gescholtene Japan. Lege man zugrunde, was offiziell im Allgemeinen Handels- und Zollabkommen (Gatt) an solchen Hemmnissen aufgelistet sei, so zeige sich, daß die EG 5,4 Prozent der eingeführten Fertigwaren, Japan aber nur 3,1 Prozent mit entsprechenden Maßnahmen zu drosseln suche. Außerdem seien viele Handelshemmnisse in der EG „diskriminierender Natur" und richteten sich nur gegen bestimmte Länder, vor allem gegen Japan. Insgesamt gesehen sei der japanische Markt offener, als generell vermutet werde, so daß seine erfolgreiche Erschließung durchaus möglich sei.

SÜDAFRIKA / Gespaltenen Wechselkurs aufgegeben

Kapitaltransfer erleichtert

rtr. Kapstadt

Südafrika hat am Montag sein gespaltenes Wechselkurssystem aufgegeben. Zugleich wurden die Devisenkontrollen für Nichtgebietsansässige abgeschafft. Wie Finanzminister Owen Horwood auf einer Pressekonferenz mitteilte, seien die unmittelbaren Folgen dieser Schritte nicht vorauszusehen. Er halte es jedoch für möglich, daß der Rand-Kurs leicht nachgebe. Auch die Aktienkurse könnten vorübergehend geringfügig fallen, sagte Horwood. Er sei jedoch sicher, Rand- und Aktienkurse würden sich schnell wieder erholen.

Nach Ansicht des Ministers werden ausländische Investoren die Entscheidungen, die er als „riesigen Schritt vorwärts" bezeichnete, begrüßen. Auch die ohnehin hohe Kreditwürdigkeit des Landes unter ausländischen Investoren würde weiter verbessert.

1961 wurde in Südafrika nach politischen Unruhen, die zu einem massiven Kapitalabfluß geführt hatten, ein besonderer Wechselkurs – der gesperrte Rand oder „blocked Rand" – eingeführt, über den Gebietsfremde Finanztransaktionen abwickelten. Seit der Einführung des sogenannten Finanzrand 1979 legten laut Horwood ausländische Investoren rund 1,5 [...]liarden Rand (etwa 3,5 Milliar[...] Mark) in Südafrika an. Am Frei[...] war der Finanzrand rund 77,2 [...] Cents wert und der zweite für k[...]merzielle Transaktionen verw[...]dete Kurs lag bei 92,9 Cents.

Finanzexperten glauben, daß [...] Maßnahmen zunächst einige V[...]wirrung stiften. Doch würde [...] Vertrauen ausländischer Anle[...] in Südafrika wachsen, da sie in [...] Lage versetzt würden, Geld frei [...] dem Land abzuziehen.

Horwood bezeichnete die M[...]nahmen als Ausdruck des gro[...] Vertrauens in die Fähigkeit [...] Wirtschaft Südafrikas, mit [...] Währungen der Welt konkurrie[...] zu können. Langfristig würde [...] für Südafrika bedeutende Vort[...] haben. Die Schritte seien ergri[...] worden, nachdem sich die W[...]schaft des Landes trotz [...] schlechten Lage der Weltw[...]schaft stark konsolidiert habe. [...] verwies dabei auf die bessere Z[...]lungsbilanzposition und die hö[...]ren Nettowährungsreserven S[...]afrikas.

Auf die Frage, ob der Intern[...]nale Währungsfonds (IWF) die [...]scheidung beeinflußt habe, s[...] der Minister, „nein, wir haben [...] in eigener Initiative ergriffen".

ITOC / Konkurseröffnung noch fraglich

Riesenpleite im Ölhandel

JAN BRECH, Hamburg

Der bereits am vergangenen *Freitag angemeldete Konkurs* der Itoc Internationale Transporte und Ölhandels GmbH, Hamburg, stellt einen der spektakulärsten Zusammenbrüche im deutschen Mineralölhandel dar. Die mit einem Stammkapital von 5 Mill. DM ausgestattete Gesellschaft, die dem Hamburger Kaufmann Heino Ahrens gehört, hat in den beiden letzten Jahren stürmisch expandiert. Während der Umsatz 1980 rund 650 bis 700 Mill. DM betrug und im Jahr 1981 auf 700 Mill. DM gewachsen war, dürfte die Itoc im vergangenen Jahr den Umsatz im internationalen Mineralölhandel auf 2,4 Mrd. DM verdreifacht haben.

Der Zusammenbruch ist offenbar durch riesige Verluste im Warenlager entstanden. Auslösender Faktor dürfte der Preisverfall auf den internationalen Ölmärkten seit etwa Herbst 1982 gewesen sein. Nachdem die Gesellschaft schon 1981 mit Verlust gearbeitet haben soll, werden die jetzt ungedec[...] Forderungen auf 110 Mill. DM [...]schätzt. Es wird aber nicht au[...]schlossen, daß sie sich noch e[...]hen. Zu den Gläubigern geh[...] mit rund 40 bis 45 Mill. DM in[...]ausländische Banken, der Rest [...] weit mehr als 50 Mill. DM ent[...] auf Mineralölunternehmen. In[...]samt dürften rund 50 Firmen [...]troffen sein.

Ob der Konkurs eröffnet we[...] kann, ist zur Zeit noch offen. [...]der schätzen, daß die erforder[...] Mindestquote nicht erreicht [...] Von der Konkurseröffnung [...]gen in Gläubigerkreisen be[...] diskutierte Pläne ab, eine nach[...]gige Gesellschaft zu gründen[...] die Itoc einschließlich der Ver[...]vorträge übernehmen soll.

Die Itoc gehört zu 100 Pr[...] Heino Ahrens (36 Jahre). Si[...] organisatorisch unter der Hol[...] Heino Ahrens Verwaltungs K[...] gesiedelt. Unter dem Dach d[...] Holding befinden sich weiter[...] bis 16 Schwestergesellschafte[...]

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.), Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

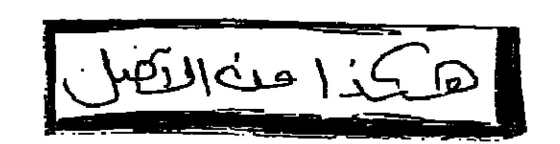
Herstellung: Werner Koziak

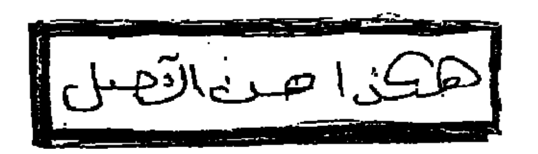
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





INDUSTRIEBANK / Hauchdünne Investitionsbelebung

Die Kunden konsolidieren

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ein erwartungsgemäß minimales Geschäftswachstum hat die Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank, Düsseldorf, in den ersten drei Quartalen von 1982/83 (31. 3.) erzielt. Während die Bilanzsumme noch um 5,5 Prozent auf 13,6 Mrd. DM wuchs, erhöhten sich die Ausleihungen an Kunden nur um 0,6 Prozent auf knapp 9,9 Mrd. DM. Günstig hingegen hat sich bei diesem auf die Investitionsfinanzierung nicht emissionsfähiger Mittelstandsunternehmen spezialisierten Institut (5000 Aktionäre und 6000 Kunden) mit einem gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 123 (111) Mill. DM verbesserten Zinsüberschuß die Ertragslage entwickelt. Die bisherige Dividende von 7 DM scheint gesichert.

Das praktisch stagnierende Kreditgeschäft ist jedoch die Mischung aus einem Rückgang der maximal vierjährigen Kredite auf 0,96 (1,14) Mrd. DM und einem Anstieg der längerfristigen Kredite auf 8,92 (8,67) Mrd. DM. Die Bank begrüßt das als Fortschritt in der dringend erforderlichen Konsolidierung der von den Kunden in den Vorjahren zwecks Zinsspekulation favorisierten Aufnahme kurzfristiger Investitionsgelder.

Den gesamten aus solcher Haltung aufgelaufenen Konsolidierungsbedarf deutscher Unternehmen schätzt die Industriebank noch auf 25 Mrd. DM. Die Rückkehr zu soliden Investitionskreditfristen will sie ihren Kunden nun mit einem „breit gefächerten Konsolidierungsprogramm" erleichtern, dessen Kreditzinsen bei 95 Prozent Auszahlung zwischen 7 und 7¾ Prozent liegen. Mehr als hauchdünne Belebungstendenzen der Investitionskonjunktur sieht die Bank bisher noch nicht.

Gotthard Bank schlug sich gut

cd. Frankfurt

Die mit einer Repräsentanz in Frankfurt vertretene schweizerische Gotthard Bank, Lugano, hat die Auswirkungen der Banco-Ambrosiano-Affaire offenbar gut überstanden und sich, wie Verwaltungsratspräsident Fernando Garzoni sagte, erfolgreich geschlagen.

Die Bank, an der die Luxemburger Ambrosiano-Holding mit 45 Prozent beteiligt ist, hat ihren Reingewinn von 25,5 auf 26,1 Mill. sfr gesteigert, obwohl ein auf 35,3 Mill. sfr vervierfachter Abschreibungs- und Wertberichtigungsbedarf zu verkraften war, von dem der Löwenanteil auf Engagements beim Banco Ambrosiano Holding in Luxemburg und beim Banco Ambrosiano (Overseas) Ltd. in Nassau/Bahamas entfiel. Mit dieser Vorsorge seien, so Garzoni, alle voraussehbaren Risiken vollständig abgedeckt; zudem könne damit gerechnet werden, daß die Forderungen größtenteils wieder eingehen.

Die Ertragsverbesserung, die sich in einem um 77 Prozent von 34,5 auf 61,4 Mill. sfr gestiegenen Bruttogewinn (Reingewinn zuzüglich Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Steuern) niederschlägt, wurde ohne Rückgriff auf stille Reserven erzielt, heißt es im Geschäftsbericht. Über den Verkauf der Ambrosiano-Beteiligung an der Gotthard Bank wird weiter verhandelt. Eine Lösung dieser „Hausaufgabe" in diesem Jahr wird nicht ausgeschlossen.

Marktorientierte Ausschüttung

VWD, Frankfurt

„Konsequent an der Entwicklung der Wertpapiermärkte orientierte sich die diesjährige Ausschüttungspolitik der Deutsche Kapitalanlagegesellschaft mbH (DEKA), Frankfurt. Wie die Fonds-Verwaltung dieser Investmentgesellschaft der Sparkassen hinzufügte, fallen deshalb die Ausschüttungen aufgrund der differenzierten Entwicklung der Kapitalmärkte unterschiedlich hoch aus. Beim internationalen Rentenfonds Dekarent, der insbesondere vom realtiv hohen Zinsniveau in den USA profitierte, wurde die Ausschüttung auf 3,30 (2,70) DM je Anteil angehoben.

Dagegen spiegelt sich bei Renditdeka das bereits deutlich gesunkene deutsche Zinsniveau in der mit 2,50 (2,70) DM festgelegten Ertragsausschüttung wider. Die hohen außerordentlichen Erträge verbleiben bei den beiden Rentenfonds zur Substanzmehrung. Beim Dekafonds führten niedrigere Dividendeneinnahmen zu einer Senkung der Ausschüttung auf 1,40 (1,50) DM. Beim gemischten Aktien-/Rentenfonds Arideka beträgt sie unverändert 2 DM. Die Anteilinhaber erhalten rund 185 (165) Mill. DM an Erträgen. Ertragsausschüttung und Anteilpreisentwicklung ergaben 1982 für alle Sparkassen-Wertpapierfonds zweistellige Wertzuwachsraten.

ROCKWELL INTERNATIONAL / Stärkeres Engagement im Autoteilebau

Achsen für europäische Schwer-Lkw

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Rockwell International Corp., Pittsburgh/Los Angeles (USA), als führendes westliches Unternehmen der Luft- und Raumfahrt und Generalunternehmer des US-Raumfährenprogramms „Columbia" gleichsam „in höheren Sphären schwebend", will sich künftig auch stärker bodenständigen Aktivitäten widmen. Der Konzern hat große Pläne in Europa. Mit einem Investitionsvolumen von 200 Mill. Dollar entsteht im italienischen Cameri nahe Mailand eine Produktionsstätte für schwere Lkw-Achsen.

Ab 1984 soll das Unternehmen, so der European Marketing Manager von Rockwell Commercial Vehicle Componenta (CVC), Harmen Heyn, in einem Gespräch mit der WELT, seine Fertigung aufnehmen und innerhalb von zwei Jahren seine gesamte Produktpalette, Achsen für Lkw von 18 bis 44 t Lastzuggewicht, anbieten können. Die Kapazität des italienischen Werks, des Gemeinschaftsunternehmens Rockwell CVC Omevi Spa, Turin, mit der italienischen Iveco-Gruppe, ist mit seinen 1000 bis 1500 Mitarbeitern auf eine Produktion von etwa 100 000 Achsen ausgelegt.

Iveco, zweitgrößter Nutzfahrzeughersteller in Europa (Fiat/Magirus), wird mit 40 000 bis 60 000 Achsen den Löwenanteil der Fertigung übernehmen. Dabei wird es sich nach den Worten Heyns um ein neues Programm für europäische Nutzfahrzeughersteller und für europäische Straßen- und Verkehrsverhältnisse, mit Abmessungen und strengen Versuchskriterien der europäischen Hersteller handeln. Angesichts der Tatsache, daß die europäischen Lkw-Hersteller selbst ihre Achsen herstellen (Heyn: „Unsere möglichen Kunden sind auch unsere größten Konkurrenten"), glaubt Rockwell, Marktnischen bei kleinen und mittleren Herstellern (10 000 bis 30 000 Fahrzeuge) zu finden. Die vorhandenen Kapazitäten in zwei eigenen britischen Werken reichten dazu nicht aus.

Rockwell hat schließlich seit über 70 Jahren Erfahrung im Lkw-Achsenbau und verfügt über das notwendige Know-how auf diesem Gebiet. Heyn: „Rockwell hat wahrscheinlich mehr Achsen gebaut als jede der anderen unabhängigen Firmen." In den USA fährt die Hälfte der Schwerlastwagen mit Rockwell-Achsen. Und: „Wahrscheinlich gibt es nur wenige Lkw- und Pkw-Marken, in denen nichts von Rockwell steckt, angefangen von Achsen, Bremsen, Gelenkwellen, Kupplungen bis zu Federn, Schiebedächern, Fensterhebern sowie verschiedenen Elektronikteilen." Der wahre Einfluß von Rockwell auf den internationalen Fahrzeugbau ist durch zahlreiche Tochtergesellschaften weitaus größer als der Umsatz der Fahrzeug-Aktivitäten des Konzerns erkennen läßt.

Vom Europa-Umsatz der etwa 3000 Beschäftigten von 466 (519) Mill. Dollar stammt mehr als die Hälfte aus dem Kfz-Bereich. In der Bundesrepublik gehören zum US-Konzern die Rockwell Golde GmbH, Frankfurt (u. a. Pkw-Fensterheber), die Rockwell Collins GmbH (Radar- und Fluginstrumente), die Rockwell-Rimoldi GmbH, Reutlingen (Industrienähmaschinen), sowie ein Lkw-Bremsenwerk in Alzenau/Unterfranken.

Weltweit, besonders aber in Europa, sollen die Kfz-Aktivitäten ausgebaut werden, nicht zuletzt um von den US-Regierungsaufträgen, namentlich im Luft-, Raumfahrt- und Elektronikbereich, das sind 3,8 Mrd. Dollar, unabhängiger zu sein. Insgesamt erwirtschaftete der Rockwell-Konzern 1981/83 (30. 9.) mit 100 000 Beschäftigten in 15 Ländern der Erde einen Umsatz von 7,4 Mrd. Dollar (17,5 Mrd. DM) und einen Reingewinn von 332 (319) Mill. Dollar. Vom Umsatz entfielen auf den Bereich Luft- und Raumfahrt 2,81 (2,28) Mrd. Dollar, auf Elektronik 2,03 (1,79) Mrd. Dollar und 1,36 (1,54) Mrd. Dollar auf den Kraftfahrtsektor (20 000 Menschen). Im Bereich allgemeine Industrie (Energie, Druck, Textil) wurden 1,2 (1,4) Mrd. Dollar umgesetzt. Die eigentliche Expansion des Konzerns begann nach dem Zweiten Weltkrieg, bis 1974 durch Zukauf von Unternehmen, seither aber aus eigener Kraft.

NAMEN

Hans-Georg Stühff, Vorstandssprecher der Nord-Deutsche-Versicherungs-AG, Hamburg, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Hartwig-Ulrich von Roth (47), Mitglied der Geschäftsleitung der Pfanni-Werke Otto Eckart KG, München, zuständig für kaufmännische Verwaltung/Finanzen/Controlling, scheidet wegen „unvereinbarer Auffassungen in Fragen der Führungsorganisation" Ende März 1983 aus dem Unternehmen aus.

Dietrich Fuhrmann ist in die Geschäftsführung der Dragoco GmbH, Holzminden, eingetreten und zeichnet dort für die Bereiche Parfümerie und Kosmetik sowie Geschmackstoffe verantwortlich.

Erich Benteler, der als Mitinhaber der Benteler-Gruppe vier Jahrzehnte zunächst Vorsitzender im Vorstand und dann im Aufsichtsrat der Benteler-Werke AG, Bielefeld war, wird am 9. Februar 70 Jahre alt.

NASPA / „Sehr zufriedenstellendes" Geschäftsjahr

Einlagenstruktur verbessert

INGE ADHAM, Frankfurt

Als „sehr zufriedenstellend" bezeichnete Walter Herms, Vorstandsvorsitzender der Nassauischen Sparkasse (Naspa), Wiesbaden, das Geschäftsjahr 1982 in einem ersten Überblick: Das mit 9,3 Mrd. DM (plus 1,2 Prozent) Bilanzsumme zu den größten deutschen Sparkassen zählende Institut kann danach für 1982 einen Jahresüberschuß von 20 Mill. DM ausweisen (1981 wurde ein ausgeglichenes Ergebnis gezeigt), der voll in die Sicherheitsrücklage fließen soll, die dann 270 Mill. DM ausmachen würde. „Das schafft uns genügend Spielraum, auch erhöhte Kreditnachfragen im Zuge einer hoffentlich bald einsetzenden Konjunkturbelebung bedienen zu können", meinte Herms.

Eine kräftige Nachfragebelebung registriert die Naspa in den letzten Monaten bei Wohnungsbaudarlehen, von denen im vergangenen Jahr 3300 (2700) im Volumen von 374 (265) Mill. DM zugesagt wurden. Insgesamt erreichte das Kreditgeschäft knapp das Vorjahresvolumen, während die gesamten Kundeneinlagen um 7,2 Prozent auf 6,3 (5,8) Mrd. DM stiegen.

Die Umstrukturierung des Einlagengeschäfts (das Interesse an Termineinlagen schwand mit der „Normalisierung" der Zinsstruktur) wirkte sich nach Herms' Angaben „recht erfreulich" auf die Ertragslage aus. Das ordentliche Ergebnis wird fast 15 Prozent über dem Vorjahresergebnis liegen. In der außerordentlichen Rechnung blieb trotz ausreichender Risikovorsorge für mögliche Probleme bei der mittelständischen Kundschaft und 20,4 Mill. DM Zahlung à conto Helaba-Sanierung der Aufwand unter dem Vorjahresstand.

FELDMÜHLE

Ergebnis hat sich verbessert

J. G. Düsseldorf

Trotz der im zweiten Halbjahr schlechten Konjunktur auf den meisten seiner Märkte hat sich der von der Feldmühle AG, Düsseldorf (Flick-Gruppe), geführte größte europäische Papierkonzern 1982 gut gehalten. Der Inlandskonzern erzielte leichte Steigerungen seines Umsatzes auf 2,4 (2,37) Mrd. DM mit gut 34 (30) Prozent Exportanteil und seiner Produktion auf 1 (0,97) Mill. t Papier, Karton und Zellstoff. Das Ergebnis habe sich gegenüber dem Vorjahr (7,7 Mill. DM Jahresüberschuß) dank der bis 1980 vorgenommenen Großinvestitionen und der konsequenten Beseitigung von Schwachstellen „deutlich verbessert", sei allerdings hinter dem gesteckten Ziel zurückgeblieben. Wegen der stagnierenden und zum Teil schrumpfenden Inlandsnachfrage und der in Westeuropa fortbestehenden Überkapazitäten mußte die Feldmühle 1982 vor allem bei gestrichenen Druckpapieren und Karton Produktionseinschränkungen (zum Teil mit Kurzarbeit) vornehmen. Die Preise für fast alle Sparten der Produktpalette gerieten 1982 „zunehmend unter Druck". Andererseits sei aber der in den Vorjahren rasante Preisauftrieb auf den Beschaffungsmärkten der deutschen Papierindustrie 1982 wenigstens „weitgehend zum Stillstand gekommen". Keine wesentliche Stütze ihres Geschäfts durch die Gesamtkonjunktur erwartet die Feldmühle für 1983, mithin auch keine Rückkehr zur vollen Kapazitätsauslastung. „Zuversicht" habe man gleichwohl wegen der eigenen Rationalisierungsfortschritte. Die Auslandsbeteiligungen des Konzerns hatten 1982 eine um 5 Prozent auf 1 Mill. t gesunkene Gesamtproduktion.

ED. DYCKERHOFF

Marktanteil noch weiter erhöht

D. SCHMIDT, Neustadt

Zuversichtlich beurteilt die Eduard Dyckerhoff, Neustadt, die Geschäftsaussichten im laufenden Jahr. Das Unternehmen, das sich mit der Herstellung von Hartschaum-Dämmplatten aus Polystyrol befaßt, geht davon aus, daß die unter dem Markenzeichen „Styriso" angebotenen Produkte ihren ohnehin „guten Marktanteil" weiter erhöhen werden. Die hochwärmedämmenden Platten werden seit 1960 in Neustadt-Poggenhagen produziert und sind unter der Bezeichnung Styropor in der Öffentlichkeit bekannt.

Das Unternehmen erzielte 1982 einen Umsatz von 26 Mill. DM und beschäftigt 150 Mitarbeiter. In Hamburg, Bremen, Witten, Düsseldorf und Mainz werden Auslieferungsläger unterhalten. Das Stammkapital beträgt 2,3 Mill. DM und liegt in den Händen der Enkel des Firmengründers Eduard Dyckerhoff.

Entstanden war die Firma als „Torfverwertung Poggenmoor". Die damalige „Torfmühle" blieb lange Jahre die Grundlage des Geschäfts. Heute gehören neben den Dämmstoffplatten Formteile und Zuschnitte aus Styropor, die in der Industrie zur Verpackung von Fernseh- und Haushaltsgeräten dienen, zum Produktionsprogramm. Ausgangsstoff ist das von der BASF in Ludwigshafen entwickelte Material.

Nach Angaben des Unternehmens wurden kürzlich 75 Prozent des Stammkapitals der Thermo Massiv GmbH in Lübeck übernommen, einer Vertriebsgesellschaft für Selbstbausätze auf Basis von Hartschaumelementen. Damit soll das bisherige Programm ergänzt werden. Zu den Kunden gehören der Fachhandel und spezielle Dämmstoffverarbeiter.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Polyvent Lufttechnische Geräte GmbH & Co. KG; **Eltville:** T. R. Schaefer u. Co. Wäschefabrik; **Frankfurt/M:** Walter Blaha KG; Bautra Baubetreuungs- u. Verwaltungs GmbH; **Gelsenkirchen:** BHV-Baugeräte-Handels- u. Vermietungs-GmbH; **Hamburg:** KG Velle System Ges. f. Schiffsausrüstungen mbH & Co.; **Heidelberg:** Hans-Otto Gebauer, Inh. d. Autoverleih u. Vermietung Carl Seppich; **Heidenheim/Brenz:** Wuko-Filter-Entstaubungsanlagen GmbH, Herbrechtingen; **Karlsruhe:** Montagen u. Stahlbau Schmitt GmbH u. Co.; **Lübeck:** Nachl. d. Irene Gisela Pusch, Travemünde; **Recklinghausen:** Ingeborg Deobalt, Kauffrau, Alleininh. d. Wilhelm Weißenfeld; **Schwäbisch Gmünd:** Josef Bernhard GmbH & Co. KG; **Schweinfurt:** Nachl. d. Elly Wuppermann geb. Bouchstei, Bad Kissingen; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Schlager Textilwerk GmbH & Co. KG i. L.; **Traunstein:** „H 17" Restaurant GmbH; **Völklingen:** Transportunternehmer Alfred Müller, Inh. d. Alfred Müller, Großrosseln-Emmersweiler; **Wittlich:** Hilde Christ Burgbausen, Inh. d. Reifen-Obrist.

Vergleich eröffnet: Dannenberg/Elbe: Büro Center GmbH.

Vergleich beantragt: Hagen: Hans-Walter Birk, Bicar.

Aktienmarkt wurde wieder unsicher

Fehlende Anschlußaufträge ließen die Kurse abbröckeln

DW. – Die Hoffnungen, die der Berufshandel in die neue Börsenwoche gesetzt hatte, erfüllten sich an der Montag-Börse nicht. Nachdem die Kulisse in der Erwartung hereinkommender Kundenaufträge vorbörslich noch etwas gekauft hatte, eröffneten die Märkte tatsächlich weithin etwas freundlicher als am Freitag. Die Orders der privaten Anleger reichten jedoch nicht aus, dieses Kursniveau die Börsenzeit über durchzuhalten. Als deutlich wurde, daß Anschlußaufträge ausblieben, bröckelten die Notierungen daher bei mittelgroßen Umsätzen wieder leicht ab und schwankten dann.

Die von den Ausländern in den letzten Tagen bevorzugte Siemens-Aktie setzte noch mit etwa 2 DM Kursgewinn ein, gab im Verlauf bis auf Freitag-Niveau nach, ein Zeichen dafür, daß größere Auslandskaufaufträge am Montag nicht vorlagen. Die ebenfalls abbröckelnden Farbennachfolger konnten aber bei einer später einsetzenden Stabilisierung noch leicht über Freitag-Niveau schließen. Autopapiere lagen teils gut, teils knapp gehalten. Knapp *behauptet war die Tendenz bei den* Stromversorgern. Im Großbankenbereich lagen die Notierungen etwas leichter. Kleinere Plus- und Minuskorrekturen gab es ferner bei den Montanen. Etwas freundlicher (bis 1,50 DM) Mannesmann. Maschinenbauwerte zeigten überwiegend kleine Verluste, ebenso Warenhäuser. Bremer Vulkan wurden nach der Kapitalzusammenlegung drei zu zwei und der Wiederaufstockung zwei zu eins unter der rechnerischen Parität von gut 39 DM mit 36,50 DM bis 34 DM (26,10 DM) gehandelt.

Düsseldorf: Bilfinger verminderten sich um 5 DM auf 263 DM. Gildemeister gaben um 1 DM auf 49 DM nach und Stinnes fielen um 5 DM auf 475 DM. Küppersbusch erhöhten sich um 1,80 DM auf 153,80 DM. Pongs und Zahn verbesserten sich um 3 DM auf 79 DM und Allianz Leben zogen um 15 DM auf 1820 DM an.

Frankfurt: *Von Spezialaktien* blieben Deutsche-Bank-Restquoten bei doppelter Plusankündigung 6,10 DM (plus 0,65 DM), Anglo American mit Stempel bei doppelter Minusankündigung 46 DM minus 10,80 DM, was auf die Beseitigung der Trennung von Finanz- und Handels-Rand *zurückzuführen* ist. Steigenberger blieben 1050 DM minus 20 DM, Dyckerhoff-Stämme 171 DM minus 8 DM, Grünzweig und Hartmann 170 DM minus 8 DM und Cassella 288 DM plus 13 DM.

Hamburg: HEW wurden mit 110,50 DM plus 0,50 DM gehandelt. NWK Vz. wurden mit 157,50 DM minus 1 DM notiert. Hapag verbesserten sich auf 43 DM plus 1,10 DM. Triton um 2 DM. Conti Gummi gaben um 0,30 DM und Phoenix Gummi um 1 DM nach. Bavaria-Brauerei tendierten mit 197 DM minus 2,50 DM schwächer.

München: Dywidag verminderten sich um 5 DM auf 149 DM. Grünzweig *erhöhten sich um 5 DM auf* 170 DM, Hutschenreuther zogen um 5 DM auf 222 DM an und Zahnräder Renk schlossen ebenfalls mit einem Plus von 5 DM auf 250 DM.

Berlin: Schering, DeTeWe und Adca lagen um je 1 DM freundlicher. Siemens konnten sich um 2 DM, Herlitz Stämme um 2,50 DM. Berliner Kindl und DUB-Schultheiss um je 3 DM verbessern.

Nachbörse: lustlos

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Ausländische DM-Anleihen

Düsseldorf

Junge Aktien

7. 2. 83: BMW 227; Bavaria 188G; GHH 150B; GHH Vz. 150; Jute-Spinnerei 135T; Philips Komm. 243C; VEW 117. Freiverkehr: Reag 400B. Bezüge: Bremer Vulkan 0,01 bG.

WELT-Aktienindex vom 7. 2.: 111,5 (111,5); WELT-Umsatzindex vom 7. 2.: 3691 (2356).

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 7. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 –9⅛	5¾–6	2⅞–3⅛
3 Monate	9¼–9½	5¾–6	3 –3¼
6 Monate	9⅜–9⅞	5¾–6	3½–3¾
12 Monate	9⅞–10⅛	5⅞–6⅛	3¾–4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 2.: *Tagesgeld 6,0 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,60 Prozent;* Dreimonatsgeld 5,85–6,00 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G bis 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G–4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 7. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 7. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,50 Verkauf 25,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 7. Februar folgende Goldmunzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1410,00	1711,95
10 US-Dollar (Indian)**)	998,00	1263,34
5 US-Dollar (Liberty)	418,00	568,39
1 £ Sovereign alt	279,00	337,87
1 £ Sovereign Elizabeth II	276,00	334,46
20 belgische Franken	211,00	273,33
10 Rubel Tscherwonez	297,00	363,86
2 südafrikanische Rand	278,00	336,74
Krüger Rand, neu	1235,00	1440,75
Maple Leaf	1235,00	1440,75
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	284,00	354,82
20 schweiz. Franken „Vreneli"	236,00	294,93
20 franz. Franken „Napoléon"	236,00	294,93
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1145,00	1361,65
20 österr. Kronen (Neuprägung)	231,00	283,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	121,00	158,68
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	532,00	640,71
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	126,00	164,98

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Zu Beginn der Woche lag der Dollarkurs zunächst bei mäßigem Geschäft knapp behauptet zwischen 2,4750 und 2,4800. Etwas lebhafter gestaltete sich der Nachmittags-Handel. Nach einer amtlichen Notierung von 2,4780, wobei die Deutsche Bundesbank 3,2 Mill. Dollar an den Markt abgab, fiel der Kurs sehr schnell auf 2,4680 zurück. Vielleicht spielt hier das neueste Umfrageergebnis, das den Christdemokraten zur Zeit eine absolute Mehrheit zubilligt, eine gewisse Rolle. Das könnte auch für die Relation Schweizer Franken gegen D-Mark zutreffen, die sich gegenüber Freitag um 66 Pf auf 121,36 veränderte. Nachbörslich gab der Kurs sogar auf 121,20 nach. Auch gab es hier Gerüchte, daß es zu D-Mark-Stützungskäufen seitens der Schweizer Nationalbank gekommen sei. Nur wenig verändert lagen die meisten anderen amtlich notierten Währungen. US-Dollar in: Amsterdam 2,7215; Brüssel 48,47, Paris 7,0225; Mailand 1423,70; Wien 17,4010; Zürich 2,0419. Pfd./Dollar 1,5302.

Devisenterminmarkt

Lediglich Pfund-Deports gegen Dollar und DM wiesen am 7. 2. kleine Veränderungen auf. Die Abschläge für Dollar gegen DM lagen unverändert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,67/0,57	2,26/2,16	4,75/4,55
Pfund/Dollar	0,24/0,21	0,85/0,60	0,91/0,86
Pfund/DM	2,20/0,80	5,70/4,30	10,20/8,80
FF/DM	60/24	137/122	244/228

Bundesschatzbriefe *(Zinslauf* vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,37, 2 Jahre 6,12.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,00, Rendite 7,25.

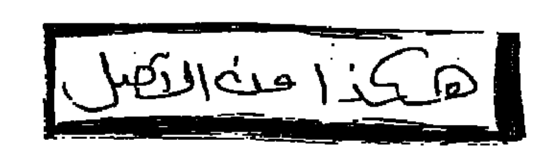
Devisen und Sorten

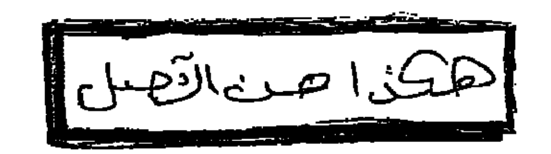
7. 2. 83	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Wechs. Ankfs.-Kurse⁴)	Frankfurt Sorten*) Ankauf	Frankfurt Sorten*) Verkauf
New York³)	2,4740	2,4820	2,4550	2,43	2,52
London¹)	3,760	3,774	3,717	3,70	3,85
Dublin¹)	3,320	3,334	3,240	3,25	3,40
Montreal³)	2,0145	2,0225	1,9965	1,98	2,07
Amsterd.	90,940	91,160	91,050	90,00	92,00
Zürich	121,280	121,460	121,38	120,00	123,00
Brüssel	5,102	5,122	5,013	4,80	5,05
Paris	35,195	35,355	33,965	34,25	36,25
Kopenh.	28,405	28,525	27,765	27,75	29,25
Oslo	34,390	34,510	33,790	33,50	35,25
Stockh.**)	32,920	33,080	32,540	32,00	33,75
Mailand²) **)	1,735	1,745	1,670	1,71	1,80
Wien	14,221	14,261	14,227	14,14	14,38
Madrid**)	1,882	1,892	1,812	1,76	1,90
Lissabon**)	2,630	2,650	2,360	1,95	2,85
Tokio	1,0300	1,0330	—	0,99	1,05
Helsinki	45,380	45,580	44,660	44,75	46,80
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,933	2,987	—	2,15	3,15
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,3860	2,4050	—	2,32	2,45
Johannesbg.*)	2,2980	2,3170	—	1,90	2,15

Alles in Hundert. ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. *) nicht amtlich notiert **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 7. 2.: 452 Optionen, 25 200 (23 100) Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 6-3,90, 2-2, Agiv 6-25, BASF 6-9,50, 2-5, Bayer 6-9,85, 2-5, BMW 2-10, Bewag 6-6,60, Conti 6-6,30, 2-4,50, Deutsche Babcock 6-15,40, Deutsche Babcock Vorzüge 2-10, Hoechst 6-8,40, 3-5,80, 2-4,90, Hoesch 6-5, 3-3,40, 2-2,50, Kali + Salz 3-8,60, Kaufhof 6-17, Klöckner 6-6,80, 3-4,40, 2-3,50, Lufthansa 6-7,60, Lufthansa Vorzüge 3-6,50, Mannesmann 6-13, 2-6,40, MAN 6-17, Mercedes 2-13, RWE 6-16, 3-10, Rütgers 2-15, Siemens 3-16, 2-11,60, Thyssen 6-8, 3-5,60, Veba 6-10,60, 3-8,10, VEW 3-7, VW 6-14, 3-10, 2-6, BHF-Bank 3-16, Commerzbank 6-13, 3-8, 2-7, Deutsche Bank 2-11,50, Dresdner Bank 6-13, 2-7,70, Akzo 6-7,50, Chrysler 6-5,20, General Motors 6-15,30, IBM 6-19, Sperry Rand 6-10, Xerox 6-9,80, Philips 6-3, 2-1,90, Royal Dutch 6-4,50, Norsk Hydro 6-10, 2-5,80. **Verkaufsoptionen:** AEG 3-2, 6-2,90, BBC 2-8, Conti 2-3, 3-3,80, 6-4,90, Daimler 2-11,50, Deutsche Babcock 3-8, Hoesch 2-1,80, 3-2, 6-3, Klöckner 2-2,30, 6-4, Lufthansa 6-5,40, Lufthansa Vorzüge 3-4,50, MAN 6-6,50, RWE 2-4, Preussag 6-8,80, Siemens 2-7,40, 6-8,90, Veba 2-3,30, VEW 2-3, VW 6-6, 3-5,50, 6-6,90, BHF-Bank 3-5,70, Commerzbank 6-5,40, Deutsche Bank 2-8, Dresdner Bank 2-3,40, 6-5,20, Akzo 6-4,40, Chrysler 2-2,70, 6-4,50, General Motors 6-10, IBM 3-11, 6-17, Sperry Rand 2-4,15, Xerox 6-4,90, Royal Dutch 2-3,60, Elf Aquitaine 2-2,80, Norsk Hydro 2-3,60, 6-5.





…desanleihen

Anleihemarkt knapp behauptet

Ungewöhnlich ruhig lag an der Montag-Börse der Rentenmarkt. Bei vergleichsweise minimalen Umsätzen bröckelten die Notierungen öffentlicher Anleihen um 0,1 bis 0,15, in der Spitze vereinzelt um 0,2 Prozentpunkte ab. DM-Auslandsanleihen wurden nur wenig beachtet. Ihre Kurse konnten sich etwa halten. Einen Hauch lebhafter war das Geschäft teilweise am Pfandbriefmarkt, der knapp behauptet tendierte.

Sonderinstitute

	7.2.	4.2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	92	92
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5
7 dgl. KO 58	110	110
7½ D. GiroKO 101	101,10	101,1G
10 dgl. KO 125	104,20G	104,25G
9 dgl. KO 179	105,4G	105,4G
9¾ dgl. KO 180	107,7G	107,75
9½ dgl. KO 181	108,1G	108,1G
9 dgl. IS/K	101,25	101,25
6 D.Hyp.Brem.Pf118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	97,15	97,6T
6½ dgl. KO 125	94,45G	94,45G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
8¾ dgl. Pf 174	101,85	102,15
8½ dgl. Pf 175	102,3	102,65
9½ dgl. Pf 178	104,25	104,75
6 dgl. KO 39	82	82
7¾ dgl. KO 170	97	97,5
9 dgl. KO 188	105,35	105,65
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	98	98
7 dgl. KO 25	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	95	95
6½ dgl. Pf 34	87	87

		7.2.	4.2.
6 dgl. 64 II	84	99,9G	99,9
7½ dgl. 72	87	99,25G	99,25G
8½ dgl. 73	85	105	105
7 Essen 72	85	100,5	100,5
7½ Köln 71	83	100	100
6 München 63	83	99,9G	99,9G
6 dgl. 64	84	99,75G	99,75G
6 Stuttgart 65	83	100G	100G
7½ dgl. 71	86	101,5bG	101,5bG
7¾ dgl. 72	87	101,25bG	101,25bG

Bundesbahn

Warenpreise – Termine

…der New Yorker Comex schwächten sich die …erungen für Kassagold und Kassasilber ab. Kup… konnte sich leicht festigen, Kakao zog ebenfalls … Bei Kaffee legten die vorderen Sichten zu, während die hinteren nachgaben.

…ide und Getreideprodukte

Chicago (c/bush)	4. 2.	3. 2.
	344,50	346,75
	352,50	354,25
	357,70	358,50
Winnipeg (can. $/t)	4. 2.	3. 2.
…ce 1 CW	234,31	236,96
…orum	214,51	216,68

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	4. 2.	3. 2.
Terminkontr. März	124,80	122,25
Mai	121,15	121,00
Juli	119,50	119,00
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	1903	1826
Mai	1926	1855

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Industrieanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

Klassische Filmkomödie mit Spencer Tracy

Irischer Dickschädel

Der Vater hielt überhaupt nichts von den schauspielerischen Ambitionen seines Sohnes. Er hätte ihn viel lieber als Nachfolger in seinem Lastwagenunternehmen gesehen. Aber Spencer Tracy widerstand der Versuchung, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten und blieb bei der Kunst, die für ihn in den ersten Jahren ganz und gar brotlos war. Angefangen hatte der am 5. April 1900 geborene Tracy nach der Rückkehr aus dem Krieg mit einem Medizinstudium. Durch die Mitwirkung an einer Amateurbühne fand er jedoch Gefallen am Theater und besuchte anstelle der Hörsäle ab sofort die New Yorker „American Academy of Dramatic Art“. Dort schaffte er zwar den Abschluß, aber kein Theaterdirektor wollte den jungen Mann mit den roten Haaren, dem kantigen Gesicht und den großen Ohren engagieren.

Schließlich erhielt er seine erste Rolle – den stummen Part eines Roboters, der eine Maske trug. Später bekam er zwar mehr zu reden, aber die Stücke wurden alle nach ein paar Tagen abgesetzt. 1930 stellte sich endlich der langersehnte Erfolg ein: mit der Rolle eines Mörders in „Die letzte Meile“ machte er nicht nur die Kritiker, sondern auch den Filmregisseur John Ford auf sich aufmerksam.

Vater der Braut – ZDF, 19.30 Uhr

Es dauerte jedoch nochmals drei Jahre, in denen er ein paar Dutzend unwesentliche Rollen spielte, ehe er in dem Film „Die Macht und *die Herrlichkeit*“ die Direktoren von seinem Talent überzeugen konnte. Aber dann kam der Erfolg gleich knüppeldick: In zwei aufeinanderfolgenden Jahren, 1937/38, konnte er den „Oscar“ mit nach Hause nehmen.

1942 spielte er erstmals mit Katharine Hepburn zusammen. Als sie hörte, daß Tracy in „Die Frau, von der man spricht“ ihr Partner sein würde, meinte sie: „Bin ich nicht ein wenig zu groß für ihn?“ – „Keine Sorge“, knurrte Produzent Joseph Mankiewicz, „er wird Sie schon zurechtstutzen.“

Trotz anfänglicher Animositäten wurden sie als Leinwandpaar so erfolgreich, daß sie in acht weiteren Filmen zusammen auftraten. Ihre Beziehung blieb nicht aufs *Berufliche beschränkt; auch privat* waren sie 25 Jahre lang sehr gute Freunde, was den Sensationsblättern beständig neuen Stoff für Klatschgeschichten lieferte, denn



Spencer Tracy (1900–1967) FOTO: DIE WELT

Tracy blieb zeit seines Lebens – auf Drängen Katharine Hepburns – mit seiner ersten Frau verheiratet, mit der er einen behinderten Sohn hatte.

Den „Vater der Braut“ sollte eigentlich der Komiker Jack Benny spielen. Vicente Minelli hatte auf Wunsch des Produzenten Testaufnahmen mit dem Schauspieler gemacht, war aber nicht zufrieden mit ihm, da er für diese Rolle keinen ausgesprochenen Komiker haben wollte. Er dachte an Spencer Tracy, der jedoch war an dem Film nicht interessiert – oder zumindest schien es so. Minelli wandte sich an Katharine Hepburn, die die beiden Männer einlud. Während des Essens versicherte Minelli dem Schauspieler: „Mit Ihnen könnte ‚Vater der Braut‘ eine klassische Filmkomödie werden. Ohne Sie ist er nichts.“

Als Tracy das hörte, zögerte er nicht länger. Jetzt erfuhr Minelli auch den Grund seiner anfänglichen Ablehnung: Er hatte gehört, daß mit Benny bereits Probeaufnahmen gemacht worden waren. Und da hatte sein irischer Dickschädel auf stur geschaltet.

In seinem letzten Film, „Rate mal, wer zum Essen kommt“, spielte er noch einmal mit der Hepburn zusammen. Wegen seiner Krankheit, akute Herzbeschwerden, hatte er sehr daran gezweifelt, daß er den Film noch zu Ende bringen konnte. Nach der letzten Einstellung fiel er der Hepburn freudestrahlend um den Hals und rief: „Ich habe es geschafft.“ Ein paar Wochen später, am 10. Juni, ist er im Alter von 67 Jahren gestorben.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Am Ende trugen alle Schlips

Einen Krimi aus Berlin, selbst wenn er aus der Tatort-Reihe stammt, schaltet der Krimifreund nur mit Furcht und Zittern ein. Nur zu oft hat der SFB in den vergangenen Jahren Sozialschnulzen oder Dokumentarfilme uns als Kriminalfilme unterschieben wollen. Und man war gleich mißtrauisch, als bei dem von Joachim Nottek und Karlheinz Knuth geschriebenen Film **„Fluppys Masche“** der Kommissar Walther (Volker Brandt) und sein Assistent Hassert (Ulrich Faulhaber) den Tatort in Gammel- und Ganovenlook betraten.

Der Schrecken war unberechtigt. Der aus der „DDR“ kommende Regisseur Wolfgang Luderer hat aus dem guten Buch einen ganz ausgezeichneten Film gemacht, mit straffer Führung der Schauspieler, spannend bis zur letzten Minute. Die Geschichte um den ermordeten Juwelier war glaubhaft bis auf ein einziges Detail: Auch eine 80jährige Dame wird heute nicht für ein halbes Jahr nach Amerika fahren und dabei den 300 000 Mark teuren Familienschmuck zu Hause in der Schublade lassen – sie wird ihn vorher ins Banksafe bringen.

Berlinerisch war an dem Film vielleicht, daß vier unvollkommene Kriminale zusammen mit Kommissar Zufall ein vollkommenes Kollektiv bildeten, das den Mörder entlarvte. Übrigens trugen in den letzten 20 Minuten des Filmes alle viere einen Schlips. Auch Walther und Hassert. Sozusagen als Ersatz für den fehlenden Superkommissar ...

ANTON MADLER

Gute „Blaue“ aus Deutschland

Die libanesische Hauptstadt ist nicht nur für die Männer des Deutschen Technischen Hilfswerks ein heikles Feld gewesen. Fernsehteams haben es oft schwer, die politisch komplizierte Situation zu durchschauen und in ihrer Berichterstattung fair zu bleiben. Gerd Helbig ist das gelungen, indem er seine Reportage **„Wasser für Beirut“** (ZDF) über die deutsche Hilfe in Libanon eben auf diese Hilfe konzentrierte.

Das brachte schon Probleme genug. Deutsche Logik und Logistik sind im Orient – dazu gehört Libanon trotz seiner starken und zahlreichen prowestlichen Elemente – nicht einfach anzuwenden. „Irgendwie läuft es“ ist eine Erfahrung, die die deutschen Helfer mit nach Hause nahmen, und die sicher genauso zur Völkerverständlichkeit und -verständigung beiträgt wie der Eindruck bei den Libanesen von den lauteren und zupackenden Männern aus Bayern.

All das hat die Reportage auf angenehme Weise und ohne oberflächlich zu wirken, im Bild eingefangen. In dieses Bild paßten keine politischen Pfeiler. Die Szenen der Alten vor ihren ausgebrannten Fensterhöhlen an der ehemals heftig umkämpften Demarkationslinie im Zentrum der Stadt oder der Kinder, die lachend und neugierig um „die Blauen aus Deutschland“ standen, zeigten deutlich genug, was Libanon heute braucht: praktische Hilfe befreundeter Länder. Die Reportage selbst war ein Stück solcher Hilfe.

JÜRGEN LIMINSKI



Die Schlacht um die Gunst der amerikanischen Fernsehzuschauer hat am vergangenen Wochenende die Fernsehgesellschaft ABC mit der bislang **teuersten und komplexesten Kurzserie** begonnen. Mit der Verfilmung von Herman Wouks Bestseller **„The Winds of War“**, der Geschichte der Familie eines Marineoffiziers im Zweiten Weltkrieg, hofft ABC den Konkurrenzserien von CBS wie „Dallas“ und „The Dukes of Hazzard“ Zuschauer abjagen zu können. Ein Garant für den Erfolg der 40 Millionen Dollar teuren Serie soll Hauptdarsteller Robert Mitchum (65) sein, der die Rolle des Kapitän Victor Henry spielt. ABC-Manager Larry Hyams sagte, die Chance auf einen Publikumsanteil von 45 bis 50 Prozent sei mit der Serie gegeben.

Die Produktion ist das Ergebnis fünfjähriger Arbeit. Mehr als 14 Monate wurde an 400 Orten in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien, Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien gedreht. Auch wenn sich bis zum Ablauf der Serie am Sonntag übernächster Woche nicht die erhofften Zuschauerzahlen einstellen, steht zumindest primär kein finanzieller Verlust an. Alle Werbezeiten wurden von ABC verkauft. In das Projekt haben ABC 32 Millionen Dollar und Paramount acht Millionen Dollar investiert.







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Den Gürtel enger schnallen
11.55 Umschau
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Eine Woche voller Samstage
Herr Taschenbier ist ein ängstlicher Mensch. Er fürchtet sich vor Frau Rotkohl, seiner Zimmerwirtin, vor seinem Chef und überhaupt vor allen Leuten, die schimpfen und befehlen – bis ihm eines Samstags ein Sams über den Weg läuft.

17.05 Sport aktuell
Ski-Weltcup
Slalom der Herren

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
Anschließend:
Parteien zur Wahl

20.15 Mit Schraubstock und Geige

21.00 Report
2,5 Millionen ohne Arbeit – Eine Analyse / Die Arbeitslosen vor der Wahl – Eine Report-Umfrage / Die Gewalt nimmt zu – Was tun? Zankapfel Innere Sicherheit / Der Fall Barbie – Nach 40 Jahren Schuld und Sühne

21.45 Dallas

22.30 Tagesthemen

23.00 Das Kino im Kopf
Gespräch zwischen Georges Simenon und Claude Chabrol.
Aus Anlaß des 80. Geburtstages von Georges Simenon sendet der HR ein Gespräch, das der Schriftsteller Georges Simenon und der Regisseur Claude Chabrol miteinander führten. Es geht darin um Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Werk der beiden – Chabrol hat unlängst einen Simenon-Roman verfilmt –, um die Eigengesetzlichkeit künstlerischer Produktion, die sie beide als Handwerk begreifen, und um das, was man das eigentümlich „Filmische“ der Simenon-Romane bezeichnet.

24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Ein Winterbrauch aus Tirol
Anschl.: heute-Schlagzeilen

16.35 Die Vogelscheuche
Der Krähenmann

17.00 heute

17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Peter Schilling

17.50 Das kann ja heiter werden
Verrückte Sachen mit Peer Augustinski
Das Goldene Euter
Anschl.: heute-Schlagzeilen

18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny

19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl

19.30 Vater der Braut
Amerik. Spielfilm, 1950
Mit Spencer Tracy, Elizabeth Taylor u. a.
Regie: Vincente Minelli
Die Banks sind eine sehr glückliche Familie. Bis die 22jährige Kay, Liebling des Vaters Stanley, eines Abends erklärt, sie wolle bald heiraten. Für den Vater ist das ein Schock, weil er sich überhaupt noch nicht mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, daß seine liebe Kay sich ja längst im „heiratsfähigen“ Alter befindet.

21.00 heute-journal
Anschließend:
Parteien zu Wahl

21.20 Wahl '83
ZDF-Hearing
Innenpolitik – Sozialpolitik – Wirtschaftspolitik
Leitung: Volker v. Hagen

23.30 Songs und Lieder mit Georges Moustaki

24.00 heute

WELT Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603



Bob Lockwood als Liza Minnelli in der Sendung „Das kann ja heiter werden“ um 17.50 Uhr im ZDF FOTO: URSULA ROHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Geometrie (6)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Länder – Menschen – Aben
Urus und Huascaran
Eine Bergbesteigung in Anden
21.00 Filmbüro
21.45 Landesspiegel
Kultur im Gespräch
22.15 Thema des Monats
Anschließend:
Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Beim Stamm der Ingessana
Ein Filmbericht über eine nach Ost-Sudan
19.15 Science Report (6)
19.30 Landwirtschaft heute
Neue Wege in der Agrarpolitik
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
21.00 Nahaufnahme:
Die Liebe zum Meister
Museumsführer in Goeth sem
21.45 Mit Paragraphen leben (2)
22.30 Frenzy
00.20 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Doctor Snuggles (2)
18.55 Die Abenteuer der Maus a Mars (2)
19.00 Herrchen gesucht
19.30 Alltagssorgen im Gespräch
20.00 Tagesschau
20.15 Das Leben ist wunderbar
Ital.-sowjet. Fernsehfilm
21.50 Drei aktuell
22.05 Hochschulreport
22.50 Zeitgeschichte im Fernseh
Frank – Der Alptraum eine nam-Veteranen (1980)

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik Geometrie (6)
19.00 Les Gammas! Les Gammas!
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.20 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz
20.20 Fragezeichen
Nur für das Saarland
20.20 Magazin Saar 3
21.20 Der Sternenhimmel im Feb
Gesamt Südwest 3
21.35 French Can-Can
Franz.-Ital. Spielfilm, 1955

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Gespräche mit Christen
19.30 Pop Stop
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Direktion City
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

Unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Minni Cramer
geb. Hänisch

* 25. Juni 1899 † 6. Februar 1983

ist nach langer Krankheit gestorben. Wir sind dankbar für alle Liebe, die sie uns geschenkt hat.

In stiller Trauer
Ilse Grünewald geb. Cramer
Prof. Dr. Herbert Grünewald
Beate, Susanne, Marianne und Barbara

5090 Leverkusen 1, den 8. Februar 1983
Ludwig-Girtler-Str. 11
5910 Kreuztal-Eichen, Hankerstr. 8

Die Beerdigung findet im engsten Kreise am Freitag, dem 11. Februar 1983, auf dem Waldfriedhof in Duisburg statt.

Nach einem erfüllten Leben entschlief nach schwerem Leiden am 4. Februar 1983

Dr. Bruno Schaper
geb. am 26. Juli 1898

Sein Leben war Fürsorge und Pflichterfüllung.

Edith Schaper geb. Brehmer
Michael Schaper und Frau Gisela geb. Mahlke
mit Sabine und Kai-Michael
Rupprecht Schaper und Frau Hannelore geb. Tospann
mit Ronald und Philipp
Gösta Schaper und Frau Jutta geb. Wiencke
mit Nicola und Marcus

Knederhof, 2125 Garlstorf
Bellevue 57, 2000 Hamburg 60

Trauerfeier am Montag, dem 14. Februar 1983, um 11.30 Uhr, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.
Anschließend Beisetzung im Familienkreis.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Dr. Bruno Schaper
Rechtsanwalt

*26. 7. 1898 † 4. 2. 1983

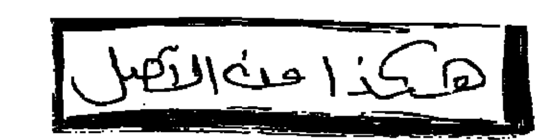
Er war immer für uns da, hatte stets für uns Zeit, war ein gütiger Freund und Partner. Seine Ratschläge werden uns sehr fehlen.

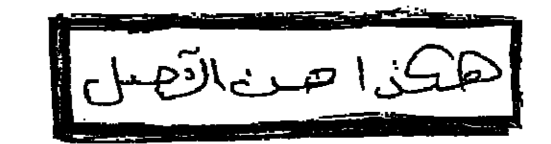
Wir werden immer an ihn denken.

In Dankbarkeit
percoplastic
Kunststoffwerk
Michael Schaper

Horner Landstraße 380, 2 Hamburg 74

Trauerfeier am Montag, dem 14. Februar 1983, um 11.30 Uhr, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.





Rettet die Literatur!

gaz – „Rettet die Republik!“ hieß eine Wahlkampfveranstaltung in der Essener Grugahalle, die von der linksradikalen „Aktion für mehr Demokratie“ zugunsten der SPD veranstaltet wurde. Die altbekannten Namen, von Klaus Staeck bis Leonhard Mahlein, von Böll bis Bettina Wegner aus Ost-Berlin, waren aufgeboten, um wieder einmal das übliche Volksfrontgetöse in Szene zu setzen, eine Orgie an verschlissener Rhetorik, in der nichts fehlte, weder die „Überwindung des Kapitalismus durch den Druck der Straße“ noch die Warnung vor dem Kabelfernsehen, das angeblich dazu bestimmt sei, die Bürger einer allumfassenden Kontrolle von seiten der „Mächtigen“ zu unterwerfen.

Die auf solchen Veranstaltungen zu Wort kommenden „Intellektuellen“ tun genau das, was sie den politischen Profis unentwegt vorwerfen: Sie übertreiben, sie versimpeln, sie hantieren mit schwachsinnigen Klischees und üben sich in billigster Demagogie. Das einstige Idealbild von der „littérature engagée“ verdunkelt sich zur Momentaufnahme grölender Biertischstrategen, die ganz normale demokratische Vorgänge zu „bösartigen Machenschaften“ aufblasen, um vor dieser selbstgeschaffenen Folie als strahlende Helden zu posieren.

Bezeichnend schon der Titel des Ganzen: „Rettet die Republik!“ Als ginge es bei den anstehenden Wahlen um die Wiedereinführung der Monarchie, als bedeutete der Sieg der einen oder anderen Seite die Abschaffung des Parlaments und die Einführung der Ein-Mann-Diktatur. Jedermann weiß natürlich, daß das nicht der Fall ist, sogar die Matadore von der „Aktion für mehr Demokratie“ wissen das. Aber sie brauchen eben einfach die irre Formulierung, um sich interessant machen zu können. Die Wahrheit bleibt dabei auf der Strecke und mit ihr das Ansehen der Literatur.

Bei der Essener Schau traten übrigens auch die beiden östlichen Dissidenten Kopelew und Kohout auf, um von ihren realen Sorgen zu sprechen. Sie ernteten Pfiffe und dürfen sich nicht darüber wundern. In einer Welt der Irrealität hat die Wirklichkeit keinen Platz.

Mit Gandhi zur Spitze: Das Filmfest von Manila

Adler fürs Maskottchen

Asiens Kino entdeckt sich selbst – das ist das Fazit des zweiten Internationalen Filmfestivals in Manila (MIFF), das am Wochenende nach zwölf Tagen zu Ende ging. Die internationale Jury, der auch der Münchner Filmproduzent Luggi Waldleitner angehörte, ehrte das asiatische Filmschaffen auf besondere Art und Weise: Die wichtigsten Preise, die „Golden Eagles“ von Manila, gingen in Länder, die bei uns filmwirtschaftlich nicht auf den ersten Plätzen stehen. Der Große Preis der Jury fiel nach China – „My memories of old Bejing“ (Meine Erinnerungen an das alte Peking) heißt der Siegertitel, und er erzählt in epischer Breite, wie es einst in China war. Der Film soll bald auch in Deutschland zu sehen sein. Die ARD will ihn ins Programm aufnehmen und erwarb die Rechte dazu in Manila.

Doch auch andere Preise gingen an asiatische Länder: Als bester Darsteller wurde der Japaner Tatsuya Nakadai auserkoren, die beste Schauspielerin, Kim Hye-ja, kommt aus Korea. Weitere Auszeichnungen gingen nach Thailand, an das gastgebende Land selbst und nach Ungarn. Janos Rozsa wurde der Goldene Adler von Manila für die beste Regiearbeit überreicht. Sein Film heißt „Mascot“.

Deutschland wurde während der Preisverleihung nicht erwähnt, denn der deutsche Wettbewerbsbeitrag, „Kietz“, von Walter Bockmayer und Rolf Bührmann war allenfalls negativ aufgefallen.

Deutsche Filmemacher und Filmkaufleute in Manila waren stark vertreten. Der Film „Fitzcaraldo“ begeisterte die Philippinen, und Regisseur Werner Herzog kam eigens nach Manila, um den Film vorzustellen. Das Enfant terrible des deutschen Films, Klaus Kinski, war ebenfalls in Manila. Während er auf Empfängen der First Lady des Landes, Imelda Romualdez Marcos, strahlend zulachte, war er mit den meisten Journalisten schnell böse. Sie sahen in Kinski keinen eigenständigen Schauspieler, sondern lediglich den Vater der auf den Philippinen höchst populären Nastassia.

Asien hat es geschafft, ein eigenständiges Filmfestival ins Leben zu rufen. Und Sir Richard Attenborough, der seinen Film „Gandhi“ in einer Gala zeigte, sprach in höchsten Tönen vom Manila-Filmfestival: „MIFF gehört schon heute zu den bedeutendsten Festspielen der Welt.“

Rund drei Millionen Mark hat das Festival in Manila gekostet, aber trotz der hohen Kosten wurde in Manila verdient. Denn asiatischer Erfindergeist siegte auch hier. In Manila wurden nämlich in über 125 Kinos Filme gezeigt, die man nur während des Festivals sehen konnte. Millionen von Pesos strömten so in die Festival-Kasse. Daß es nicht nur Kunstfilme waren, die man in Manila sah, sorgte für Diskussionen. Während des Festivals wurden die moralischen Reglementierungen stark gelokkert und Sex und „Sünde“ kamen auf die Leinwand. Dem Erzbischof, Chaime Sin, war es zuviel, den modernen Einwohnern von Manila eher zuwenig.

Das Wesentliche jedoch ist: Manila begreift und nutzt seine Chance, Markt- und Umschlagplatz der Filme Asiens und des Westens zu sein – sowohl auf künstlerischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

PIERRE ROTHSCHILD

Emil Staiger wird 75

Das Werk ist sich selbst genug

Der Zürcher Germanist Emil Staiger wird heute 75 Jahre alt. Er übte in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten einen Einfluß auf das westdeutsche Kulturleben aus, der sicherlich nicht so spektakulär war wie der seiner Landsleute Dürrenmatt oder Frisch, vielleicht aber tiefer in das Denken und die Seelen hineindrang.

Die desorientierten deutschen Germanisten, die zwischen dem Zusammenbruch und der Gründung der Bundesrepublik in die Schweiz kamen, hatten die Wahl zwischen zwei außergewöhnlichen Vertretern ihres Faches. In Basel lehrte der große Eiferer Walter Muschg, der den Dichter in die Nähe des Priesters und Sehers rückte und in ihm sozusagen das Sprachrohr der Urweisheit sah. Auch wenn die verschüchterten Gäste aus dem „Reich“ nicht wußten, daß sie den Sohn eines deutschen Einwanderers vor sich hatten, so spürten sie doch, daß sie in ihrer Lage etwas anderes brauchten. Sie zogen weiter nach Zürich zu Emil Staiger. Bei diesem, einem authentischen Schweizer, fanden sie die Ausgewogenheit, die sie suchten.

In Staigers genialischem Erstling von 1939, „Die Zeit als Einbildungskraft des Dichters“, der stark im Banne Heideggers steht, ist zwar noch etwas vom Sturm jenseits der Grenzen zu spüren. Seit Staiger jedoch 1943 den Lehrstuhl an der Universität Zürich übernommen hatte, den er bis zu seiner Emeritierung innehatte, baute er systematisch seine Literaturwissenschaft der „werkimmanenten Interpretation“ auf. Mit ihr wurde Staiger, der im Aufstieg zum Obersten in der eidgenössischen Milizarmee die Kunst der Menschenführung erlernt hatte, zum Haupt der einflußreichsten Germanistenschule der ersten Nachkriegszeit.

Was die verschüchterten Gäste aus den zerstörten deutschen Städten an dieser Schule anzog, war eindeutig: Mit dem Nachweis der Eigengesetzlichkeit auch des literarischen Kunstwerks entzog Staiger die Dichtung der Politisierung, die nun in umgekehrter Richtung zu drohen begann. Es ging ihm nicht mehr darum, was Kunst „bedeutete“, sondern was sie ist.

Das Haupt der Nachkriegsgermanistik: Emil Staiger FOTO: HORST TAPPE

Damit war der Konflikt mit der allmählich aufziehenden Kulturrevolution programmiert. Zur Explosion führte die Rede, die Staiger am 17. Dezember 1966 in Zürich „Über Literatur und Öffentlichkeit“ hielt. In ihr wagte er auszusprechen, daß notleidenden Menschen mit künstlerischer Aufbereitung der Misere nicht gedient ist; in der Not greift der Mensch vielmehr nach dem über der Zeit stehenden Kunstwerk, das ihn als Verkörperung einer höheren Ordnung seelisch und geistig stärkt.

Max Frisch rief damals zum Sturm gegen diese „spießerhafte“ Auffassung, die inzwischen emanzipierten deutschen Intellektuellen hörten fasziniert die neuen Signale, und der monatelange „Zürcher Literaturstreit“ wurde im deutschen Sprachgebiet zum eigentlichen Auftakt der Kulturrevolution auf dem Feld der Literatur.

ARMIN MOHLER

Hilfestellung für die Erinnerung: Indonesiens Kunst bekommt eigene Statur – Das Beispiel Bali

Dämon im Gespinst der weißen Linien

Daß es mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist, den Augenblick verweilen zu lassen, hat sich spätestens seit Goethe herumgesprochen. Daher ist es schon wichtig, in sich selbst die Fähigkeit zu entwickeln, den nur kurzen Zeitraum, den ein interessantes Erlebnis beansprucht, zu erweitern mit vorbereitender Lektüre, mit Tagebuchnotizen, Skizzen oder Dias während der Reise. Substantieller noch sind Souvenirs. Enthalten sie doch etwas von der Substanz jener fernen Welt, und Substanz ist für unser Empfinden mit einer magisch verbindenden Kraft geladen.

Da gibt es jedoch eine praktische Schwierigkeit: Einem wohlhabenden Bildungstouristen des vergangenen Jahrhunderts, der als Einzelgänger in ein südostasiatisches Dorf verschlagen wurde, konnten die Einwohner schon das eine oder andere entbehrliche Stück überlassen. Heute bringt der Massentourismus unter Umständen Hunderte von Leuten ins gleiche Dorf. Um deren Nachfrage zu befriedigen, muß man für die Touristen produzieren.

Die Gäste aus dem Westen aber empfinden ausgerechnet solche Objekte nicht mehr als so magischkraftvoll. Und natürlich besteht dann auch die Gefahr, daß die einheimischen Künstler immer mehr von ihren eigenen Gestaltungsprinzipien abrücken, um einem fremden Geschmack entgegenzukommen.

Es gibt glücklicherweise Gegenbeispiele – etwa in Bali. Vor der Kolonisation Südbalis 1906 und 1908 und vor Beginn eines – zunächst von der holländischen Verwaltung begrenzten Tourismus 1913/14 gab es die traditionelle Wayang-Malerei, die übrigens auch heute noch im Malerdorf Kamasam bei Klungkung gepflegt wird. Mythische Gestalten – Götter, Heroen, Dämonen – in der Form und Haltung balinesischer Schattenspielfiguren (Wayang Kulit) werden in dunkelbrauen, ockerfarbenen und roten Tönen vor den hellen Untergrund gesetzt.

Das Elfenbeinweiß des Hintergrundes vertritt dabei die Helligkeit des Schattenspielschirms. Die frontal gesehenen und nach ornamentalen Gesichtspunkten gestalteten Figuren wirken flächig. Tiefenraum ist lediglich in der Form zweier dicht hintereinander angeordneter Raumfolien in der Ebene der Figur und der Ebene des Licht-Hintergrunds angedeutet. Bei Tempelfesten werden lange Stoffbahnen mit szenisch einander folgenden Wayang-Malereien um die Dächer von Tempelpavillons herumgehängt. Die Gläubigen, die den Bau umschreiten, vergegenwärtigen sich jeweils eine mythische Geschichte.



An den Wayang-Stil angeknüpft: „Streitwagen“, Gemälde im Dachstuhl der Gerichtshalle Kertha Gosa in Klungkung FOTO: SPITZING

Etwa fünfzehn Jahre nach der Eroberung des Landes entwickelte sich aus traditionellen Anfängen heraus innerhalb weniger Jahre eine Fülle neuer Malstile. Neben die nach wie vor dargestellten mythologischen Themen treten Darstellungen aus dem Alltags- und Festleben der Reisbauern, werden Tiere, Pflanzen und Landschaften gemalt. Aufhellungen mit Weiß modulieren mehr Körperlichkeit heraus, perspektivische Experimente erzeugen Raumwirkungen. Es ist eine neue Malerei, die allerdings traditionellerweise einen Hang zum Ornamental-Dekorativen und eine penible Detailwiedergabe bis in die letzte Blattspitze des letzten Urwaldbaumes hinein beibehält.

Die europäischen Maler, insbesondere der Deutsche Walter Spies und der Holländer Rudolf Bonnet, entdeckten in den 20er und 30er Jahren die neue balinesische Malerei und machten sie im Westen durch Ausstellungen bekannt. Dabei haben die europäischen Künstler auch unwillentlich dazu beigetragen, daß einige balinesische Künstler sich allzuweit weg von ihren eigenen Traditionen entfernten und mit der europäischen Art und Weise, dem Augenschein entsprechend abzubilden, einließen. Alle diese künstlerischen Entwicklungen – damals vor allem von den drei obersten Kasten der Fürsten, der Brahmanenpriester und der Verwaltungsherren getragen – sind auch heute noch lebendig.

Zwischen 1960 und 1965 ist aber etwas Neues dazugekommen. Der Künstler Arie Smit, geboren in Zaandam, heute indonesischer Staatsbürger, hatte sich in einem kleinen Dorf bei Ubud niedergelassen. Beim Malen wurde er von einem elfjährigen Bauernjungen beobachtet, der es ihm nachmachen wollte. Ehe er sich versah, war Arie Smit von vierzig angehenden Malern, alles 11- bis 15jährige Bauernjungen, umgeben. Er brachte ihnen die erforderlichen technischen Fertigkeiten bei, ließ ihnen aber inhaltlich wie stilistisch jede Freiheit. Und so malten die „Young Artists“ ihre eigene Umgebung – die Reisfelder und Kokosbäume mit dem frontal von vorne aus Augenhöhe gesehenen bäuerlichen Menschen bei der Arbeit, während der Muße und bei Festlichkeiten.

Zunächst werden reine, unabgetönte Farbflächen nebeneinandergesetzt. Dann kommt über das Ganze ein Figuren und Details konturierendes netzartiges Gespinst aus insbesondere schwarzen, aber auch weißen Linien. Dieses Liniengewebe wirkt als der eigentliche Vordergrund, obwohl es auch Hintergrunddetails mit umreißt, und es kontrastiert reizvoll mit dem in steiler Obersicht gesehenen Hinter- und Untergrund. Es kommt so eine Art Wechselwirkung von zwei Raumebenen zustande. Tatsächlich wirkt die Malerei der Young Artists wie eine Rückbesinnung auf den Wayang-Stil, eine Gegenreaktion gegen einige Künstler, die sich vielleicht etwas allzu flott von ihren Wurzeln entfernt haben.

Vor allem aber entspricht die Einknüpfung der dunkel umrissenen Einzelfigur in das Liniennetz, das ebenso umrissene Mitfiguren und Naturdetails zu einer großen Einheit ineinanderflicht, dem Eingebundensein des balinesischen Menschen in die Gemeinschaft seiner Familie, seines Dorfes und seiner natürlichen Umwelt.

Es kommt nicht darauf an, für wen diese Kunst gefertigt wird, es kommt auch nicht darauf an, ob jedes Werk nach europäischen Originalitätsvorstellungen als Einzelstück hergestellt wird oder mit handwerklichen Kopiervorgängen zu rechnen ist. Wichtig ist allein, daß die Künstler entsprechend der in ihrer Umgebung üblichen Art und Weise, die Dinge wahrzunehmen, gestalten. Einem solchen Anspruch werden die Kunstäußerungen in Bali großenteils auch heute noch gerecht. Und wer dann ein solches Bild an der Wohnzimmerwand Tag für Tag vor Augen hat, dem kann sich mit der Zeit tatsächlich etwas von der Weltsicht eines fremden Volkes erschließen – und das wiederum schafft Bindungen und Verbundenheit durch die Zeiten hindurch und über die Kontinente hinweg.

GÜNTER SPITZING

Partisanen im Belcanto: Bonns neue „Norma“

Druide vorm Wasserwerk

Hilfe, nun ist auch Bonns singmächtige Oper in die Hände der Neudeuter und Fledderer gefallen. Und das ausgerechnet bei einem Werk, das aus seiner Musik, seinem Gesang und nichts als diesen zu leben vermag: Bellinis „Norma“. Der Franzose Jorge Lavelli, schon immer mit einer fatalen Hand rührig, schlechte Moden schlecht zu kopieren, hat das Stück inszeniert. Max Bignens hat ihm die Ausstattung dazu entworfen. Beides ist schlimm.

Aus dem Druidenaufstand der Gallier gegen die römische Besatzung schließt Lavelli messerscharf: Partisanen. Und weil Partisanen des 20. Jahrhunderts wohl kaum dem lunaren Druidenkult der Oberpriesterin Norma verfallen, wird sie zu einer rothaarigen Furie im kleinen schwarzen Kleid: Zur Edith Piaf der Résistance. Wie schön, daß sie dennoch „Casta Diva“ singt und nicht „Je ne regrette rien“.

Es ist schon ein schlechter Scherz, diese total artifizielle und ja auch zeitgebundene Musik Bellinis in einer Art leergeräumtem Wasserwerk und auf und zwischen Lastautos spielen zu lassen. Das wird zur musikalischen Barbarei, wenn sich zu den orchestralen Vor- und Nachspielen die Eisentore Bignens' quietschend und knirschend öffnen oder schließen. Fiorenza Cossotto, für die Adalgisa vorgesehen, zog es denn vor, in diesem Rahmen nicht aufzutreten und sich krankzumelden. Man kann sie verstehen. Oder auch nicht: Denn zieht man die Ausstattung ab von der Inszenierung, dann bleibt doch nur herkömmliches Posieren übrig – mit ein bißchen mehr Hüftdrall vielleicht.

Dennoch, außer für Lavelli, frenetischer Opernjubel. Regie nur nicht zu wichtig nehmen, schien die Devise zu lauten. Recht so. Wichtig ist der Gesang, der „Belcanto“, der schöne Gesang. Das „bel“ wird in Bonn freilich weitgehend durch ein „affettuoso“ ersetzt. Das ist zwar nicht richtig, aber wirkungsvoll. Mara Zampieri ist die stimmlich robuste Norma, ein Spinto-Sopran, der um so mehr blüht, je lauter er sein darf. Sie schießt Töne wie Leuchtkugeln in den Himmel. Man leckt sich die Ohren danach.

Alexandrina Miltschewa, als Adalgisa etwas tiefer angesiedelt, hält mit, zieht gleich. Das Duett der beiden gelingt trefflich. Amadeo Zambon gibt den Pollione mit festem, gepflegtem Tenor. Bonaldo Giaiotti orgelt den alten Orovese. Und dank Gianfranco Masinis souveräner Aktion am Pult (ein paar Schwimmer auf der Bühne hat er schnell wieder an der Leine), fühlen sich die Sänger wie in Abrahams Schoß. Sie sind Weltklasse, ohne Zweifel. Man hört das mit Begeisterung. Auch wenn man noch lieber einen kultivierteren Bellini gehört hätte.

REINHARD BEUTH

Wider die Raubdrucker: Ein Anfang in London

Aufzug der Detektive

Englands Buchverleger haben den Krieg erklärt. Ihre Gegner: meist in Südostasien beheimatete Raubdruckhersteller, Piraten wider die internationale Urheberrechtskonvention. Der britische Verlegerverband ist bereits dabei, ein Eliteheer von Privatdetektiven, Anwälten und Lobbyisten zusammenzustellen. Auf der jüngsten Ratstagung des Verbandes wurde die Einrichtung einer Kriegskasse beschlossen, in die bis einschließlich 1985 jährlich 200 000 bis 400 000 Mark abgeführt werden sollen.

„Wir führen diesen Krieg nicht nur für uns, sondern für das Verlagswesen in der ganzen Welt“, beteuerte Malcolm Roland vom britischen Verlegerverband am Londoner Bedford Square, dem Nabel der englischen Buchwelt. „Denn nach Schätzungen des internationalen Verlegerverbandes in Genf entstehen durch Raubdrucke jedes Jahr weltweite Verluste von zwei Milliarden Mark.“ Fachkollegen von Roland halten sogar diese Zahl noch für eine krasse Untertreibung. Sie beziffern die Gesamtverluste eher auf drei Milliarden.

Eklatantestes Beispiel ist das zwanzigbändige Musiknachschlagewerk „The New Grove Dictionary of Music and Musicians“. Im Auftrag des Londoner MacMillan-Verlages investierten 2400 Musikkoryphäen aus aller Welt zwölf Jahre Arbeit und ein beträchtliches Vermögen in das Mammutprojekt. Entsprechend hoch ist der Preis: 3800 Mark. In Formosa indes sind die gesammelten Grove-Bände schon für 294 Mark zu haben – als Raubdruck aus Korea.

Dank moderner Fotosatzmethoden sind legale und Piratenausgaben für den Laien kaum zu unterscheiden. Verlagschef MacMillan: „Die gefälschte Version ist so gut gemacht, daß ich bereit wäre, demjenigen, der sie hergestellt hat, einen Job anzubieten.“ Die Raubdrucker beschaffen sich ein echtes Exemplar, trennen den Buchrükken auf und fotografieren das Werk Seite um Seite.

Malcolm Roland brachte von einer kürzlichen Pakistanreise die Beobachtung mit: „Dort ist die Lage schon so katastrophal, daß Raubdruckversionen von Piratenausgaben hergestellt werden. Die Piraten und ihre Freunde werfen uns Kulturimperialismus und -kolonialismus vor, wenn wir auf dem Urheberrechtsschutz bestehen. Aber es sind beileibe nicht nur Verlage in den ‚kapitalistischen' Ländern, die geschädigt werden. Bücher aus Ländern wie Jordanien und Nigeria werden genauso kopiert.“ Aber als Exporteur von Büchern im Jahreswert von 1,3 Milliarden Mark nach rund 70 Ländern fällt England nach Meinung des Verlegerverbandes die Rolle des Kriegsherrn im Kampf gegen die Buchpiraterie zu.

PETER MICHALSKI

Erinnerungen an die Neue Welt: „American Landscapes“ in Köln

Mit Gershwin der Sonne entgegen

Das Tanzforum der Oper der Stadt Köln lebte und arbeitete in den letzten Jahren unter der ständigen Drohung seiner Auflösung. Eine Publikumsinitiative hat das Überleben der Kompanie zumindest mittelfristig gesichert. Das sollte Mut machen.

Jochen Ulrich, Leiter und Choreograph der Truppe, verfügt über eine Reihe erstklassiger Tänzer, die dem Ensemble ein individuelles Profil geben könnten. Ihm gelingt es auch immer wieder, hervorragende Mitarbeiter zu gewinnen. All das zeigt die jüngste Premiere. Doch im Ergebnis bleiben die Schöpfungen des Tanzforums fragwürdig. Ulrichs abendfüllendes Tanzstück „American Landscapes“ zu Bildern des niederländischen Malers, Grafikers und Bühnenausstatters Jean-Paul Vroom ist ein weiterer Beleg für den in Köln seit Jahren gepflegten tiefsinnigen Potpourri-Stil des Modern Dance.

Diesmal sind die in sechs Landschaftsbildern festgehaltenen Amerika-Erinnerungen Jean-Paul Vrooms die Grundlage, zu denen Ulrich Geschichten erfindet. Zwei junge Freunde erleben das Abenteuer Amerika, nicht das Amerika eines Tom Sawyer und Huckleberry Finn, sondern das Amerika der umweltzerstörenden dummen Durchschnittstouristen, den trügerischen Glanz der Las-Vegas-Stars, die Brutalität des Kommerzes und die brüchige Romantik einer kalifornischen Abendgesellschaft. Alle Klischees, die sich über Amerika angesammelt haben, werden von Ulrich mal mit einer Prise Sozialkritik, mal mit einer Prise Satire, mal mit einer Prise Wehmut abgeschmeckt und in superschicken Kostümen des hochbegabten Reinhard von der Thannen vor den Landschaftsbildern hin- und hergeschoben.

Wenn unsere beiden jungen Freunde am Schluß mit sehnsüchtig ausgestreckten Armen der untergehenden kalifornischen Sonne nacheilen, bleibt der Sinn des Unternehmens dunkel. Zwei Stunden lang demonstrieren Ulrich und sein Ensemble, daß sie sich in dem Repertoire zeitgenössischen Schrittvokabulars bravourös bewegen können, mehr nicht. Die authentischen „amerikanischen Landschaften“ entstehen bei der Kölner Ballettpremiere aus der Musik von Charles Ives und den Liedern George Gershwins, die von Rainer Koch am Dirigentenpult und Samuelina Tahija am Flügel interpretiert werden.

ALBIN HÄNSEROTH



Amerika, wie es der Durchschnittstourist erlebt: Szene aus der Kölner Uraufführung von „American Landscapes“ FOTO: STEFAN ODRY

JOURNAL

Professor Buchheim beschenkt Duisburg

DW. Duisburg

Das Wilhelm Lehmbruck-Museum in Duisburg erhält die Sammlung Buchheim. Das wurde anläßlich der Eröffnung einer Ausstellung mit 250 Gemälden und Graphiken von Lothar-Günter Buchheim in Duisburg bekannt gegeben. Um die beachtliche Expressionistensammlung des Verlegers, Schriftstellers und Malers war es im September 1980 zu Auseinandersetzungen gekommen, weil Buchheim der Meinung war, daß diese Bilder von der Bayerischen Staatsgemäldesammlung, der er sie als Leihgabe überlassen hatte, nicht ausreichend ausgestellt würden. Buchheim hob daraufhin den Leihvertrag auf und schickte die Bilder auf eine Ausstellungstournee. Nun sollen sie in einem neuen Anbau des Lehmbruck-Museums Daueraufenthalt nehmen. Die Kosten von 11 Mill. Mark teilen sich zu je einem Drittel das Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Duisburg und die „Stiftung Duisburger Kulturbesitz“. Als Dank wurde Buchheim zum Professor ehrenhalber ernannt.

Verschollene Légers wieder ausgestellt

dpa, Paris

Vier große Illustrationen, die der französische Maler Fernand Léger (1881–1955) nach dem berühmten Gedicht „Liberté, j'écris ton nom“ (Freiheit, ich schreibe Deinen Namen) von Paul Eluard schuf, sind nun im Festsaal des Rathauses von Ivry, einer südlichen Vorstadt von Paris, ständig ausgestellt. Léger hatte die kürzlich in einem Keller wiedergefundenen Werke 1953 für einen Schriftstellerkongreß in Paris gemalt. In Ivry ist außer dem bis zum 6. März eine Retrospektive mit Werken des kubistischen Künstlers mit Leihgaben aus dem Léger-Museum in Biot (Südfrankreich) und dem Pompidou-Zentrum in Paris zu sehen.

Folkwanghochschule wird ausgebaut

dpa, Essen

Durch eine – so die Düsseldorfer Landesregierung – „bisher einmalige Aktion privater und öffentlicher Träger“ kann trotz leerer öffentlicher Kassen die Folkwanghochschule in Essen nunmehr umfassend ausgebaut werden. Rund zehn Millionen Mark wird die Alfred-Krupp-Von-Bohlen-Und-Halbach-Stiftung nach Angaben ihres Vorsitzenden Berthold Beitz für Renovierung und Ausbau der auch kunsthistorisch bedeutenden barocken ehemaligen Reichsabtei Werden aufwenden, in der die Staatliche Musikhochschule Ruhr seit Kriegsende untergebracht ist.

Pariser Kolloquium über musikalische Forschung

AFP, Paris

Ein internationales Kolloquium über „das Konzept der Forschung in der Musik“ veranstaltet vom 9. bis 18. Februar in Paris das von dem Komponisten und Dirigenten Pierre Boulez geleitete Musikinstitut „Ircam“. An dem Gedankenaustausch nehmen 15 Komponisten und Forscher aus Deutschland, Frankreich, den USA, Belgien, Italien und Großbritannien teil. Öffentliche Vorträge werden insbesondere zu den Themenkreisen „Perspektiven der Informatik in der Musik“, „Eklektizismus und zeitgenössische Musik“ und „Die Notwendigkeit einer Theorie in der zeitgenössischen Musik“ gehalten.

Uwe Johnson tritt aus dem VS aus

DW. Stuttgart

Aus Solidarität mit dem Schriftsteller Franz Xaver Kroetz ist nunmehr auch Uwe Johnson aus dem Verband deutscher Schriftsteller ausgetreten. Kroetz hatte den VS verlassen, nachdem ein Text von ihm, den er im verbandseigenen Organ „Die Feder“ veröffentlicht hatte, ohne sein Einvernehmen abgeändert worden war. Kroetz' Klage wurde abgewiesen mit dem Hinweis, im VS werde nicht mehr über Literatur geredet.

Probleme mit den Dresses

dpa, Paderborn

Die Überflutung der deutschen Sprache mit englischen Lehnwörtern hat in einem Maße zugenommen, daß jetzt die Herausgabe eines Wörterbuchs für die derzeit rund 80 000 Anglizismen geplant ist. Zur Vorbereitung dieses Projekts wollen sich zehn Anglisten unter Regie von Professor Broder Carstensen vom 17. bis zum 19. Februar in der Paderborner Gesamthochschule und Universität treffen. Vor allem in der Wissenschafts- und Pressesprache kommen jährlich mehrere Tausend neuer Anglizismen hinzu. Kopfzerbrechen bereitet den Sprachforschern die Beobachtung, daß die Verwendung solcher Lehnwörter heute in der Bundesrepublik, der „DDR“, der Schweiz und in Österreich nicht nur im Umfang, sondern auch in Grammatik und Orthographie unterschiedlich ist. So ziehen z. B. die Deutschen „den Dress“, plural „die Dresses“, während die Österreicher „die Dress“ und „die Dressen“ kennen. Manchmal stimmt auch das deutsche Wort nicht mit dem Original überein. So heißt das deutsche „Happy End“ in englischsprachigen Ländern heute „happy ending“.

Nasa-Denker retteten ersten Challenger-Flug

WOLFGANG WILL, New York

Im Raumflugzeug „Challenger" soll jetzt jenes Triebwerk ausgewechselt werden, das bei zwei Maschinen-Probeläufen auf der Startrampe des Kennedy Space Center ein Wasserstoffleck aufwies. Eine Reparatur des 1,8 Zentimeter langen haarfeinen Risses in einer Treibstoffleitung erwies sich als unmöglich. Der Nasa kam der Umstand entgegen, daß beim Space Laboratory in St. Louis gerade ein Ersatztriebwerk den Teststand verlassen hatte. Jetzt hofft man, daß der ursprünglich für Ende Januar geplante Jungfernflug dieses zweiten US-Raumflugzeuges Anfang März beginnen kann.

Mit dem Triebwerkwechsel feiert die Voraussicht der Techniker von Huntsville, der „Denkerstube der Nasa", einen Triumph. Denn sie hatten schon vor mehr als drei Jahren darauf bestanden, daß die Startrampe modifiziert wurde, daß man eines der drei Triebwerke ausbauen kann, ohne das senkrecht stehende Raumflugzeug von der Startrampe zu entfernen. Der Einbau des Ersatztriebwerks, mehr als mannshoch und 3000 Kilogramm schwer, soll bis Mitte der Woche beendet sein.

Die Frage, ob die Funktion dieser neuen Triebwerkskombination dann noch einmal auf der Startrampe geprüft werden müsse, hat das Nasa-Management verneint: „Wir halten einen weiteren Probelauf der Triebwerke für nicht erforderlich", sagte General James Abrahamson, der Generalbevollmächtigte für das Raumflugzeug-Projekt.

Die „Challenger" startet also zu ihrem *Jungfernflug in* gewisser Weise als „reparierte" Maschine. „Man darf aber absolut sicher sein", sagt dazu der Nasa-Wissenschaftler Jesco von Puttkamer, „daß nicht das geringste Risiko eingegangen wird."

Der 7. März gilt jetzt als der frühestmögliche Starttermin für die „Challenger"-Mission mit vier Astronauten. Wichtigste Aufgabe ist es, den TDRS-Satelliten auf seine Bahn zu befördern, den größten jemals gebauten Kommunikationssatelliten.

Wie sich die Verzögerung dieses Flugs auf die weiteren des Jahres 1983 auswirken wird, bleibt abzuwarten. Die Nasa arbeitet an neuen *Flugterminen. Mitte April sollte ei*ne Mission mit fünf Astronauten, darunter der ersten weiblichen Raumfahrerin der USA, beginnen. Für den 4. Juli war ein Flug angesetzt, zu dessen fünfköpfiger Besatzung erstmals ein Farbiger gehört. Und im September sollte Europas „Spacelab" mit dem deutschen Missionsspezialisten Ulf Merbold auf Weltraumreise gehen.

Treten keine neuen Schwierigkeiten auf, können der April- und der Juliflug mit vielleicht nur je zwei Wochen Verzögerung gestartet werden. Dann würde die jetzt verlorene Zeit bis September wettgemacht werden können. (SAD)

Der Ostwind wehte Widersprüche in den Bayerischen Wald

Essener Professor streitet weiter für seine These, daß Ozon Ursache des Baumsterbens ist

ULRICH BIEGER, Bonn

Nicht der „saure Regen", sondern der übermäßige Ozongehalt der Luft ist *hauptverantwortlich* für das Waldsterben. Mit dieser These hatte der Präsident der nordrhein-westfälischen Landesanstalt für Immissionsschutz (LIS) in Essen, Professor Heinrich Stratmann, vor kurzem nicht nur Umweltschützer, sondern auch viele Kollegen aus Wissenschaft und Forschung gegen sich aufgebracht. *Stratmann allerdings blieb bei sei*nen Behauptungen und schilderte jetzt erstmals, wie er mit seinen Mitarbeitern zu den überraschenden Ergebnissen kam. Kurz vor Weihnachten hatte der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Friedhelm Farthmann (SPD) mit der Vorstellung eben dieser Ergebnisse für Aufsehen gesorgt. Die *Ozon-These trug ihm allerdings* nicht nur Schelte aus den Reihen der Grünen ein, sondern brachte ihn auch unter gehörigen innerparteilichen Druck. Man argwöhnte, er versuche einen Entlastungsangriff zu lancieren, um der Industrie teure Reinigungsanlagen zu ersparen. Farthmann mußte den Rückzug antreten und distanzierte sich von den LIS-Untersuchungen.

In einem Gespräch mit dem „Informationsbrief für Führungskräfte", herausgegeben vom Bundesarbeitgeberverband Chemie, untermauerte dagegen LIS-Chef Stratmann jetzt seine spektakulären Untersuchungsergebnisse. Man sei bei der Besichtigung von Schadengebieten auf mehrere Widersprüche aufmerksam geworden. Im Bayerischen Wald beispielsweise kämen die Schwefeldioxide aus dem Osten, der Tschechoslowakei. Schäden seien aber nicht an den Osthängen, sondern überwiegend an den gegenüberliegenden Westhängen festgestellt worden.

Als weiteren Widerspruch nennt Professor Stratmann die Tatsache, daß sehr starke Schäden erstmals 1976 festgestellt worden seien und dann erst wieder 1980 und 1981. In dieser Zeit sei jedoch eine deutliche Abnahme des Schwefeldioxids in der Luft, dem Vorläuferstoff des „sauren Regens", zu verzeichnen gewesen.

Durch solche Widersprüche aufmerksam geworden, habe man festgestellt, daß vor allem Bäume an Waldlichtungen und jene Teile, die Licht und Luft am stärksten ausgesetzt waren, geschädigt sind. Dies weise darauf hin, daß es sich um einen „Angriff aus der Luft" handle und nicht aus dem vom Regen übersäuerten Boden. Der wichtigste Beweis habe sich dann bei näheren Untersuchungen ergeben. In den Gebieten, die am stärksten geschädigt sind, habe man auf bereits absterbenden Bäumen ein üppiges Flechtenwachstum festgestellt. Gerade jene Flechtenart aber sei als so empfindlich gegenüber Schwefeldioxid bekannt, daß sie sogar als Indikator für den Schadstoff eingesetzt würde. Auf der Suche nach der Ursache für den schleichenden Baumtod sei man dann schnell auf das Ozon gestoßen.

Dieses Ozon werde auf der Erde produziert. Vorläuferstoffe seien Kohlenwasserstoffe und Stickoxide. Diese Stickoxide treten bei jeder Art von Verbrennung fossiler Brennstoffe auf – also im Straßenverkehr, in Kraftwerken und Haushaltfeuerungen.

Nach Auffassung der LIS-Wissenschaftler zerstört Ozon die Kutikula, das schützende Wachshäutchen jeder Pflanze. Dadurch könnten, so Stratmann, andere Schadstoffe, aber auch Pilze und Viren ungehindert eintreten.

Fatal sei, daß man seit Jahren immer nur auf die Eindämmung der Schwefeldioxid-Emissionen hingearbeitet, dabei aber einen Anstieg der Stickoxide in Kauf genommen habe. So werfe ein Auto von heute 30 v. H. mehr Stickoxide aus als 1970.

Professor Stratmann will dabei nicht ausschließen, daß auch der „saure Regen" Anteil an der Waldgefährdung hat. Die Verfechter der These seien jedoch bis heute den Beweis für die „eigentliche Ursachenwirkung" schuldig geblieben.



Große Teile auch des deutschen Waldes sind vom schleichenden Baumtod befallen. Eine Einigung auf die Ursachen und damit die Gegenmaßnahmen ist letztlich lebenswichtig. FOTO: DPA/MICHAEL DICK

„Kosmos 1402" verglühte über dem Südatlantik

K. M. Bonn

Auch das letzte, mit stark radioak-tiven Brennstoffen beladene Trümmerstück des sowjetischen Spionage-Satelliten Kosmos 1402 ist verglüht. Gestern gegen 12.10 Uhr [illegible] der etwa 200 Kilogramm schwere Reaktorblock über dem Südatlantik in die Erdatmosphäre ein. Jedenfalls wurde er von den Radargeräten in Europa – er hätte wenig später den Kontinent auf der Linie Genua-Salzburg überfliegen sollen, – nicht mehr erfaßt.

Starke Sonnenaktivitäten in den letzten Tagen hatten die Bahn des Satelliten schneller zur Erde zurückgedrückt, als auf Grund seines *stabilen Verhaltens* erwartet worden war. Bis zuletzt hatten Experten befürchtet, daß die etwa 50 Kilogramm Kernbrennstoff und dessen Spaltprodukte über bewohnten Gegenden niedergehen könnten: Der Reaktorblock war durch einen Beryllium-Mantel geschützt. Dieses Metall widersteht Hitzegraden bis zu etwa 1400 Grad Celsius. Offenbar war jedoch die Reibungshitze beim Eintritt in die Atmosphäre höher.

Es bleibt winterlich

dpa, Hamburg

Schneematsch und Glatteis haben gestern in der gesamten Bundesrepublik den Straßenverkehr behindert. Zwar haben sich die Autofahrer nach Ansicht der Polizei allmählich an das Winterwetter gewöhnt, dennoch wurden zahlreiche Unfälle gemeldet. Für die nächsten Tage werden fallende Temperaturen und eine Fortsetzung des winterlichen Wetters vorausgesagt.

Zweiter Schiefer Turm

AFP, Montreal

Nach dem Vorbild von Pisas „schiefem Turm" soll in dem hauptsächlich von italienischen Einwanderern bewohnten Montrealer Vorort Saint Leonard ein Doppelentstehen. Der Turm wird mit 30 Meter jedoch deutlich niedriger sein als der 44 Meter hohe Campanile.

LEUTE HEUTE

Singende Königin

Mit Macht drängt es die „Königin der Nacht", **Régine**, zurück ins Chanson-Geschäft. In diesen Tagen schloß die rothaarige Besitzerin von Nachtclubs für die Schönen und die Reichen in der ganzen Welt ein neues Plattenalbum mit dem Titel „Super Super Dupont" ab. Gleichzeitig schloß sie einen Vertrag über 22 Sendungen im französischen Fernsehen ab. Einen Erfolg anderer Art konnte ihr Ehemann **Roger Choukroun** verbuchen. Er wurde vor kurzem in New York zu einem der zehn bestangezogenen Männer der Welt gewählt.

Auf dem Laufsteg

Mangels neuer Rollen mußte **Alessandra Mussolini**, Enkelin des Duce, nach ihrem Filmdebüt in einem Streifen über die Camorra auf den Laufsteg. Aber auch bei ihrer Premiere im Modegeschäft mußte die Nichte von **Sophia Loren** nicht ganz unten anfangen. Gleich zu Beginn ihrer Karriere als Mannequin präsentierte sie die Haute-Couture-Modelle von Guy Laroche. Sie will allerdings so schnell wie möglich wieder in die Fußstapfen ihrer Tante zurückkehren.

Medizinstudenten leben in Angst

Neuer Fall von Thalliumvergiftung in Würzburg / Volle Wirkung erst in 14 Tagen

PETER SCHMALZ, Würzburg

An der Würzburger Universität geht die Angst um. Getränkeautomaten und Kaffeemaschinen werden von 16 400 Studenten der mainfränkischen Julius-Maximilians-Universität kaum noch benutzt, seit Orangensaftflaschen, mit einer tödlichen Dosis Thallium versetzt, gefunden wurden. Auch die Gemeinschaftsküchen in den Studentenwohnheimen werden gemieden. Gestern mittag schockte eine neue Meldung die Stadt: Wieder wurde ein Student mit Vergiftungserscheinungen in die Universitätsklinik eingeliefert. Es war nunmehr der elfte Fall.

Die neue Meldung erschreckte auch die Sonderkommission im Würzburger Polizeipräsidium aus zwei Gründen: Erstmals war das Gift nicht in Saft, sondern in Bier aufgelöst – und erstmals wurde nicht ein Medizin-, sondern ein Jurastudent das Opfer des unbekannten Giftmischers.

Bisher hatte die Polizei vermutet, daß der Täter mit seinem teuflischen Plan absichtlich Medizinstudenten treffen wollte. Das Thallium in der Bierflasche ließ befürchten, daß nun sämtliche Würzburger Studenten in höchster Lebensgefahr schweben. Die Recherchen nach der Herkunft der Bierflasche, aus die der Jurastudent getrunken hatte, zeigten dann aber doch, daß auch diesmal Medizinstudenten Ziel des Anschlags sein sollten. Der angehende Jurist hatte die Flasche von einem Medizinstudenten angeboten bekommen. Dieser hatte auf dem Flur seines Wohnheimes „Haus Berlin" zwei Bierflaschen in der Nähe seiner Zimmertüre stehen sehen und sie mitgenommen.

Ein Polizeisprecher zur WELT: „Er glaubte, die Getränke stammten von einer befreundeten Kommilitonin, der er kürzlich geholfen hatte."

In grauenhafter Konsequenz zielt der unbekannte Täter also doch auf Medizinstudenten. Die ersten 10 bis 15 Flaschen standen vor einer Woche vor einem Hörsaal der medizinischen Fakultät, wo Erstsemester gerade eine Vorlesung über die ärztliche Terminologie gehört hatten. Bei den Orangensaft- und Bierflaschen lag ein handgeschriebener Zettel: „Liebe Kommilitonen! Dies sind die Reste unserer Faschingsfeier. Großherzig wie wir sind, spendieren wir diese unserem lieben Erstsemester." Das Papier ist spurlos verschwunden.

Am vergangenen Freitag fand dann ein Student im Treppenhaus eine weitere Flasche mit vergiftetem Orangensaft. Das für den Giftanschlag verwendete Thallium wird in der beigemischten Form nur in Labors hergestellt. Die Polizei vermutet den Täter deshalb im Umfeld der Universität. Das Gift ist nach *Auskunft* der *Mediziner* besonders heimtückisch. Die ersten Anzeichen sind Magen- und Darmbeschwerden, dann kann es zu Nervenschäden führen, wobei der Patient bei jeder Berührung große Schmerzen verspürt.

Ob der Würzburger Giftanschlag ohne Todesopfer verlaufen wird, ist noch ungewiß, da Thallium, das auch in Rattengift vorkommt, erst nach 10 bis 14 Tagen seine volle Wirkung entfaltet. Die Ärzte befürchten aber schon jetzt, daß die am schwersten betroffenen Opfer dauerhafte Gesundheitsschäden davontragen werden.

Eine Muschel lindert Rheumaschmerzen

fwt. Hamburg

In mehreren Kliniken der Bundesrepublik hat jetzt die Erprobung eines Präparates begonnen, das möglicherweise eine Alternative oder Ergänzung zu der herkömmlichen Behandlung rheumatischer Erkrankungen bietet. Wie der die Untersuchungen an rund 400 Patienten betreuende Mediziner Dieter Thiel erläuterte, besteht mit der Einnahme des Extrakts aus der neuseeländischen grünlippigen Meeresmuschel (perna canaliculus) die Chance, auf natürliche Weise eine „erhebliche" Linderung der Gelenkerkrankungen zu erzielen, ohne den Organismus mit schädigenden Nebenwirkungen zu belasten.

Thiel verwies in diesem Zusammenhang auf Forschungen und klinische Erfolge in den USA, Australien und Neuseeland in den vergangenen drei Jahren. Erstmals werde mit der jetzt angelaufenen Erprobung die Wirkung des Präparats bei Arthritis und Arthrose untersucht. Bisher wurden bei der Behandlung der verschiedenen rheumatischen Erkrankungen in erster Linie Schmerzmittel und entzündungshemmende Kortikoide verabreicht, die erhebliche Nebenwirkungen haben und in ihrer Wirkung begrenzt sind.

Hauptbestandteile des Muschel-Präparates sind nach Angaben Thiels die sogenannten Mucopolysaccharide (MPS). Diese Stoffe spielen als Stützsubstanz des Bindegewebes eine wesentliche Rolle. Es gilt nach Angaben des Mediziners als bewiesen, daß viele Krankheiten in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Gewebeteilen steht. Auch sei bedeutsam, daß insbesondere bei rheumatischer Arthritis ein Mangel an MPS festzustellen sei. Zudem überwachen MPS die Viskosität verschiedener Körperflüssigkeiten, darunter auch die der Gelenkschmiere (Synovia). Nur durch die richtige Viskosität der Gelenkflüssigkeit können die Gelenke bewegt werden.

Es ist zu vermuten, daß der Muschelextrakt dem Entzündungsprozeß rheumatischer Gelenkerkrankungen entgegenwirkt, indem er auf das Wiederherstellen des Gelenkknorpels abstellt, *was entscheidend* für die schmerzfreie Funktionsfähigkeit der Gelenke ist. Doch können die MPS nach Angaben Thiels nur dann eine Wirkung im Organismus erzielen, wenn sie in komplexer Form – der Muschelextrakt enthält neben den MPS noch Proteine, Enzyme, Aminosäuren, Vitamine und Spurenelemente – vorliegen.

Mammut störte

dpa, Moskau

Über die sinnlose Zerstörung eines einzigartigen Mammut-Fundes in Sibirien berichtete gestern die Parteizeitung „Prawda". Arbeiter eines Goldbergwerkes, die auf einen gefrorenen Mammut-Kadaver gestoßen seien, hätten den Fund zerstört und beseitigt, damit die Arbeiten nicht durch Ausgrabungen behindert würden.

Fußmarsch zum Pol

dpa, London

Der 26jährige britische Bergsteiger und Abenteurer David Hempleman-Adams ist gestern nach Kanada geflogen, von wo aus er als erster Mensch im Alleingang zu Fuß den Nordpol erreichen will. Hempleman hatte sich in den vergangenen Monaten in den Schweizer Bergen auf seine Expedition vorbereitet.

System mit Glück

dpa, Köln

Mit System versuchte vier Jahre lang ein 35 Jahre alter Elektriker aus dem Bonner Raum das Lottoglück herbeizuzwingen – mit Erfolg. Jetzt erzielte er gleich 36 Gewinne auf einen Schlag und machte insgesamt mehr als 1,5 Millionen Mark. Einsatz: 18 Mark.

WETTER: Leichter Schneefall

Wetterlage: Ein umfangreiches Tief mit Kern über Deutschland füllt sich allmählich auf, bleibt aber mit feuchtkalter Luft wetterbestimmend.

Deutscher Wetterdienst 7. Februar 1983, nachm.

Vorhersage für Dienstag:

Ganz Deutschland: Überwiegend stark bewölkt und zeitweise leichter Schneefall. Tagestemperaturen um den Gefrierpunkt, in den Mittelgebirgen leichter Dauerfrost zwischen minus 3 und minus 6 Grad. Nachts Frost zwischen minus 1 und minus 3 Grad, in Bayern auch bis minus 8 Grad, dabei allgemein Gefahr von Straßenglätte durch überfrierende Nässe oder Schnee. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nord bie Nordost.

Weitere Aussichten:

Keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	0°	Kairo	15°
Bonn	2°	Kopenh.	0°
Dresden	–1°	Las Palmas	17°
Essen	1°	London	3°
Frankfurt	2°	Madrid	7°
Hamburg	1°	Mailand	0°
List/Sylt	1°	Mallorca	9°
München	1°	Moskau	–10°
Stuttgart	1°	Nizza	9°
Algier	12°	Oslo	–4°
Amsterdam	1°	Paris	3°
Athen	15°	Prag	–2°
Barcelona	12°	Rom	10°
Brüssel	2°	Stockholm	–6°
Budapest	1°	Tel Aviv	16°
Bukarest	1°	Tunis	13°
Helsinki	–14°	Wien	0°
Istanbul	8°	Zürich	2°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.48 Uhr, Untergang: 17.26 Uhr, **Mondaufgang:** 5.57 Uhr, Untergang 13.47 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Berliner Bier schlug hohe Wellen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Haben Damen – solo am Hotel-Tresen – Anspruch auf einen zweiten Trunk Gerstensafts, oder darf der Barkeeper den hausherr-lichen Sittenwächter spielen und Bier Nr. 2 verweigern? Diesem für Berlin, Deutschlands Single-Metropole, möglicherweise schadenstiftenden Problem mußte sich jetzt als erstes deutsches Regierungsmitglied der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU) widmen.

Der Wirtschaftssenator, aus der *Weinbranche stammend und somit* Fragen der Gastlichkeit in weitestem Sinne durchaus gewachsen, fand folgende politische Beschwerde auf seinem Schreibtisch:

Im Oktober 1982 hatte sich eine 33jährige Mitarbeiterin eines Dekorationsateliers in der „Bristol-Bar" des „Kempinski" am Kurfürstendamm mit einem Kunden verabredet. Die Wartezeit verkürzte sie durch eine Bier-Bestellung. Als sie nachordern wollte, hielt der Barkeeper mit gelupfter Augenbraue offenbar Hopfen und Malz für verloren: „Ich muß Sie bitten, zu gehen", bat er die Dame, weil er offenbar andere Unternehmungstätigkeiten seines Gastes argwöhnte. *Der weibliche Gast fühlte sich* zu Recht gekränkt: „Vielleicht haben den Herren meine weißen Stiefel und mein Minikleid nicht gepaßt." Das Hotel-Management entschuldigte den Faux pas denn auch *mit der „Aufmachung" der Dame.*

Die Benachteiligung blieb indes nicht ungerächt, denn nach dem Bericht einer Berliner Boulevard-Zeitung über den Vorfall nahm sich eine junge Lehrerin des Vorfalls an. Ihr Mandat sorgte für den notwendigen Druck, denn Gabriele Wiechatzek gehört der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses an und hat somit eine gewisse „Arbeitgeber-Funktion" für Senator Pieroth. In einer schriftlichen Anfrage argwöhnte die streitbare Abgeordnete:

„Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um Regelungen zu erreichen, die den Anschein einer Diskriminierung unbegleiteter Barbe*sucherinnen vermeiden und das* touristenfreundliche Image Berlins nicht beeinträchtigen?"

Pieroth zog sich – ganz Politiker – auf die Feststellung eines „bedauerlichen Einzelfalls" zurück. Ein einzelner Hotelangestellter sei „offensichtlich einer Fehleinschätzung unterlegen". Daraus könne jedoch keinesfalls „der Schluß ge*zogen werden, daß Weltoffenheit* und Toleranz in Berlin nicht mehr so wie früher anzutreffen sind".

Dann bestellte Pieroth Rat bei der Hotel- und Gaststätteninnung. Sie wies zunächst, hochprozentig *juristisch, auf die „Vertragsfreiheit"* des Gastronomen hin, der „nur mit dem Gast einen Bewirtungs- und Beherbergungsvertrag zu schließen braucht, mit dem er dies freiwillig zu tun wünscht".

Über den Einzelfall und Berlin hinaus weist die Innung jedoch auf ein Faktum hin, das sich deutsche Hotels insgesamt hinter den Bar-Spiegel stecken sollten: Man sei sich des „außerordentlich großen Potentials an Einzelgästen in Gastronomiebetrieben bewußt" und empfehle, „sich um diesen Personenkreis besonders zu bemühen".

Senator Pieroth will deshalb auch nichts behördlich regeln, aber er empfahl der Branche über das *Medium der parlamentarischen* Anfrage, in sich zu gehen: Der Vorfall sei für die Hotellerie ein Anlaß, „ihr Personal zu noch mehr Aufmerksamkeit und Zuvorkommenheit gerade auch gegenüber Damen, die ohne Begleitung als Gäste auftreten, anzuhalten und in vermuteten Zweifelsfällen Takt und Diskretion zu beweisen".

Na bitte.

ZU GUTER LETZT

„Sparsame Bäckerkunden verzichten zunehmend auf Tortenschlachten." Meldung der Deutschen Presseagentur